DAS III. REICH

ZEITGESCHEHEN IN WORT, BILD UND TON

NR. 2/74

Mit Reprint-Beilage

DAS DRITTE REICH MACHT ALLE GLEICH

Nobelpreisträger Werner Heisenberg:

WIR KONNTEN DIE KATASTROPHE NICHT AUFHALTEN

HANUSSEN WUSSTE ZUVIEL

Der Reichstag brennt

Mit Wertmarke für Dokumentar-Schallplatte

DM 3,–/öS 25,–/sfr 3,80

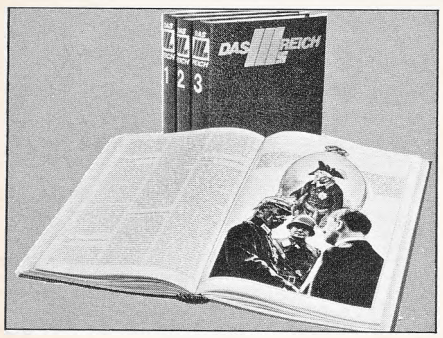
Einschl. Anteil für Dokumentar-Schallplatte

DAS DRITTE REICH

Bitte ausschneiden und

GUTSCHEIN 2 DOKUMENTAR SCHALLPLATTE

auf Sammelkarte kleben



Zum Einbinden der Hefte sind vier Sammelordner vorgesehen. Sie sind aus elegantem roten Balacron mit Silberprägung und geben dem Werk einen seinem publizistischen Wert entsprechenden repräsentativen Rahmen. Subskriptionspreis pro Band nur DM 6,80. Erhältlich bei Ihrem Zeitschriftenhändler.

Die Sammel-Dokumentation DAS DRITTE REICH erscheint 14täglich in der John Jahr Verlag KG, 2000 Hamburg 1, Burchardstr. 14, Telefon: (040) 33 72 67–69.
Chefredakteur: Dr. Christian Zentner; Redakteure: Friedemann Bedürftig, Jochen Grossmann, Jochen R. Klicker, Rolf Steinberg; Layout: Jürgen Klagemann, Hans-Peter Lipp; Herstellung: Gerhard Lanz; Vertrieb: Peter Lüdemann; in Verbindung mit dem DPV (Deutscher Pressevertrieb); Objektleitung: Hans-Peter Dietze; Satz, Lithographie und Druck: Industriedruck AG, Essen.
Bildnachweise: Archiv, Staatsbibliothek Berlin, Bundesarchiv, Deutsches Museum München, Heinrich Hoffmann, Archiv Gerstenberg, Keystone, Life, Süddeutscher Verlag, Ullstein.

INHALT

Heinz Höhne: Biedermänner, Banausen, Brandstifter	47
Gerhard Mauz: Auf dem linken Auge blind	54
Dimitroff zu Göring: Haben Sie Angst vor meinen Fragen?	58
Walter Gölitz: Der Tag der Nation, 21. März 1933	60
Jahrgang – Ereignisse der Zeit im Spiegel der Presse	65
Hanussen in der Löwengrube	71
Sebastian Haffner: Parteiendämmerung im Deutschen Reich	72
Das Ende der Vielfalt – Die Gleichschaltung der Länder	78
Presse-Spiegel	80
W. Heisenberg: „Die Kriegsschuldlüge hat mich zutiefst erbittert"	81
Der Traum vom Raum – Erste Gehversuche der Weltraumfahrt	84
Hearing: Tagtraum und Flirt des Konservatismus	86
William Lawrence Shirer: Tagebuch	89
Chronik Februar bis April 1933	90
Umschlagseiten: Der Witz im Dritten Reich	

Titel: Eberhard Wachsmuth
⊙Textstellen, die durch Tonaufzeichnungen ergänzt werden

Heft 3 ab Montag, dem 1. April, überall im Handel

Das erste Gesetz, das der neue Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels, unterzeichnete, erklärte den Kampftag des 1. Mai zum

TAG DER NATIONALEN ARBEIT

Millionen von Menschen schöpften neue Hoffnung. Sie meinten, nun sei die Zeit des Elends und der Selbstzerfleischung zu Ende. Die Nazis triumphierten:

DEUTSCHLAND ERWACHT!

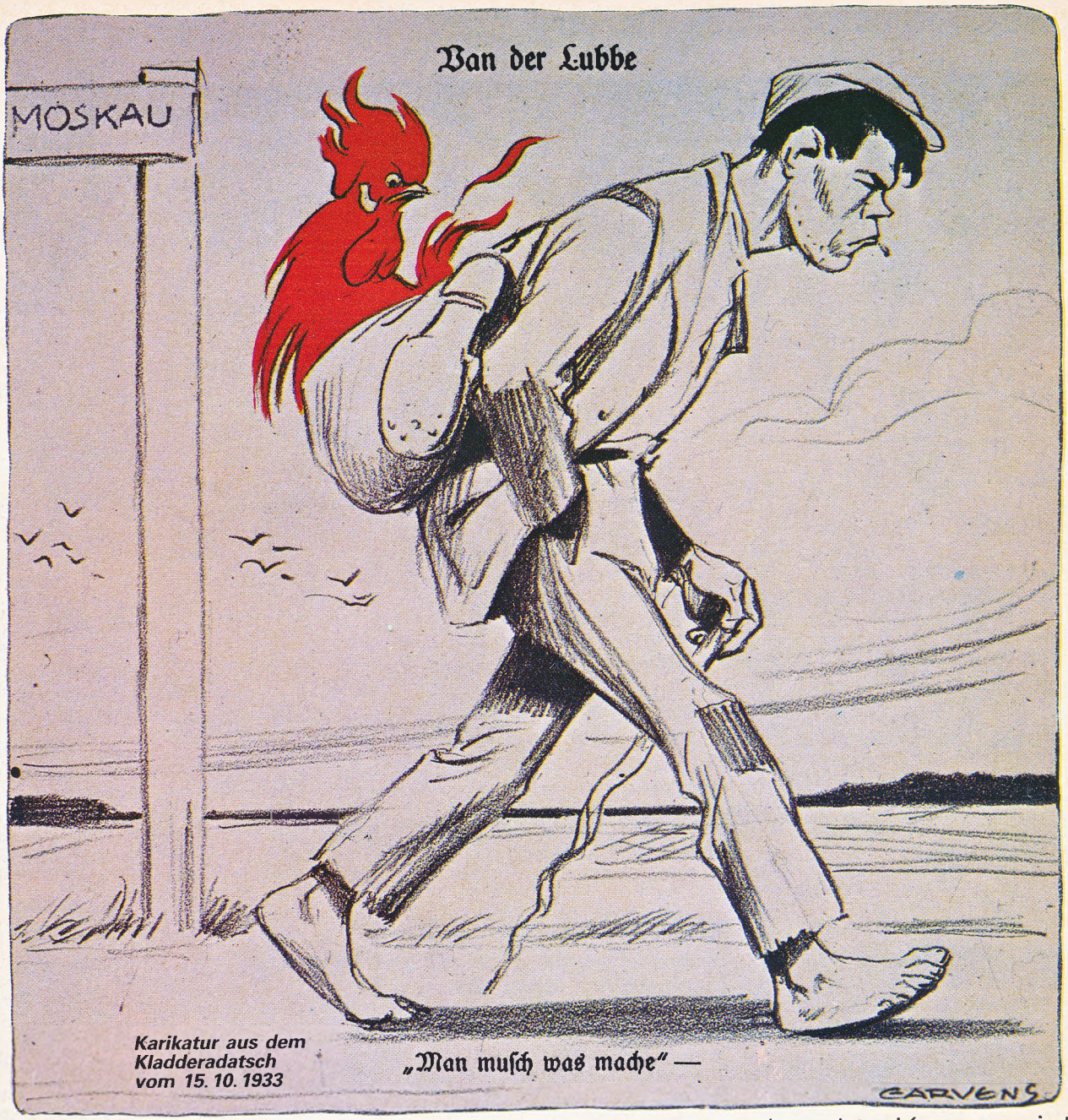
Viele Künstler, Wissenschaftler und Schriftsteller packten ihre Koffer. Sie flohen vor der

HERRSCHAFT DES GESUNDEN VOLKSEMPFINDENS

Schon wenige Tage nach seiner Machtübernahme begann Adolf Hitler sein Programm, wie er es seit Jahren angekündigt hatte, Punkt für Punkt zu verwirklichen. So schnell wie möglich sollte die neuerworbene Macht nach allen Seiten ausgebaut und gefestigt werden – mit allen Konsequenzen. Während der Kampfzeit hatten alle nationalsozialistischen Redner ständig und immer wieder gegen die Demokratie und den Parlamentarismus gewettert. Also hieß die erste Konsequenz des neuen Staates: Die Demokratie und das Parlament mußten weg! Mit technischer Perfektion und kaltschnäuzig benutzten Machtmitteln beseitigten die Nationalsozialisten Zug um Zug im Deutschen Reich: Kommunisten, Gewerkschaften, bürgerliche Parteien, Staatsregierungen und schließlich sogar die Länder. Und tragisch, wenngleich nicht unerwartet, war es anzusehen, wie die meisten Demokraten sang- und klanglos – und nur ganz gelegentlich unter Protest und mit Widerstand – abtraten. Die Konservativen schienen als einzige neben den Nazis bestehen zu bleiben. Als am Tag von Potsdam, dem 21. März 1933, vor dem Grabmal des großen Preußenkönigs Friedrich der greise Feldmarschall und Reichspräsident Paul von Hindenburg dem Führer der Bewegung die Hand reichte, galt die Einheit der Nation als besiegelt. Aber der Schein sollte trügen. Auch die Erinnerung an Preußen und den Kaiser, auch die Mithilfe aller anderen nationalen Kräfte des Reiches benutzte Hitler nur solange, wie er sie brauchte: Bis die ‚Nationale Erhebung' beendet und der Staat gleichgeschaltet waren.

Umschlagseiten vorsichtig aus der Drahtheftung ziehen, zum Sammeln der letzten Umschlagseite hier abtrennen

Das Drama des Maurergesellen Marinus van der Lubbe



Karikatur aus dem Kladderadatsch vom 15. 10. 1933

Ein politisches Fanal wollte er setzen, der verschreckte Kommunist aus Holland. Was er nicht ahnen konnte, als er seine Kohlenanzünder in den Reichstag warf: seine Tat kam ausgerechnet seinen politischen Gegnern – den Nationalsozialisten – ganz und gar passend. Die größte Kommunistenhatz des neuen Regimes begann. Die der braunen Verfolgung entkamen, konterten auf ihre Weise: Sie schoben ihrerseits den Nazis die Brandstiftung in die Schuhe.

BIEDERMÄNNER BANAUSEN BRANDSTIFTER

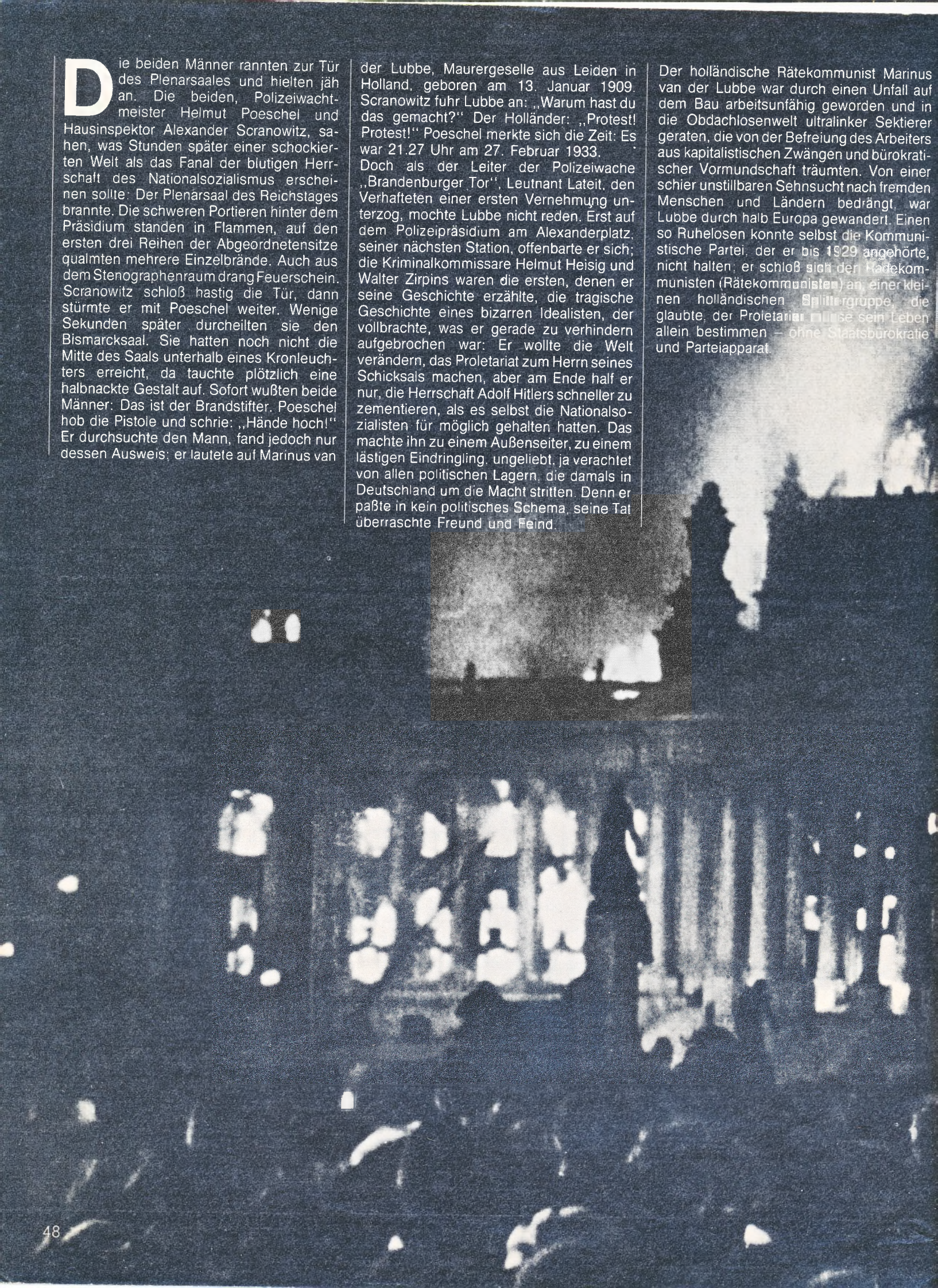
Heinz Höhne

Bis heute wollen die politischen Legenden und historischen Verdächte kein Ende nehmen. Aber es gilt: der, der das deutsche Parlament allein angesteckt hat, starb unter dem Fallbeil. Hier die dramatische Geschichte vom Abend des 27. Februar 1933.

Die beiden Männer rannten zur Tür des Plenarsaales und hielten jäh an. Die beiden, Polizeiwachtmeister Helmut Poeschel und Hausinspektor Alexander Scranowitz, sahen, was Stunden später einer schockierten Welt als das Fanal der blutigen Herrschaft des Nationalsozialismus erscheinen sollte: Der Plenarsaal des Reichstages brannte. Die schweren Portieren hinter dem Präsidium standen in Flammen, auf den ersten drei Reihen der Abgeordnetensitze qualmten mehrere Einzelbrände. Auch aus dem Stenographenraum drang Feuerschein. Scranowitz schloß hastig die Tür, dann stürmte er mit Poeschel weiter. Wenige Sekunden später durcheilten sie den Bismarcksaal. Sie hatten noch nicht die Mitte des Saals unterhalb eines Kronleuchters erreicht, da tauchte plötzlich eine halbnackte Gestalt auf. Sofort wußten beide Männer: Das ist der Brandstifter. Poeschel hob die Pistole und schrie: „Hände hoch!" Er durchsuchte den Mann, fand jedoch nur dessen Ausweis; er lautete auf Marinus van der Lubbe, Maurergeselle aus Leiden in Holland, geboren am 13. Januar 1909. Scranowitz fuhr Lubbe an: „Warum hast du das gemacht?" Der Holländer: „Protest! Protest!" Poeschel merkte sich die Zeit: Es war 21.27 Uhr am 27. Februar 1933.

Doch als der Leiter der Polizeiwache „Brandenburger Tor", Leutnant Lateit, den Verhafteten einer ersten Vernehmung unterzog, mochte Lubbe nicht reden. Erst auf dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz, seiner nächsten Station, offenbarte er sich; die Kriminalkommissare Helmut Heisig und Walter Zirpins waren die ersten, denen er seine Geschichte erzählte, die tragische Geschichte eines bizarren Idealisten, der vollbrachte, was er gerade zu verhindern aufgebrochen war: Er wollte die Welt verändern, das Proletariat zum Herrn seines Schicksals machen, aber am Ende half er nur, die Herrschaft Adolf Hitlers schneller zu zementieren, als es selbst die Nationalsozialisten für möglich gehalten hatten. Das machte ihn zu einem Außenseiter, zu einem lästigen Eindringling, ungeliebt, ja verachtet von allen politischen Lagern, die damals in Deutschland um die Macht stritten. Denn er paßte in kein politisches Schema, seine Tat überraschte Freund und Feind.

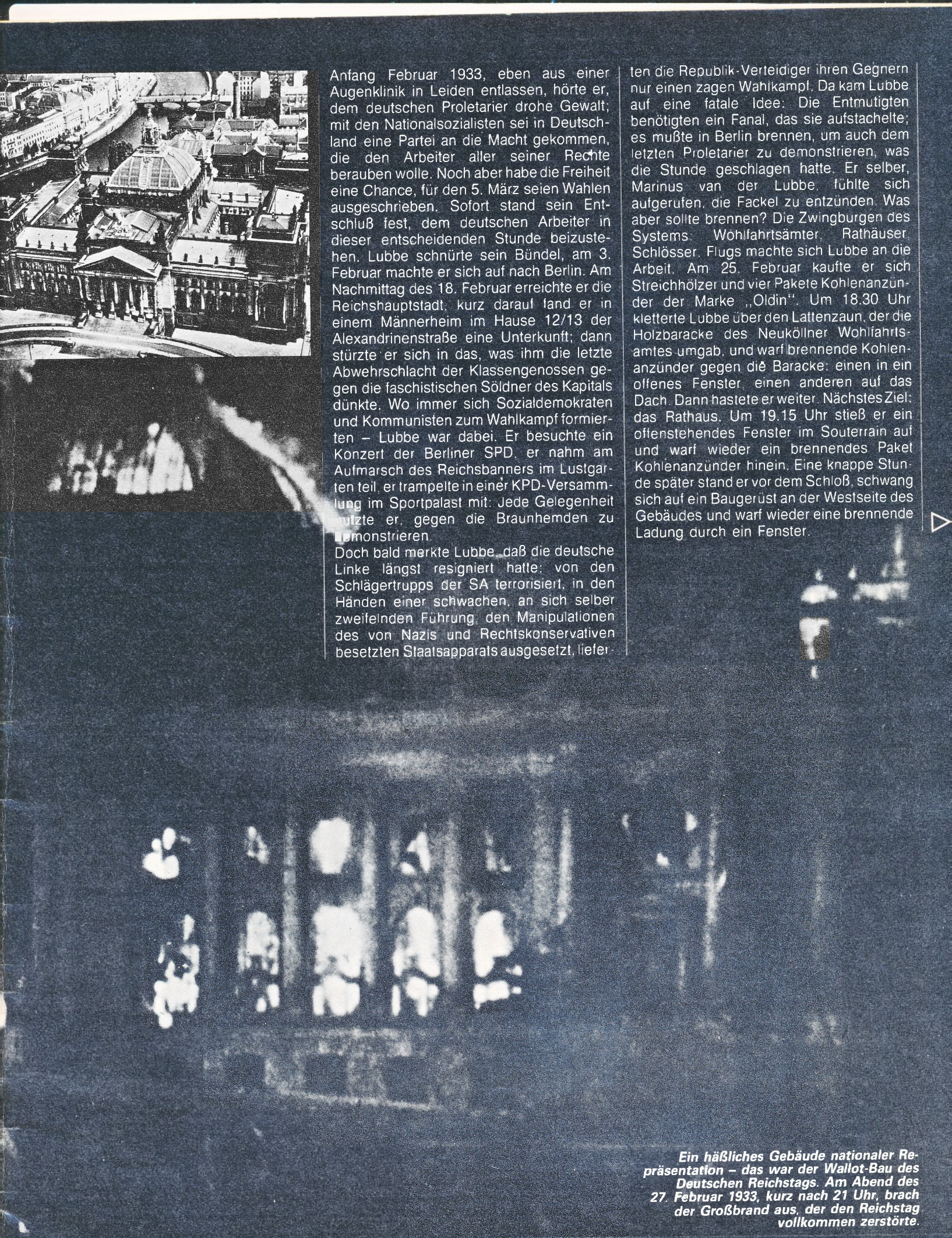
Der holländische Rätekommunist Marinus van der Lubbe war durch einen Unfall auf dem Bau arbeitsunfähig geworden und in die Obdachlosenwelt ultralinker Sektierer geraten, die von der Befreiung des Arbeiters aus kapitalistischen Zwängen und bürokratischer Vormundschaft träumten. Von einer schier unstillbaren Sehnsucht nach fremden Menschen und Ländern bedrängt, war Lubbe durch halb Europa gewandert. Einen so Ruhelosen konnte selbst die Kommunistische Partei, der er bis 1929 angehörte, nicht halten; er schloß sich den Radekommunisten (Rätekommunisten) an, einer kleinen holländischen Splittergruppe, die glaubte, der Proletarier müsse sein Leben allein bestimmen – ohne Staatsbürokratie und Parteiapparat.



Anfang Februar 1933, eben aus einer Augenklinik in Leiden entlassen, hörte er, dem deutschen Proletarier drohe Gewalt; mit den Nationalsozialisten sei in Deutschland eine Partei an die Macht gekommen, die den Arbeiter aller seiner Rechte berauben wolle. Noch aber habe die Freiheit eine Chance, für den 5. März seien Wahlen ausgeschrieben. Sofort stand sein Entschluß fest, dem deutschen Arbeiter in dieser entscheidenden Stunde beizustehen. Lubbe schnürte sein Bündel, am 3. Februar machte er sich auf nach Berlin. Am Nachmittag des 18. Februar erreichte er die Reichshauptstadt, kurz darauf fand er in einem Männerheim im Hause 12/13 der Alexandrinenstraße eine Unterkunft; dann stürzte er sich in das, was ihm die letzte Abwehrschlacht der Klassengenossen gegen die faschistischen Söldner des Kapitals dünkte. Wo immer sich Sozialdemokraten und Kommunisten zum Wahlkampf formierten – Lubbe war dabei. Er besuchte ein Konzert der Berliner SPD, er nahm am Aufmarsch des Reichsbanners im Lustgarten teil, er trampelte in einer KPD-Versammlung im Sportpalast mit: Jede Gelegenheit nutzte er, gegen die Braunhemden zu demonstrieren.

Doch bald merkte Lubbe, daß die deutsche Linke längst resigniert hatte: von den Schlägertrupps der SA terrorisiert, in den Händen einer schwachen, an sich selber zweifelnden Führung, den Manipulationen des von Nazis und Rechtskonservativen besetzten Staatsapparats ausgesetzt, liefer-

ten die Republik-Verteidiger ihren Gegnern nur einen zagen Wahlkampf. Da kam Lubbe auf eine fatale Idee: Die Entmutigten benötigten ein Fanal, das sie aufstachelte; es mußte in Berlin brennen, um auch dem letzten Proletarier zu demonstrieren, was die Stunde geschlagen hatte. Er selber, Marinus van der Lubbe, fühlte sich aufgerufen, die Fackel zu entzünden. Was aber sollte brennen? Die Zwingburgen des Systems: Wohlfahrtsämter, Rathäuser, Schlösser. Flugs machte sich Lubbe an die Arbeit. Am 25. Februar kaufte er sich Streichhölzer und vier Pakete Kohlenanzünder der Marke „Oldin". Um 18.30 Uhr kletterte Lubbe über den Lattenzaun, der die Holzbaracke des Neuköllner Wohlfahrtsamtes umgab, und warf brennende Kohlenanzünder gegen die Baracke: einen in ein offenes Fenster, einen anderen auf das Dach. Dann hastete er weiter. Nächstes Ziel: das Rathaus. Um 19.15 Uhr stieß er ein offenstehendes Fenster im Souterrain auf und warf wieder ein brennendes Paket Kohlenanzünder hinein. Eine knappe Stunde später stand er vor dem Schloß, schwang sich auf ein Baugerüst an der Westseite des Gebäudes und warf wieder eine brennende Ladung durch ein Fenster.



Ein häßliches Gebäude nationaler Repräsentation – das war der Wallot-Bau des Deutschen Reichstags. Am Abend des 27. Februar 1933, kurz nach 21 Uhr, brach der Großbrand aus, der den Reichstag vollkommen zerstörte.

„Mann, so schießen Sie doch endlich!“

Dann wartete der Brandstifter, in einem neuen Obdachlosenasyl Berlins untergekommen, die Wirkung seiner Taten ab. Doch nichts geschah. Lubbe konnte nicht wissen, daß seine Kohlenanzünder in der Tat rasch gewirkt hatten und größere Brände nur durch das rechtzeitige Eingreifen wachsamer Berliner verhindert worden waren. Enttäuscht über den vermeintlichen Fehlschlag, setzte er zu einem neuen Coup an: Er wollte das Gebäude des Reichstags anzünden.

Am Morgen des 27. Februar kaufte er sich wieder vier Pakete Kohlenanzünder, dann wanderte er zum Reichstagsgebäude; er erkundete Einstiegsmöglichkeiten, dann zog er sich zurück. Im Schutz der Dunkelheit kam er wieder, diesmal zu allem entschlossen. Kurz nach 21 Uhr stieg er über das Geländer an der Westseite des Gebäudes, kletterte an der Außenwand empor und stand schließlich auf dem Balkon vor dem Reichstagsrestaurant. Dann schlug er mit dem Fuß ein Doppelfenster ein und sprang in den dunklen Restaurationsraum – der Weg zur Brandstiftung war frei.

Er warf einen brennenden Kohlenanzünder auf einen Holztisch, mit einem zweiten Kohlenanzünder setzte er den rasch zusammengerafften Vorhang in Brand. Während Türen und Holzverkleidung zu qualmen begannen, entzündete er einen weiteren Vorhang und rannte mit einem dritten Kohlenanzünder zu einer Treppe. Dann entledigte er sich fast aller seiner Kleider und steckte sein Oberhemd in Brand, das er nun als Fackel benutzte, um anderes wiederum anzuzünden: ein Tischtuch, das er aus einem Wäscheschrank herausgerissen hatte, einige Handtücher im Waschraum. Immer heftiger ging sein Atem, immer gehetzter raste er von Raum zu Raum. Schließlich erreichte er den Plenarsaal, entzündete die Portieren des Präsidiums, riß einen Vorhang von den Stenographenplätzen ab und entzündete ihn an bereits brennenden Vorhängen – und stürzte weiter von Fenstervorhang zu Fenstervorhang, stets mit einer Fackel in der Hand, von Qualm und Knistern umgeben.

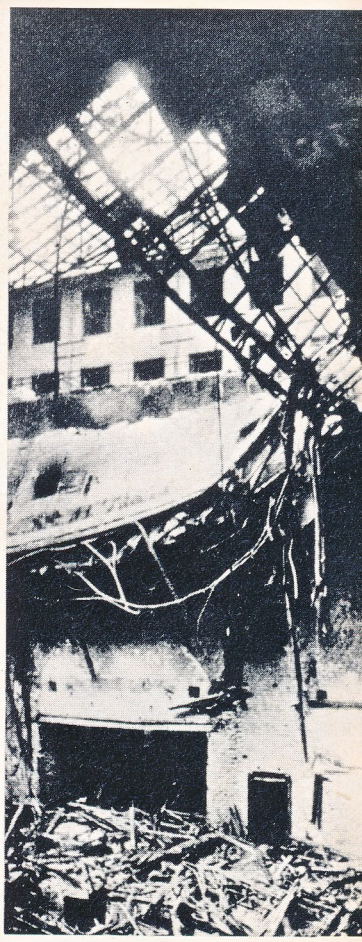
Lubbe hatte eben den Bismarcksaal betreten, als er auf Hausinspektor Scranowitz und Polizeiwachtmeister Poeschel stieß, die seiner Tat ein Ende setzten. Dem Theologiestudenten Hans Flöter, den der Nachhauseweg an der Vorderfront des Reichstagsgebäudes vorbeiführte, war schon wenige Minuten nach 21 Uhr ein klirrendes Geräusch aufgefallen; in einem Fenster des Hauptgeschosses entdeckte er eine dunkle Gestalt, die offenbar mit einer brennenden Fackel hantierte. Er lief zu dem diensthabenden Oberwachtmeister Buwert, der gerade seine Runde machte. Auch Buwert sah bald den Feuerschein hinter den Reichstagsfenstern, war jedoch unschlüssig, wie er handeln sollte. „Mann, so schießen Sie doch endlich!“ rief ein hinzugekommener Passant. Buwert entschied sich anders: „Rennen Sie doch schnell rüber zur Brandenburger-Tor-Wache und alarmieren Sie die.“

Was folgte, war Routine: Zuerst erschien Polizeileutnant Lateit mit zwei Beamten (unter ihnen der Lubbe-Verhafter Poeschel), dann forderte er Verstärkung an. Jetzt wurde der ganze Polizeiapparat alarmiert, 15 Feuerlöschzüge der Berliner Feuerwehr brausten heran, um den sich immer mehr ausweitenden Brand zu löschen. Um 22 Uhr nahm Kriminalkommissar Heisig in der Abteilung IA des Polizeipräsidiums den Anruf eines Mitarbeiters entgegen: „Hören Sie, Heisig! Der Reichstag steht in Flammen. Minister Göring hat Großalarm für die gesamte preußische Polizei angeordnet.“

Göring schießt ein Eigentor

Die Reaktion der Machthaber war allerdings alles andere als Routine. Einen Augenblick waren sie sprachlos. Berlins Gauleiter Joseph Goebbels hielt die Brand-Nachricht für eine „tolle Phantasiemeldung“, selbst Hitler konnte sich anfangs keinen Vers daraus machen. Nur Hermann Göring, Reichstagspräsident und preußischer Innenminister, war sofort mit einer fertigen Version zur Stelle. Als er auf der Fahrt zum Reichstagsgebäude von Polizisten aufgehalten wurde und dabei wiederholt hörte, es handle sich vermutlich um Brandstiftung, da „habe ich gewußt: Die Kommunistische Partei ist die Schuldige am Reichstagsbrand“. Das wurde Göring rasch zur fixen Idee; ohne sich um die Meldungen der am Brandherd eingesetzten Beamten zu kümmern, die nur von einem Täter berichteten, wußte er sofort: „Ein Mann? Das war nicht ein Mann. Das waren zehn, zwanzig Männer! Mensch, wollen Sie denn nicht begreifen? Das war die Kommune. Das ist das Signal zum kommunistischen Aufstand.“

Ebenso fix witterte er, wie die vermeintlichen Täter im Reichstag erschienen und wieder verschwunden waren. Göring erinnerte sich, daß 1932 das Polizeipräsidium durch die Meldung aufgeschreckt worden war, Attentäter seien durch den mannshohen Röhrentunnel, der den Keller des Reichstagsgebäudes mit den über hundert Meter entfernten Heizungsanlagen des Reichstagspräsidentenpalais verband, in den Reichstag eingedrungen. Prompt



Nach jahrelanger Forschung steht fest: Marinus van der Lubbe – und weder Nationalsozialisten noch Kommunisten – hat den Brand allein gelegt.

Den Nationalsozialisten paßte der Reichstagsbrand ins Konzept. Als die nationalsozialistische Prominenz an der Brandstelle eintraf, stand es für Hitler, Göring und Goebbels bereits fest: Das konnte nur der Beginn eines Umsturzversuches der KPD sein.

schickte Göring nun einen seiner Leibwächter und drei Polizisten in den unterirdischen Gang, doch sie fanden keine Spuren. Gleichwohl ließ sich Göring von seiner These nicht mehr abbringen; er ahnte nicht, daß er eine Legende geschaffen und ein Eigentor geschossen hatte. Bis heute spukt der unterirdische Gang durch die Diskussionen.

Doch Görings Version paßte dem inzwischen eingetroffenen Hitler nur allzusehr ins Konzept; ließ sich nachweisen, daß die Brandstiftung „der Beginn des kommunistischen Aufstandes" (Göring) war, dann hatte Hitler die März-Wahl schon gewonnen. Erregt starrte Hitler in die Flammen und schrie: „Es gibt jetzt kein Erbarmen; wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht. Das deutsche Volk wird für Milde kein Verständnis haben. Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird. Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden." War das nur Schauspielerei? Sicherlich nicht. In dieser Stunde mögen Hitler, Göring und die anderen tatsächlich geglaubt haben, es stände ein kommunistischer Putsch bevor. Opfer ihrer antikommunistischen Wahnvorstellungen, griffen sie begierig auch das kleinste Indiz auf, das ihre Befürchtungen zu bestätigen schien: Widerstandsaufrufe der KPD, das vermeintliche Untertauchen von KPD-Abgeordneten, Revolutionsreden roter Funktionäre. Doch kein Kommunist war selbstmörderisch genug, den Nationalsozialisten zuliebe zu putschen: Die KPD rührte sich nicht.

Hitler holt zum Schlag gegen die Roten aus

Bereits in der Brandnacht wußten jedoch die Machthaber, wie sich der Reichstagsbrand für sie ausbeuten ließ. Um Mitternacht kam Hitler mit seinen engsten Beratern im Preußischen Innenministerium zusammen; die Runde beschloß nun auch formell den Schlag gegen den roten Gegner: Verhaftung sämtlicher Abgeordneter und Funktionäre der KPD, Verbot aller KP-Zeitungen. Görings Staatssekretär Grauert schlug vor, man müsse die Verhaftungsaktion legalisieren, eine „Notverordnung gegen Brandstiftungen und Terrorakte" erlassen. Er gab damit den Anstoß zu einem für alle Deutschen katastrophalen Schritt. Am nächsten Tag genehmigte das Kabinett eine „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat", durch die alle Grundrechte der Verfassung aufgehoben wurden. Mit einem Schlag war die Diktatur

Adolf Hitlers begründet, noch ehe die Wähler zur Urne gegangen waren.
Der braune Propaganda-Apparat setzte sich in Bewegung, die Mär vom verhinderten Aufstand der Kommune in die Welt zu posaunen. Ein paar dürftige Indizien genügten den NS-Machthabern, den Reichstagsbrand als Fanal eines KP-Aufstandes zu deuten. Doch zu keiner Stunde konnten die Nationalsozialisten ihre These beweisen. Das spornte die Kommunisten im In- und Ausland an, das gerade Gegenteil zu behaupten: Der Brand sei von den Nazis selber gelegt worden. Da die Funktionäre der KPD nur allzugut wußten, daß ihre Partei keinen Aufstand gegen das Hitler-Regime geplant hatte, mußten sie folgern, die Nationalsozialisten hätten die Brandstiftung inszeniert, um die Kommunistenfurcht des deutschen Bürgertums für sich zu nutzen und die KPD wegen angeblicher Putschvorbereitungen ausschalten zu können. Freilich: Auch die rote Brandstifter-These ließ sich nicht beweisen – sie ist ebenso falsch wie die braune.
Verbittert mußte Marinus van der Lubbe zusehen, daß seine Tat von Freund und Feind verfälscht wurde. Fast niemand wollte ihm glauben, daß er allein den Brand gelegt hatte. Nur einer traute ihm die Alleintat zu: Die Berliner Polizei. „Die Frage, ob van der Lubbe die Tat allein ausgeführt hat", urteilte Kriminalkommissar Zirpins am 3. März 1933, „dürfte bedenkenlos zu bejahen sein. Die Ermittlungen, der objektive Tatbestand und die genauen Feststellungen des Täters beweisen dies." Solche Wahrheit war freilich im Grabenkampf der braunen und roten Ideologen unerwünscht. Lubbe wurde in die Niederungen der Propaganda gezerrt, von den einen als Helfer der Nazis, von den anderen als Komplize der Kommunisten diffamiert. Er selber aber blieb bis zu seiner Hinrichtung am 10. Januar 1934 bei seiner, der einzigen Wahrheit: „Es hat mir niemand bei der Tat geholfen." □

FREIHEIT AUSSER KRAFT GESETZT

Die Übergänge vom demokratischen Rechtsstaat zum totalen Staat, in dem des Führers Wille „Recht" setzte, waren fließend. Die nebenstehende Verordnung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Schutz von Volk und Staat bildet für diese Entwicklung einen Markstein. Wichtige Menschen- und Grundrechte – die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Briefgeheimnis, die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Vereinsfreiheit und das Recht auf persönliches Eigentum – wurden am Morgen nach dem Reichstagsbrand außer Kraft gesetzt. Damals hieß es noch „. . . bis auf weiteres". Tatsächlich jedoch blieb die sogenannte Reichstagsbrandverordnung bis zum Ende des Dritten Reiches in Kraft.

Ob das deutsche Volk glaubte, daß die Kommunisten zum großen revolutionären Schlag ausgeholt hatten, oder ob es so etwas nur glauben wollte, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls waren Millionen zufrieden, daß die neuen Herren so drastisch durchgriffen. Ausgerechnet aufgrund der Maßnahmen, mit denen die Rechtsunsicherheit im Deutschen Reich Methode zu werden begann, fühlten sich die Massen sicher. Goebbels notierte in seinem Tagebuch: „Es ist wieder eine Lust zu leben." Es war nicht seine Meinung allein. Der Unrechtsstaat hatte seine Massenbasis gefunden.

Noch bevor der Reichspräsident seine Unterschrift unter die Verordnung zum Schutz von Volk und Staat (rechts) gesetzt hatte, gliederte Preußens Innenminister Hermann Göring seine SA als Hilfspolizei in die Verbände der staatlichen Ordnungshüter ein. Hier sind sie bei der Schießübung.

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933	Nr. 17

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933..... S. 83

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3

Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

§ 4

Wer den von den obersten Landesbehörden oder den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. Wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. wer in den Fällen des § 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Aufruhr) oder des § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 239) des Strafgesetzbuchs in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Februar 1933.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

REICHSTAGSBRAND-PROZESS

GERHARD MAUZ

AUF DEM LINKEN AUGE BLIND

Die Justiz der Republik blieb konservativ

Die politische Justiz der Weimarer Republik zierte sich nicht lange: Linke wurden hart verknackt. Rechte dagegen pfleglich behandelt. Trotzdem kann man nicht behaupten, alle Justiz zwischen 1918 und 1933 sei Unrechtsjustiz gewesen. Erst im Prozeß gegen den Reichstagsbrandstifter Marinus van der Lubbe und vier führende Kommunisten löste die Rechtsbeugung den Rechtsspruch ab. SPIEGEL-Reporter Gerhard Mauz schildert den Prozeßverlauf. ◉

Als am 21. September 1933 vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig der Prozeß gegen „van der Lubbe und Genossen" eröffnet wird, steht das Gericht – buchstäblich – zwischen zwei Feuern. Die Nationalsozialisten sehen im Brand des Reichstags einen Anschlag der Kommunisten. Doch die Kommunisten behaupten ihrerseits, die Nationalsozialisten hätten den Reichstag angezündet.

Der Präsident des IV. Strafsenats Wilhelm Bünger, 62, spricht zu Beginn der Sitzung von der „souveränen deutschen Gerichtsbarkeit", deren Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit er betont. Zwei Drittel der Pressekarten sind an 82 Journalisten aus dem Ausland ausgegeben worden. „Das ungeheure Ausmaß des Ereignisses, das den Hintergrund dieses Verfahrens bildet", sagt Senatspräsident Bünger, „hat dazu geführt, daß der Gegenstand der Untersuchung in der Presse aller Länder leidenschaftlich erörtert worden ist. Gunst und Haß der öffentlichen Meinung haben sich dabei bemüht, das Ergebnis des noch schwebenden Verfahrens vorwegzunehmen . . ."

Dennoch, was auch immer von unberufener Seite außerhalb geschehen sei: der Streit der Meinungen berühre das Gericht nicht. Gegenstand seiner Urteilsfindung werde allein die in der Anklageschrift bezeichnete Tat sein, wie sie sich nach dem Ergebnis der Verhandlung darstellen werde.

Senatspräsident Bünger ist Abgeordneter der liberalen Deutschen Volkspartei, Justizminister und Ministerpräsident in Sachsen gewesen, bevor er 1931 ans Reichsgericht kam. Er gilt als national, wenngleich auch als liberal gesinnt. Es ist fraglos Senatspräsident Büngers Absicht, Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit zu demonstrieren. Doch Senatspräsident Bünger ist ebenso fraglos der Repräsentant einer Justiz, die einen Maßstab für solche Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit längst nicht mehr besitzt.

Zeuge Goebbels wollte „auspacken", als er vor dem Leipziger Tribunal erschien. Tief langte er in die Klamottenkiste der Vorurteile, Verdächte und Lügen über angebliche Umsturzpläne der Kommunistischen Partei Deutschlands. Das Gericht war zur totalen Rechtsbeugung jedoch noch nicht bereit: Zwar verurteilte es Marinus van der Lubbe zum Tode. Aber „seine Genossen" – bekannte deutsche und bulgarische Kommunisten – wurden freigesprochen.

Rechtes Rechtsbewußtsein

Die Justiz der Weimarer Republik hat nur die radikale Linke bekämpft. Die Gewalttaten der radikalen Rechten hat sie ignoriert oder glimpflich behandelt. Gerade vor dem IV. Strafsenat, der nun gegen „van der Lubbe und Genossen" zu verhandeln beginnt, ist 1930, in einem Hochverratsverfahren gegen drei Reichswehroffiziere, Adolf Hitler Gelegenheit gegeben worden, einen „Legalitätseid" zu leisten, der zur Verwirrung des Rechtsbewußtseins in Deutschland entscheidend beitrug. Über diesen Eid hat der IV. Strafsenat des Reichsgerichts 1930 in seinem Urteil gegen die drei Reichswehroffiziere festgestellt:

„Den Angeklagten ist zur Last gelegt, daß es ihr Bestreben gewesen sei, in der Reichswehr einen günstigen Boden für eine nationalsozialistische Umsturzbewegung zu schaffen. Dem Senat erschien es deshalb von Bedeutung, aufzuklären, welche Stellung der Führer der NSDAP zu der Frage einnahm, ob von der Partei ein solcher Umsturz beabsichtigt war. Adolf Hitler hat die Frage unter Eid auf das entschiedenste verneint; er hat mit unzweideutigen Worten erklärt, daß er seine Ziele nur noch auf streng legalem Wege verfolge . . . Gegen die Aussage Adolf Hitlers brachte der Zeuge, Staatssekretär Zweigert vom Reichsministerium des Inneren in Berlin vor, daß in diesem Ministerium Material vorliege, das in einer Denkschrift zusammengefaßt sei und zu dem Schluß zwinge, daß die Nationalsozialistische Partei doch einen gewaltsamen Umsturz erstrebe. In eine Beweiserhebung über diese Frage einzutreten, hat der Senat abgelehnt, da diese Frage für die Urteilsfindung in dem vorliegenden Fall nicht von entscheidender Bedeutung ist . . ."

Einerseits war es also „von Bedeutung", ob der Führer der NSDAP einen Umsturz plant. Andererseits war es „nicht von entschei-

dender Bedeutung", in eine Beweiserhebung darüber einzutreten, ob die Behauptung des Führers der NSDAP glaubhaft sei, er verfolge seine Ziele auf „streng legalem Wege". Der Feind ist nicht die radikale Rechte, sondern die radikale Linke. Und so kann man einen „Legalitätseid" Adolf Hitlers zulassen und akzeptieren, obwohl man diesen Adolf Hitler, bevor er den Eid leistete, auch hat sagen hören: „Wenn unsere Bewegung siegt, dann wird ein neuer Staatsgerichtshof zusammentreten, und vor diesem soll dann das Novemberverbrechen von 1918 seine Sühne finden, dann allerdings werden auch Köpfe in den Sand rollen." Das hat man wohl gehört – und kann anschließend doch feststellen, Adolf Hitler habe sich „mit unzweideutigen Worten" für die Legalität erklärt . . .

„Der Jude muß krepieren"

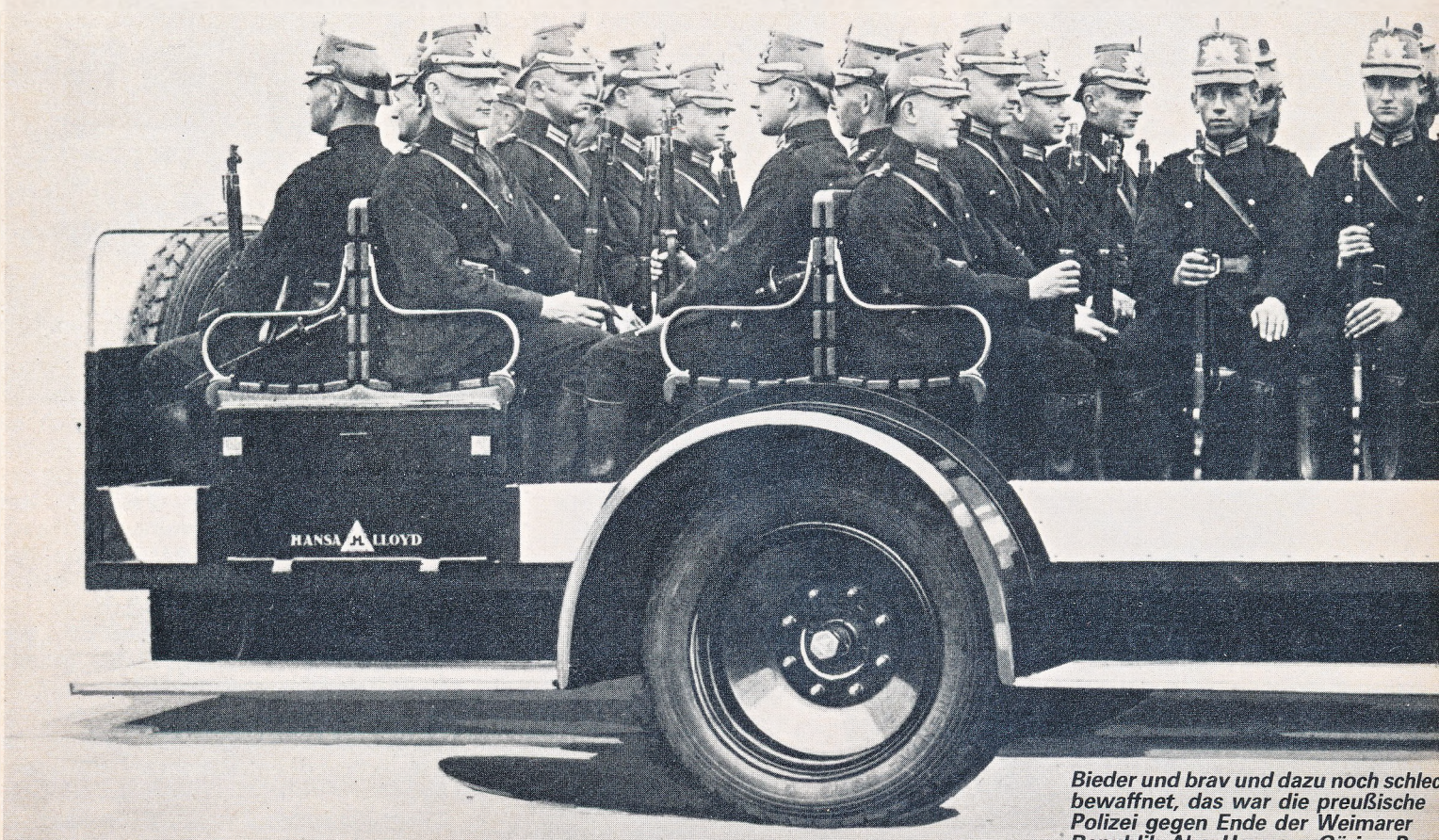
Es ist ein düsteres Vorzeichen, daß vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelt wird. Die Gerichtsbarkeit der Weimarer Republik war nicht souverän. Sie war skrupellos reaktionär und ein Feind der Republik, die zu verteidigen sie vorgab. Auch für die Justiz von Weimar war diese Republik das Produkt des „Novemberverbrechens von 1918". Ein Beispiel für viele: „Da heißt's wohlauf marschieren!
Der Jude muß krepieren!
Legt an! Gebt Feuer! Ladet schnell!"
Ein Lied mit diesem Kehrreim wurde in den Straßen Königsbergs unter Vorantritt eines Meteorologen namens Dürr gesungen. Doch der Meteorologe namens Dürr wurde von der „souveränen Gerichtsbarkeit" der Weimarer Republik freigesprochen. Ihm habe ein strafbarer Vorsatz gefehlt, weil die Kommunisten in den Straßen Königsbergs einen ähnlichen Kehrreim gesungen hätten; einen Kehrreim, in dem freilich der Satz „Der Jude muß krepieren!" gefehlt hatte . . .
Vom „ungeheuren Ausmaß" des Ereignisses, über das zu befinden sei, spricht Senatspräsident Bünger zu Beginn der Sitzung gegen „van der Lubbe und Genossen". Nun, ein Gebäude der nationalen Repräsentation ist angezündet worden. Doch dem Feuer ist nicht ein einziges Menschenleben zum Opfer gefallen. Menschen kamen erst zu Tode, als Adolf Hitler das „Fanal" des Reichstagsbrandes benutzte, um eine mörderische Verhaftungswelle auszulösen. Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts begibt sich bereits jeglicher Souveränität, als er durch seinen Präsidenten das von den Nationalsozialisten (und – aus ihrer Sicht – auch von den Kommunisten) behauptete „ungeheure Ausmaß" des Ereignisses anerkennt.

Rückwirkende Gesetze

Noch in einem anderen Punkt hat sich der IV. Strafsenat des Reichsgerichts schon vor Beginn als abhängig und voreingenommen erwiesen. Er hat das Verfahren gegen „van der Lubbe und Genossen" auf der Basis der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" eröffnet, die erst einen Tag *nach* dem Reichstagsbrand, am 28. Februar 1933, erlassen worden ist: die *rückwirkend* bestimmt, daß auch „aufrührerische Brandstiftung" mit dem Tode bestraft werden kann.

Es ist Grundsatz jeder Rechtsstaatlichkeit, daß nur nach Gesetzen bestraft werden darf, die zum Zeitpunkt der Tat Gültigkeit hatten. Doch der IV. Strafsenat des Reichsgerichts läßt sich darauf ein, auf der Unrechtsbasis einer rückwirkenden Verordnung zu verhandeln. Nach 1945 ist versucht worden, auch die Justiz als ein Opfer Adolf Hitlers darzustellen. Man hat behauptet, die Justiz sei regelrecht vergewaltigt worden. Das Strafverfahren gegen „van der Lubbe und Genossen" steht gegen diese Behauptungen. Angesichts der internationalen Aufmerksamkeit, die der Verhandlung vor dem Reichsgericht galt, hätte die Justiz ihre Souveränität verteidigen können – hätte sie diese nicht in den Jahren der Weimarer Republik längst preisgegeben.

Am 23. Dezember 1933 verkündet der IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig sein Urteil: „Die Angeklagten Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff werden freigesprochen. Der Angeklagte van der Lubbe wird wegen Hochverrats in Tateinheit mit aufrührerischer Brandstiftung zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt." Das Urteil wird im Ausland mit Genugtuung aufgenommen. In dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten



Bieder und brav und dazu noch schlec bewaffnet, das war die preußische Polizei gegen Ende der Weimarer Republik. Aber Hermann Göring, Preu

Torgler sollte nach dem Willen der Nationalsozialisten die Kommunistische Partei Deutschlands, in den Bulgaren Dimitroff, Popoff und Taneff der internationale Kommunismus verurteilt werden. Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts scheint also doch Unabhängigkeit gewahrt zu haben. „Das Urteil im Reichstagsbrandprozeß, demzufolge Torgler und die drei bulgarischen Kommunisten aus formaljuristischen Gründen freigesprochen wurden, ist nach dem Rechtsempfinden .des Volkes ein glattes Fehlurteil", tobt die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz".

Das Urteil des IV. Strafsenats des Reichsgerichts ist indessen nicht der letzte unabhängige und unvoreingenommene Spruch einer Justiz, bevor sie überwältigt wurde, sondern die erste kapitale Leistung, mit der sich die Justiz den neuen Machthabern zur Verfügung stellt. Van der Lubbes Mitangeklagte werden mangels Beweisen freigesprochen. Doch dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts scheint es „nicht zweifelhaft, welches Ziel van der Lubbe und seine Mittäter mit der Tat verfolgt haben und in welchem Lager die Mittäter und Hintermänner des Verbrechens zu suchen sind. Die Entwicklung der Dinge war augenscheinlich so gedacht, daß man ein weit sichtbares Fanal geben wollte."

Der Freispruch der Mitangeklagten van der Lubbes ist ein fadenscheiniger Mantel, der die nackte Botmäßigkeit nicht verhüllen kann, mit der vom IV. Strafsenat des Reichsgerichts die nationalsozialistische Version vom Brand des Reichstags übernommen wird.

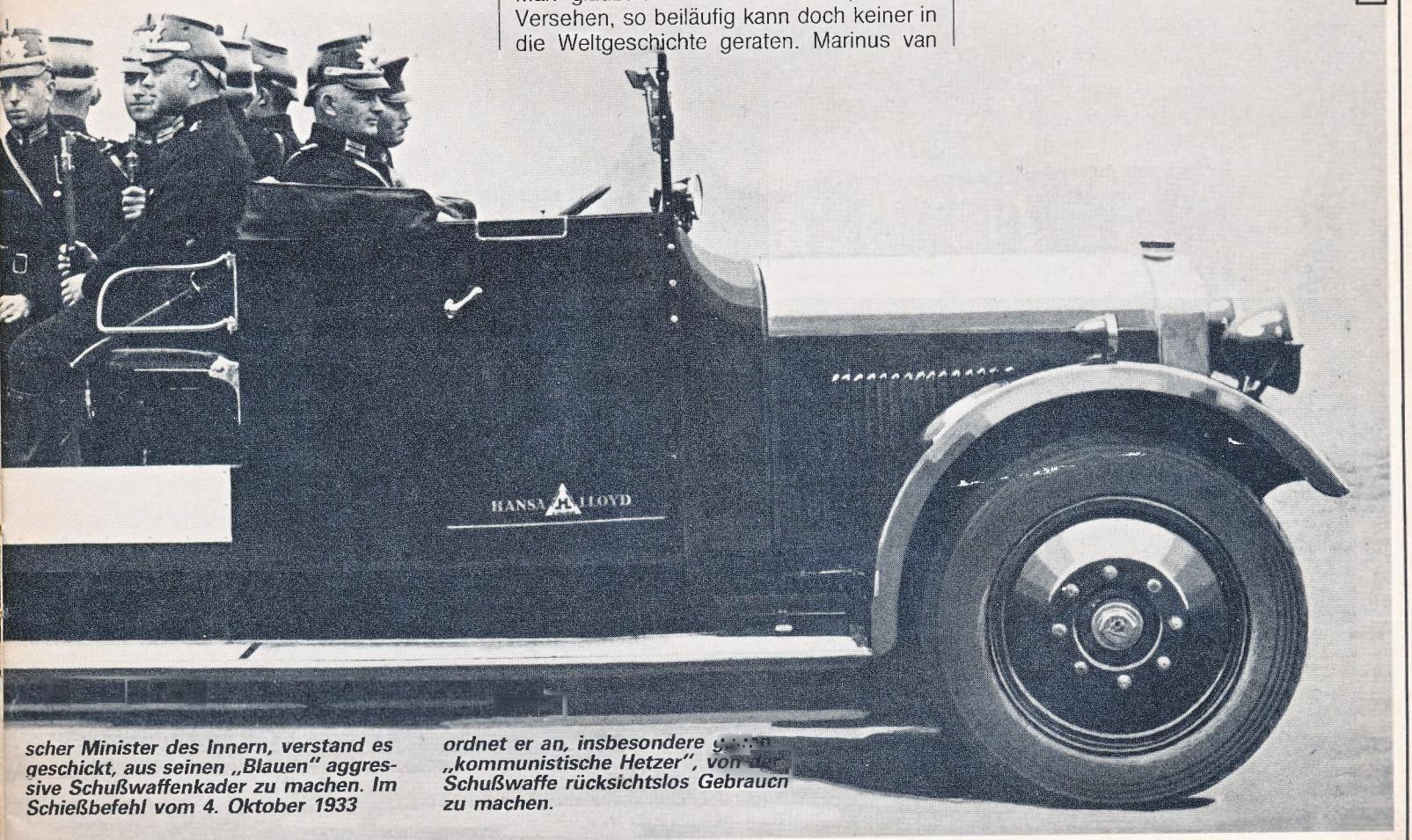
Schon während der Verhandlung vor dem Reichsgericht ist Marinus van der Lubbe nur noch ein Wrack, das sich höchstens gelegentlich und überraschend den Konstruktionen zu widersetzen versucht, die mit seiner Person errichtet worden sind. Bis in die Verhandlung hinein ist er sieben Monate lang gefesselt gewesen. Er hat mit einer Strafe gerechnet, mit 20 Jahren vielleicht, doch nicht mit der Todesstrafe. Er ist gebrochen, der Fassungslosigkeit darüber überantwortet, wie schnell, wie mühelos er zu einer Figur der Weltgeschichte geworden, in ungeheuerliche Zusammenhänge hineingeraten ist. Er lacht unvermittelt vor dem Reichsgericht, er schüttelt sich vor Lachen. Man dringt in ihn, warum er lache: „Die Sache ist doch von einem furchtbaren Ernst!" Den Professoren, die ihn begutachteten, hat er einmal gesagt, das Ganze, was er gemacht habe, sei doch gar keine große Sache. Er habe den Reichstag angezündet. Eine große Sache werde erst jetzt daraus gemacht. „Was ist denn das für eine Tat, diese Reichstagsbrandstiftung? Das ist eine Tat von zehn Minuten oder höchstens einer Viertelstunde gewesen", sagt er vor dem Reichsgericht und er beteuert erneut: „Das habe ich ganz alleine gemacht!"

Man glaubt ihm nicht. So leicht, so aus Versehen, so beiläufig kann doch keiner in die Weltgeschichte geraten. Marinus van der Lubbe wird zum Tode verurteilt und am 10. Januar 1934 hingerichtet. Er ist 24 Jahre alt, als er stirbt. Er hat wirklich nie eine Chance gehabt; nicht einmal die, die Wahrheit über seine Tat durchzusetzen.

Ungesühnte Unrechtsjustiz

Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts rechtfertigt die Schreckenswelle der Gewalt, die Adolf Hitler nach dem Brand des Reichstags im Februar 1933 auslöste, als er Marinus van der Lubbe verurteilte. Er suchte Absolution von dem Mord an Marinus van der Lubbe im – unumgänglichen – Freispruch der Mitangeklagten. Aus der reaktionären Justiz der Weimarer Republik war damit die willfährige braune Justiz geworden, die später sogar dazu fähig war, wegen Rassenschande zum Tode zu verurteilen.

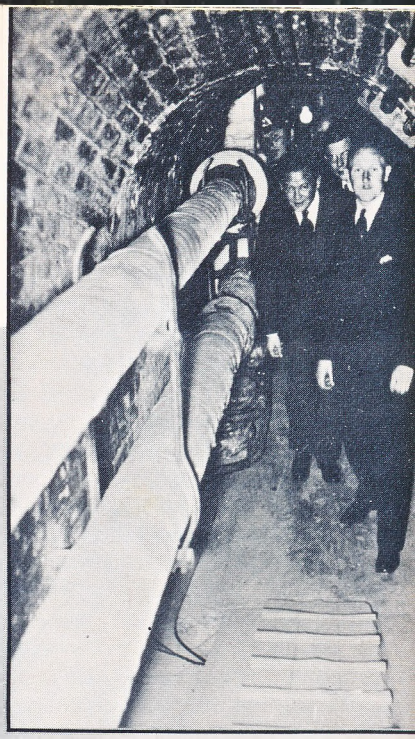
1967 ist das Urteil gegen Marinus van der Lubbe auf acht Jahre Zuchthaus wegen menschengefährdender Brandstiftung herabgesetzt worden. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem Hingerichteten wieder zuerkannt. Über sich selbst, über jene, die sie 1933 im IV. Strafsenat des Reichsgerichts repräsentierten, hat die Justiz der Bundesrepublik den Stab nicht gebrochen. Ein Richter kann wegen Rechtsbeugung nur verurteilt werden, wenn ihm der „unbedingte Vorsatz" zur Rechtsbeugung nachgewiesen wird. Und das weise man selbst einem schlechten Juristen erst einmal nach. Von denen, die unter Hitler richteten, ist keiner von einem Gericht der Bundesrepublik jemals rechtskräftig verurteilt worden. □



scher Minister des Innern, verstand es geschickt, aus seinen „Blauen" aggressive Schußwaffenkader zu machen. Im Schießbefehl vom 4. Oktober 1933 ordnet er an, insbesondere gegen „kommunistische Hetzer", von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch zu machen.

Dimitroff zu Göring:

Das Propaganda-Duell vor dem Reichsgericht



Der Karikaturist John Heartfield symbolisierte mit dieser Fotomontage die moralische Überlegenheit des Angeklagten Dimitroff und Görings ohnmächtige Wut. Es gelang Dimitroff fast, aus dem Ankläger den Angeklagten zu machen. Der unterirdische Gang (oben rechts) von Görings Amtssitz zum Reichstag war sein stärkstes Argument.

Nazi Hermann Göring, präpariert vom NS-Propagandisten Joseph Goebbels, und Kommunist Georgi Dimitroff, präpariert vom KP-Propagandisten Willi Münzenberg – das waren die eigentlichen Gegner beim Prozeß um den Reichstagsbrand. Göring baute auf seine Macht, Dimitroff auf seine Kenntnis vom unterirdischen Gang zwischen dem Amtssitz Görings und dem Reichstagsgebäude.

Haben Sie Angst vor meinen Fragen, Herr MINISTERPRÄSIDENT?

Am 4. November 1933 steht Dimitroff Göring gegenüber. Göring ist als Zeuge vorgeladen, und er hat sich vorgenommen, seinen Auftritt zu benutzen, um den Kommunismus anzuklagen. Doch es kommt umgekehrt. Dimitroff ist keineswegs unglücklich, daß er durch Zufall in diesen Prozeß geraten ist, und er hat sich entschlossen, die Gelegenheit zu nutzen und eine kostenlose Propagandaschau für den Kommunismus daraus zu machen.

Dimitroff stellt Göring sofort zur Rede: Ob seine wiederholten Erklärungen, die Kommunistische Partei sei die Schuldige an der Brandstiftung, nicht die polizeiliche und juristische Untersuchung von vornherein beeinflußt habe?

Göring weist das zurück.

Reichsgerichtspräsident Bünger gibt Dimitroff dann das Stichwort, als er ihn empört fragt, ob Dimitroff wohl meine, das Gericht sei mit vorgefaßter Meinung an den Prozeß gegangen? Das stimmt zwar, aber der kluge Dimitroff hat sich gehütet, etwas Derartiges zu behaupten, und so sagt er jetzt: „Nein, ich habe gesagt, Herr Präsident, daß die Untersuchung bei der Polizei und nachher auch die richterliche Untersuchung durch eine solche politische Einstellung beeinflußt werden konnte – und nur in dieser Richtung hauptsächlich. Deshalb frage ich." Göring tappt prompt in die aufgestellte Falle: „Herr Dimitroff – aber noch das zugegeben(!), wenn sie sich in dieser Richtung hat beeinflussen lassen, so hat sie nur in der richtigen Richtung gesucht!"

Jetzt müßte eigentlich der Präsident dem Zeugen Göring solche das Gericht beleidigende Äußerung verbieten, aber er kommt gar nicht auf diese Idee, und so bleibt Dimitroff am Zug: „Das ist Ihre Meinung, meine Meinung ist eine ganz andere!" Göring triumphiert in seiner Einfalt: „Aber meine ist die entscheidende!" Dimitroff nickt zustimmend: „Ich bin Angeklagter, selbstverständlich."

Der Präsident will keine kommunistische Propaganda

Jetzt erst merkt der brave Dr. Bünger, daß da etwas schiefgeht. Aber er tut schon wieder das Falsche. Er wendet sich an Dimitroff: „Sie haben lediglich Fragen zu stellen!"

Immer häufiger unterbricht der Präsident nun den Angeklagten: „Dimitroff! Ich untersage Ihnen, hier eine kommunistische Propaganda zu treiben!"

Dimitroff zeigt auf Göring: „Er macht nationalsozialistische Propaganda hier!" Bünger tut, als habe er das nicht gehört: „Ich untersage Ihnen das auf das nachdrücklichste. Kommunistische Propaganda wird hier in diesem Saal nicht getrieben, und das war eben ein Stück davon." Dimitroff schaltet um und kleidet seine Propaganda wieder in Form von Fragen: „. . . in Deutschland geht es gegen die Kommunistische Partei. Diese Weltanschauung aber, diese Weltanschauung regiert die Sowjetunion, das größte und beste Land in der Welt. Ist das bekannt?" Jetzt verliert Göring die Beherrschung, beginnt zu schimpfen und verspielt damit vor der internationalen Presse alles Prestige: „Hören Sie mal, jetzt will ich Ihnen sagen, was im deutschen Volk bekannt ist! Bekannt ist im deutschen Volke, daß Sie sich hier unverschämt benehmen und hierhergelaufen kommen, den Reichstag anstecken und dann hier mit dem deutschen Volk noch solche Frechheiten sich erlauben! Ich bin nicht hierhergekommen, um mich von Ihnen anklagen zu lassen!"

Dimitroff lächelt impertinent: „Nein, Sie sind Zeuge!"

Göring wünscht Dimitroff an den Galgen

Göring läßt sich in seiner wütenden Fahrt nicht abstoppen: „Sie sind in meinen Augen ein Gauner, der längst an den Galgen gehört!"

Dimitroffs Lächeln verstärkt sich, wird zum siegesgewissen Grinsen: „Sehr gut! Ich bin sehr zufrieden!" Jetzt greift Präsident Bünger wieder ein. Weist er den Zeugen wenigstens zurecht, der den Angeklagten „Gauner" nennt und fordert, ihn aufzuhängen? Natürlich nicht. Er rügt den Angeklagten: „Dimitroff! Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß Sie keine kommunistische Propaganda zu treiben haben. Das haben Sie jetzt zum zweitenmal getan und können sich dann nicht wundern, wenn der Herr Zeuge derartig aufbraust, wie jetzt eben. Ich untersage Ihnen das jetzt auf das strengste! Wenn Sie überhaupt Fragen zu stellen haben, dann rein sachliche Fragen! Nichts weiter!"

Dimitroff schmunzelt noch immer: „Ich bin sehr zufrieden mit dieser Erklärung des Herrn Göring."

Bünger läßt sich prompt provozieren: „Ob Sie zufrieden sind oder nicht, das ist mir vollkommen gleichgültig!"

Dimitroff nickt noch einmal bestätigend: „Sehr zufrieden. Ich stelle nun Fragen . . ."

Endlich begreift Bünger, was er eben mit der ausdrücklichen Erlaubnis angerichtet hat, Dimitroff dürfe sachliche Fragen stellen, und fällt prompt ins andere Extrem: „Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort nach diesen letzten Äußerungen . . ."

Dimitroff fährt dazwischen: „Ich stelle Fragen . . ."

Bünger wird immer erregter: „Ich entziehe Ihnen das Wort! Setzen Sie sich hin!" Dimitroff läßt sich nicht irritieren: „Ich habe sachliche Fragen zu stellen!"

Bünger schreit nun schon: „Ich entziehe Ihnen das Wort nach dieser Fragestellung!"

Ein Fotograf blitzt die jetzt folgende Szene. Das Bild wird weltberühmt und ist heute noch als Glanzpunkt in allen Publikationen über den Reichstagsbrandprozeß zu finden. Es zeigt Dimitroff, weit vorgebeugt über den Tisch mit dem Mikrofon, auf Göring zeigend: „Haben Sie Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?"

Nun dreht Göring vor Wut ganz durch: „Sie werden Angst haben, wenn ich Sie erwische, wenn Sie hier aus dem Gericht raus sind, Sie Gauner, Sie!"

Bünger tut noch das Letzte, um sich und das Reichsgericht vor den Augen der Öffentlichkeit lächerlich zu machen. Zwar hat der Zeuge Göring soeben unverhüllte Morddrohungen gegen einen unter dem Schutz des Gerichts stehenden Angeklagten ausgestoßen, aber er rügt das nicht einmal. Er kommt in seiner Verzweiflung auf eine ganz andere Idee und ruft voller Erregung: „Dimitroff wird auf weitere drei Tage ausgeschlossen! Sofort hinaus mit ihm!"

Göring meint einfältig, Sieger geblieben zu sein und blickt sich triumphierend im Saal um, mit energisch in die Hüfte gestemmten Fäusten, als wolle er sagen: Dem habe ich's aber gegeben, was!

Die Presse feiert Dimitroffs moralischen Sieg

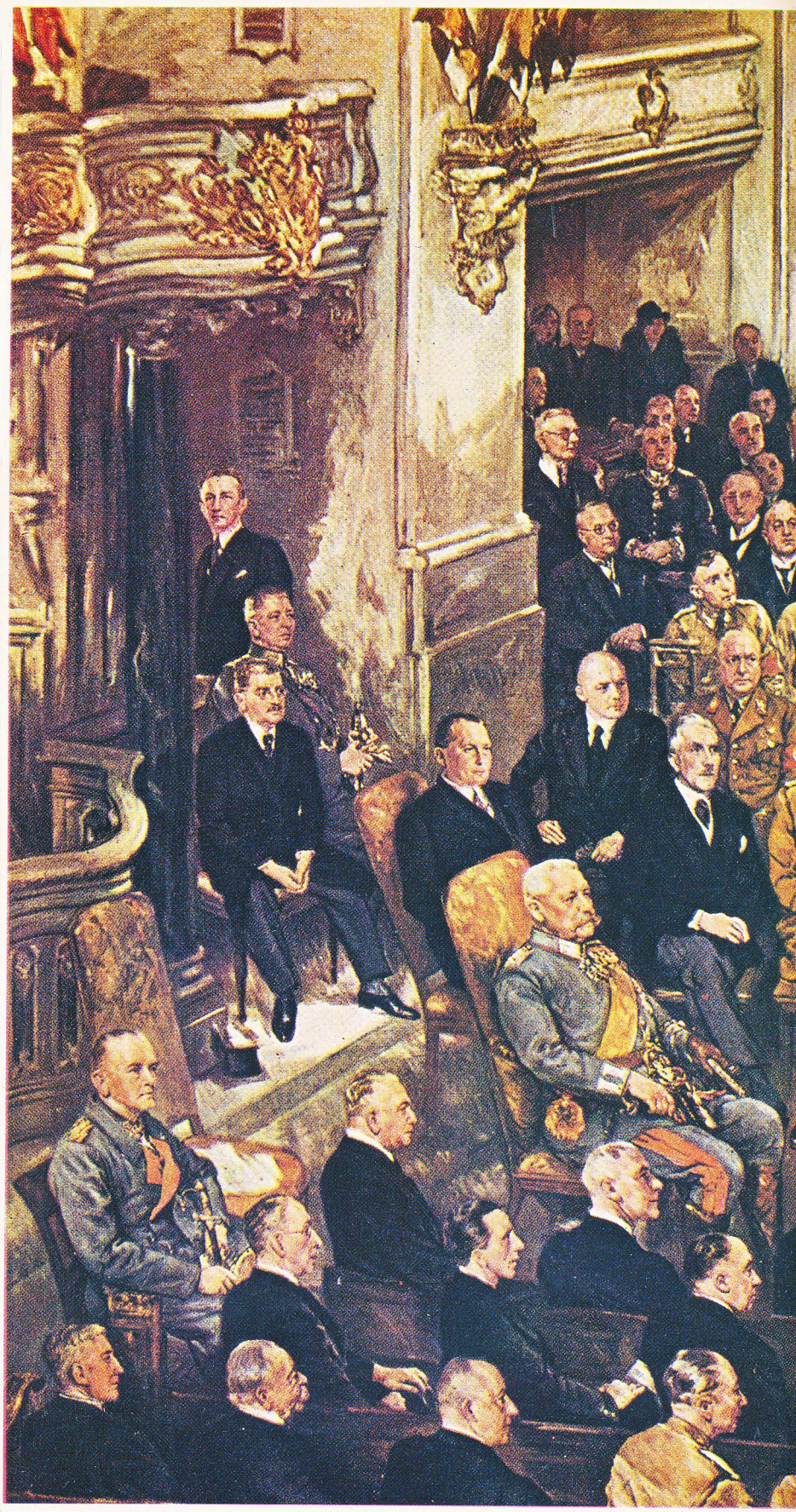
Die internationale Presse aber feiert Dimitroffs moralischen Sieg über Göring und über das Reichsgericht. Noch ahnt keiner der Betroffenen, daß nur 13 Jahre später Dimitroff auch ganz real der Sieger sein wird: Dann ist Georgi Dimitroff umjubelter Ministerpräsident seines Vaterlandes Bulgarien, Göring aber wartet in einer Zelle des Nürnberger Justizpalastes auf seinen Henker.

Ernst Torgler wird trotz des Freispruchs sofort wieder verhaftet. Die Gestapo bringt ihn in ein KZ. Erst Ende 1936 wird er entlassen. Die Bulgaren werden in die Sowjetunion abgeschoben. Während die Welt von Taneff seit Stalins großen Säuberungen nichts mehr gehört hat, stirbt Dimitroff unter nicht ganz geklärten Umständen 1949 bei einem Staatsbesuch in Moskau.

DER TAG DER NATION

Walter Görlitz

Durch ein Spalier jubelnder Millionen geht die Fahrt Hindenburgs, der Regierung und der Abgeordneten von Berlin nach Potsdam. Millionen in ganz Deutschland hören im Rundfunk die von Goebbels glänzend arrangierten Reportagen zur feierlichen Reichstagseröffnung am 21. März 1933. Zurückhaltend und maßvoll beschwört Hitler die preußisch-christliche Tradition, die Vermählung zwischen den Symbolen der alten Größe und der neuen Bewegung. Feierlich bekennt sich der Reichskanzler zur „nationalen Erhebung". Aber er verschleiert die wahren Absichten der „Nationalsozialistischen Revolution".◉



Nach einer Fotografie malte Richard Lindmar den Festakt in der Garnisonkirche. Christlich und national gab sich der neue Staat beim Spektakel von Potsdam. Hindenburg, Göring und viele evangelische Reichstagsabgeordnete besuchten den Festgottesdienst in der Nicolaikirche (Bild Seite 64). Am gleichzeitigen katholischen Hochamt nahmen die Katholiken Hitler und Goebbels übrigens nicht teil. Der Staatsakt fand anschließend in der Garnisonkirche, der alten preußischen Weihestätte, statt.

Für Potsdam, die Stadt der preußischen Könige, heißt die Parole am Dienstag, dem 21. März 1933: „Tag der Nation". Es ist frisch, der Himmel zeigt Wolken, einige Schneeschauer wehen daher, dann jedoch herrschen klares Blau und eitel Sonnenschein. Am 21. März 1871 hatte der Reichskanzler Fürst Bismarck den ersten Reichstag des neuen deutschen Kaiserreiches in Berlin eröffnet, des „Zweiten Reiches" nach dem selig-unseligen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. An genau dem gleichen 21. März soll jetzt der erste Reichstag des beginnenden „Dritten Reiches" in der Stadt der preußischen Soldatenherrscher eröffnet werden, und zwar in der Garnisonkirche, wo die Särge König Friedrich Wilhelms I. und seines Sohnes Friedrich des Großen stehen. So hat es sich Adolf Hitler ausgedacht, seit knapp acht Wochen der 21. Reichskanzler der auf dem Papier noch existenten Republik von Weimar, an der Spitze eines nationalsozialistisch-konservativen Koalitionskabinettes. Mit der Wahl Potsdams als Stätte eines Staatsaktes zur Parlamentseröffnung will Hitler den Kontrapunkt zu Weimar setzen, wo die deutsche Nationalversammlung 1919 die Republik aus der Taufe gehoben hat, in Hitlers Sicht den Staat der „Novemberverbrecher", der Revolutionsmacher von 1918.

Das Programm sieht vor: 6.30 bis 7.30 Uhr: Platzkonzert der Reichswehr vor dem Stadtschloß. 10.30 Uhr: Gottesdienst; für evangelische Teilnehmer aus Reichsregierung und Reichstag in der Nicolaikirche (Predigt D. Dr. Otto Dibelius, Generalsuperintendent der Kurmark), für Katholiken in der Pfarrkirche (Hochamt Domvikar Banasch). 11.30 Uhr: Feierlicher Zug der Akteure, Kabinettsmitglieder und Abgeordnete sowie Ehrengäste, zur Garnisonkirche. 12.00 Uhr: Staatsakt mit Ansprachen des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg (Jahrgang 1847) und des Reichskanzlers. 12.45 Uhr: Vorbeimarsch der Potsdamer Garnison, der Schutzpolizei und der paramilitärischen Verbände, SA (Sturmabteilungen), SS (Schutzstaf-

feln) und des „Stahlhelm Bund der Frontsoldaten" vor dem Reichspräsidenten. Unter den Ehrengästen finden sich die Notabeln des 1918 abgedankten Hohenzollernhauses, an der Spitze Kronprinz Wilhelm, preußische Prinzen, zahlreiche Generale und Admirale, pittoreskeste Figur der greise Generalfeldmarschall von Mackensen im Kalpak der Danziger Leibhusaren.

Keine Mandate zugeteilt

Mit dem am 5. März 1933 trotz des Terrors der NS-Leute noch frei gewählten Deutschen Reichstag hat es eine besondere Bewandtnis. Stärkste Partei ist Hitlers NSDAP mit 288 Mandaten, zweitstärkste die SPD mit 120 und drittstärkste die KPD mit 81 Sitzen. Was die Sozialdemokraten betrifft, so können sie am 21. März 1933 noch mit 94 Abgeordneten aufwarten, die übrigen sind bereits dem Terror der Nationalsozialisten gewichen, sind auf der Flucht oder in Haft. Den Kommunisten sind – so die amtliche Floskel – keine Mandate mehr „zugeteilt" worden, da Hitler ihnen die Inbrandsetzung des Reichstagsgebäudes am 27. Februar in die Schuhe geschoben hat; die Partei ist bereits aufgelöst, ihr Funktionärsapparat weitgehend zerschlagen, was über fünf Millionen nicht abgehalten hat, die KPD zu wählen.

Unter den verbleibenden Parteien hat Hitlers Koalitionspartner, die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (Deutschnationale und Stahlhelm), noch 52 Sitze ergattert. Den bedeutsamsten Block bilden die katholischen Schwesterparteien, Zentrum mit 73 und Bayerische Volkspartei mit 19 Mandaten. Dazu gesellt sich ein Dutzend Abgeordnete von fünf liberalbürgerlichen, christlichen oder agrarischen Splittergruppen, die früher mächtigen Demokraten und die nationalliberalen Deutschen Volksparteiler zählen noch drei beziehungsweise zwei Vertreter.

Die Sozialdemokraten verzichteten stillschweigend auf einen Canossagang nach Potsdam. Für Hitler spielt die Haltung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei die Hauptrolle. Hitler wünscht sich ein Ermächtigungsgesetz für die Reichsregierung mit diktatorischen Vollmachten – offiziell für vier Jahre. Dazu bedarf er im Reichstag, der darüber am 23. März in seinem neuen provisorischen Heim in der Krolloper abstimmen soll, einer Zweidrittelmehrheit, die nur mit Hilfe der „Schwarz-Weiß-Roten" nicht zu erbringen ist. Auf seiten des Zentrums hofft dessen Vorsitzender, Prälat Ludwig Kaas, daß die neue „nationale Regierung" endlich das lange geplante Reichskonkordat mit dem Vatikan abschließen wird. Diese Hoffnung teilt auch der katholisch-konservative Vizekanzler von Papen, den Hindenburg sich gleichsam als Wachhund gegenüber Hitler im Kabinett ausgewählt hat und der maßgeblich am Zustandekommen des ganzen unnatürlichen Bündnisses mit den Nationalsozialisten beteiligt gewesen ist.

Papen meint zwar später, er wisse nicht, wer Hitler die Idee eingetrichtert habe, Potsdam als Ort der Reichstagseröffnung zu wählen, findet den Gedanken jedoch gut, desgleichen der nahezu 86jährige Reichspräsident. Beide bilden sich ein, damit könne man die besorgniserregend radikal sich gebärdenden „Nazis" auf die preußische Tradition einschwören. Hitler findet für seinen Staatsakt der „nationalen Erhebung" den geradezu idealen Regisseur in dem am 13. März zum Reichspropagandaminister beförderten Gauleiter von Berlin, Dr. Joseph Goebbels, der weltliche und kirchliche Zeremonien und militärische Schaustellungen geschickt verbindet. Die Notabeln der alten Zeit – so Hitler und Goebbels – sollen für das „Dritte Reich" in Pflicht genommen werden.

Zum Hochamt ging Hitler nicht

So rollt der Staatsakt ab, beinahe in Form einer pompösen Oper auf einer Freilichtbühne. Die Fraktionen, die nach Potsdam wallfahren, haben Omnibusse für ihre Abgeordneten gemietet. Es gibt eine Panne. Im Bus der Zentrumsleute wollen Kriminalbeamte Kontrollen auf Waffenbesitz vornehmen. Prälat Kaas alarmiert hastig den preußischen Innenminister Göring, der diese Aktion stoppt. Papen erlebt einen Rückschlag, als Hitler und Goebbels, beide aus gutkatholischen Familien, sich hartnäckig weigern, am Hochamt in der Pfarrkirche teilzunehmen, weil, wie sie behaupten, die Haltung des Episkopates gegenüber dem Nationalsozialismus ihnen solchen Schritt unmöglich mache. Der Reichspräsident, in der ordensübersäten feldgrauen Uniform eines königlich preußischen Generalfeldmarschalls mit der alten Pickelhaube aus schwarzem Lackleder mit Messingbeschlag und Spitze auf dem Haupt, nimmt am Gottesdienst in St. Nicolai teil. Potsdam wimmelt von Schaulustigen, die die „nationale Erhebung" feiern wollen, die Straßen sind ein Fahnenmeer, niemand weiß, ob Schwarzweißrot überwiegt oder die neue grellrote Hakenkreuzfahne. Die schwarzrotgoldenen Farben der Republik sind bereits verboten.

Der Geist aus Preußens Ruhmesstätte

Kurz nach 12.00 Uhr mittags verliest der hünenhafte uralte Generalfeldmarschall, mit der Linken sich auf den Degen stützend, stehend eine kurze Eröffnungsansprache in der Garnisonkirche. Er will, daß das „heutige Geschlecht" jenseits von „Eigensucht und Parteizank" den Geist der preußischen Ruhmesstätte sich zu eigen mache. Vom Nationalsozialismus ist nicht die Rede. Dann gibt er dem Reichskanzler das Wort.

Hitlers Parteigenossen tragen an diesem Tag die Parteiuniform, das Braunhemd. Ihr „Führer" erscheint dagegen ostentativ bürgerlich ehrbar im Cut. Die Anrede klingt barsch: „Herr Reichspräsident, Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutschen Reichstages."

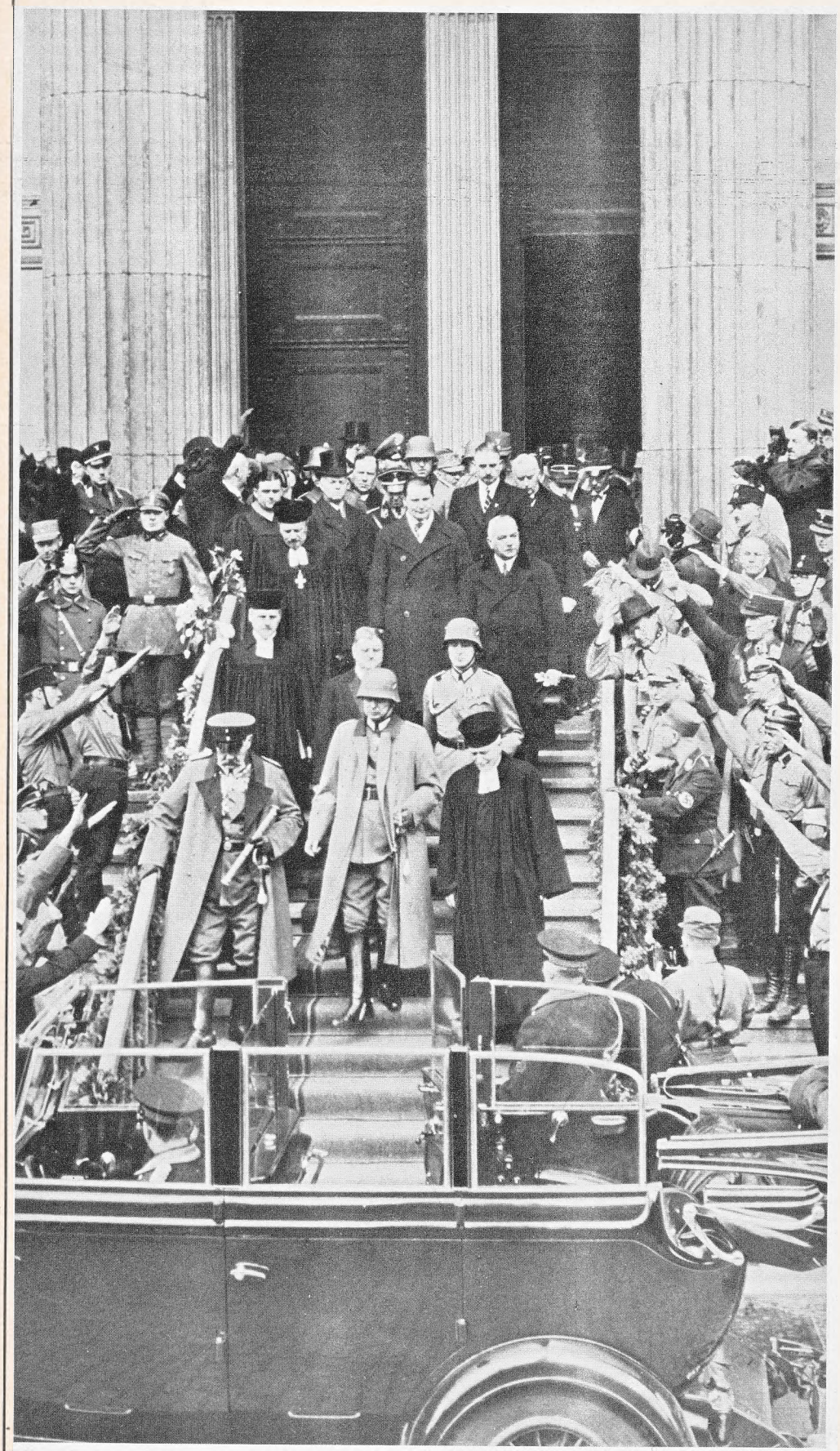
Dann folgt eine Mischung von Bekenntnis und Regierungserklärung, obwohl nicht viel Zeit bis zum Vorbeimarsch 12.45 Uhr bleibt. Hitler protestiert gegen die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg, er verlangt die Einheit der Nation in Wille und Geist und sagt ganz klar, was ihm bei diesem Akt in Potsdam vor Augen steht, die Überwindung aller Unterschiede zwischen Berufen, Ständen und der bisherigen Klassen. Es folgt ein Bekenntnis zum Frieden mit den anderen Völkern, eingedenk der Opfer des verwichenen Krieges. Daran schließt sich, wohleinstudiert, eine Huldigung an „das greise Haupt unter uns", an die Adresse des Generalfeldmarschalls, der wie ein Vater des Vaterlandes auf einem Ehrensessel in der Mitte des Ganges vor dem Altar sitzt. Vergessen scheint, daß er den alten Herrn noch ein gutes dreiviertel Jahr vorher mit einer unflätigen Beschimpfung bedacht hat, die kaum im Druck wiederzugeben ist. Hitler feiert den preußischen Soldaten und deutschen Feldherrn. Am Schluß steht eine absonderlich gestelzte Wendung: Sie alle stünden hier nun „als für unseres Volkes Freiheit und Größe ringende Menschen zu Füßen der Bahre seines größten Königs" – das heißt Friedrichs des Großen, des „Spötters von Sanssouci".

Sowohl Goebbels wie der Fraktionschef des Zentrums, der 1932 schnöde

Friedrich II., der Große (1712–1786), war Preußens „Großer König". Im Staatsakt von Potsdam wollte Hitler sich mit den Führereigenschaften des Alten Fritz identifizieren lassen: „Persönliches Vorbild in der Unbedingtheit des Einsatzes bis zum letzten für die zu erfüllenden Pflichten und höchste Anforderungen an die anderen im gleichen Sinne."

Die wiedergewonnene nationale Einheit schien mit diesem Händedruck besiegelt: Der Gefreite des Ersten Weltkriegs und Führer der größten Massenbewegung verneigt sich vor seinem erfolgreichsten Feldherrn. Aber der Schein trog: Schon wenige Wochen nach dem Tag von Potsdam waren die Konservativen für den Reichskanzler nur noch störendes Beiwerk.

Die Hitler-Bewegung sollte in die gottgewollten Kanäle der alten Ordnung hinein



abgehalfterte Reichskanzler Brüning, glauben, im wachsbleichen Antlitz Hindenburgs Tränen zu sehen. Der Staatsakt ist so trefflich arrangiert, daß die weit überwiegende Mehrheit der Anwesenden tief ergriffen ist, nur Brüning fragt sich voll Melancholie, was wohl der zitierte „große König" zu solcher Ehrung gesagt haben würde. In der Kirche wird das Niederländische Dankgebet intoniert. Von draußen ertönt der Donner der Geschütze, im Lustgarten feuert eine Batterie vom Artillerieregiment 3 einundzwanzig Schuß Salut, während Hindenburg Kränze an den Särgen der Preußenkönige niederlegt. Dann beginnt die Parade bei schmetternder Marschmusik vor der Garnisonkirche.

Betrug, oder was sonst?

Ist das nun alles einfach ein meisterhaft aufgeführter Betrug gewesen? Oder offenbarte sich hier etwas ganz anderes, der Rausch nationaler Begeisterung nach Jahren der Dürre und Trostlosigkeit? In Hitler lebt damals der Drang, alle Kräfte und Strömungen im deutschen Volk, begonnen bei den Kirchen bis zur Arbeiterschaft, gewissermaßen zu amalgamieren, für seine Bewegung zu gewinnen. Die Repräsentanten des konservativen Deutschland indes bilden sich ein, man könne die gleiche Bewegung in die gottgewollten Kanäle der alten Ordnung hineindirigieren. Beide täuschten sich. Doch der unmittelbare Erfolg des Staatsaktes, von dem auch ein großer Teil der Zentrumsleute begeistert war, zeigte sich schon zwei Tage darauf. Am 23. März 1933 nahm der Reichstag – gegen die 94 Stimmen der SPD – das Ermächtigungsgesetz einhellig, wenn auch unter manchen Vorbehalten bei den bürgerlichen Vertretern, an – zwölf Jahre danach ist alles verrauscht. Potsdam und die Garnisonkirche sinken im Bombenhagel dahin, sowjetische Truppen ziehen als Sieger ein, und im ehemaligen Kronprinzenpalais Cecilienhof tagen die Großen Drei, Stalin, Churchill und Truman, über Deutschlands Geschick, das auch sie nicht zu meistern vermögen . . . □

Jahrgang

EREIGNISSE DER ZEIT 1932–1933 IM SPIEGEL DER PRESSE

Hanussen tot aufgefunden

Der Leichenfund von Baruth — Durch einen früheren Angestellten identifiziert

In einer Tannenschonung, an der Landstraße von Baruth nach Neuhof wurde, wie bereits mitgeteilt, Freitag mittag von Chausseearbeitern die Leiche eines gutgekleideten Mannes aufgefunden. Mit der Aufklärung dieses Falles wurde die Berliner Mordkommission unter Leitung von Komissar Albrecht beauftragt. Bei der Untersuchung durch einen Gerichtsarzt konnte festgestellt werden, daß der Unbekannte, in dessen Taschen keine Ausweispapiere vorgefunden wurden, durch mehrere Revolverschüsse getötet worden ist. An Hand einer Firmenbezeichnung im Anzug des Toten tauchte noch gestern abend die Vermutung auf, daß es sich in der Person des Toten vermutlich um den unter dem Namen Erik Jan Hanussen als Hellseher tätig gewesenen Verlagsbesitzer Hermann Steinschneider handeln könnte. Da bei der genauen Untersuchung der Mordstelle sowie der näheren Umgebung eine Waffe nicht gefunden wurde, erschien ein Selbstmord von vornherein ausgeschlossen.

Die Vermutung, daß der Tote der Hellseher Eric Jan Hanussen sein könnte, hat, wie die Pressestelle des Berliner Polizeipräsidiums mitteilt, gestern vormittag bei einer Besichtigung der Leiche ihre Bestätigung gefunden. Ein vor längerer Zeit im Verlag Hermann Steinschneiders-Hanussen beschäftigt gewesener Angestellter erkannte den Toten mit Sicherheit als seinen früheren Chef wieder. Die Leiche Hanussens weist mehrere Schußverletzungen auf, die ihm augenscheinlich von fremder Hand beigebracht wurden. Die Staatsanwaltschaft 2 ist mit der Aufklärung betraut und wird dabei von der Berliner Mordkommission unter Leitung von Kommissar Albrecht unterstützt.

Aus: Berliner Tageblatt vom 8. April 1933

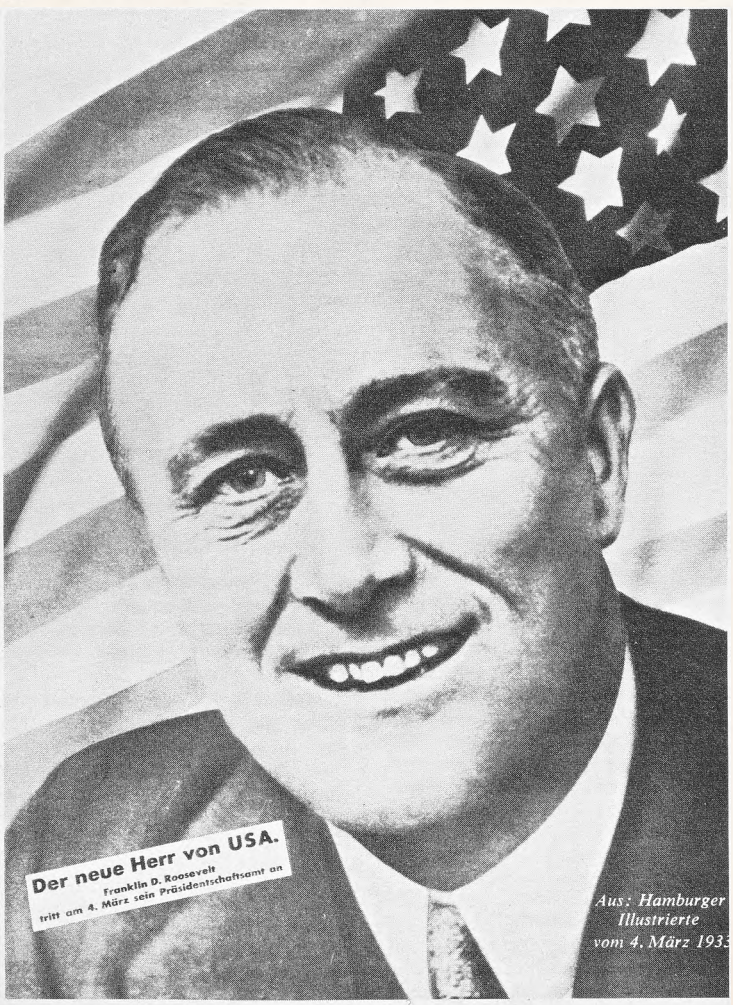
Der Präsidenten-Wechsel in U.S.A.

Die Feier vor dem Kapitol

Washington, 5. März

Zu einer überaus schicksalsschweren Stunde, inmitten einer Krise von noch nicht dagewesenem Ausmaß, übernahm der am 8. November vorigen Jahres von der Demokratischen Partei gewählte Präsident Franklin Roosevelt sein schweres Amt.

Aus allen Teilen des Landes waren Tausende und aber Tausende herbeigeströmt, in Kraftwagen, in Autobussen, mit der Eisenbahn, zu Pferde und aus der näheren Umgebung auch zu Fuß, um Zeuge der feierlichen Amtsübernahme vor dem Kapitol zu sein. Die Zahl der in der amerikanischen Bundeshauptstadt weilenden Gäste ist mit einer Viertelmillion kaum zu hoch geschätzt. Schon am Freitag waren alle Hotels und sonstigen Unterkünfte überfüllt.



Der neue Herr von USA.
Franklin D. Roosevelt tritt am 4. März sein Präsidentschaftsamt an

Aus: Hamburger Illustrierte vom 4. März 193

Am Samstag vormittag um 11 Uhr wurde Roosevelt von seinem Amtsvorgänger, Herbert Hoover, im Weißen Haus, dem Sitz des Präsidenten, empfangen. Von dort begaben sich dann der alte und der neue Präsident zum Kapitol, dem amerikanischen Parlament, in dessen linker Hälfte sich das Abgeordnetenhaus befindet, während im rechten Flügel das Oberhaus, der Senat, untergebracht ist. Im Sitzungssaal des Senats wurden zunächst die neugewählten Senatoren vereidigt, während draußen schon die Vorbereitungen für die sich in aller Öffentlichkeit abspielende Übernahmefeier im Gange waren.

Botschafter, Gesandte und Geschäftsträger aus aller Welt waren erschienen. Militärkapellen unterhielten die wartende Menge mit lustigen Weisen, und über den Wartenden kreuzten Militär- und Marineflugzeuge. Nicht weniger als 80 Mikrophone und 20 Lautsprecher sorgten dafür, daß die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten die Zeremonie miterleben konnte. Indianer in malerischen Kostümen, Cowboys aus den westlichen Staaten, Pfadfinder, Journalisten aus aller Herren Länder und eine kaum übersehbare Menschenmenge füllten den Platz vor dem Kapitol.

Punkt 13 Uhr 3 erschien auf der Plattform das alte Kabinett mit Hoover, Stimson, Mills und den anderen Ministern. Fünf Minuten später traf Roosevelt ein, der sofort durch den obersten Bundesrichter auf die Verfassung vereidigt wurde.

Aus: Münchener Neueste Nachrichten 6. März 1933

Das Volkswagen-Problem kann gelöst werden.

Die neuen Modelle auf der Automobil-Ausstellung. — Der Fiskus muß seinen Standpunkt grundsätzlich ändern. / Von Reinhold Otto.

Massen strömen zur Ausstellung und füllen die mächtigen Hallen, draußen am Kaiserdamm. Tausende, beseelt von dem Wunsch, jetzt dort vielleicht den Wagen zu finden, den sie bezahlen und unterhalten können. Wird dieser Wunsch dieses Mal in Erfüllung gehen? Gibt es bereits Wagen für breitere Schichten des Volkes?

Ja! Solche Wagen hat unsere Industrie geschaffen! Aber — die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Mittelstandes liegen zur Zeit so unter dem Normal-Standard, daß ein Eindringen selbst preiswertester Kleinautos in breitere Schichten bis auf weiteres außerordentlich erschwert wird. Das Problem des Volksautos kann die Industrie allein auch nicht lösen. Hierzu bedarf es in allererster Linie einer ganz wesentlichen Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und ferner einer grundsätzlichen Änderung des Standpunktes, den der Fiskus bisher dem Kraftfahrzeughalter gegenüber eingenommen hat. Mit der Industrie hoffen weiteste Kreise, daß der Zeitpunkt einer wesentlichen Entlastung der Kraftfahrzeughaltung jetzt endlich gekommen ist.

Zahlreich sind die neuen Modelle, die von breiten Schichten aufgenommen werden könnten — wenn die sicher berechtigten Wünsche der Kraftverkehrswirtschaft in Erfüllung gehen würden. Hier handelt es sich weniger um Cyclecar-Typen, deren Verwendungsmöglichkeit naturgemäß eine nur beschränkte ist, als vielmehr um den Viersitzer bis etwa 6 PS = 1½ Liter, der — über das Kleinauto hinausgewachsen — sich in letzter Zeit zu einem vollverwendungsfähigen, zum größten Teil schon sehr komfortablen, schön gestalteten Automobil entwickelt hat. In dieser Entwicklung ist ohne Frage der größte Fortschritt, den die diesjährige Ausstellung zeigt, zu sehen.

Als Neukonstruktion besonders interessant ist übrigens der neue 1,5 Liter „RAG.-Boran". Er besitz einen luftgekühlten Vierzylinder, Frontantrieb in Schwingachsen. Die Karosserie ist selbsttragend aus Holz gefertigt und mit Ledertuch bespannt. — Eine sehr reichhaltige Auswahl durchweg neue karossierter Modelle zeigt Opel. Zu den bekannten 1,2- und 1,8-Liter-Typen ist noch ein 1 Liter hinzugekommen, der an Preiswürdigkeit kaum eine Konkurrenz zu fürchten hat. — Neu ist ferner ein luftgekühlter Vierzylinder „Typ R 4" auf dem Stand der Neuen Röhr-Werke. Die Zylinder sind horizontal gegenüberliegend angeordnet. Das Chassis, ein einfacher Rohrrahmen, ist als Vollschwingachser ausgebildet.

Aus: Berliner Lokal-Anzeiger vom 12. Februar 1932

Weiße Wochen in Berlin

Kaum sind die Inventur-Ausverkäufe mit ihren „Kämpfen" um das Billigste vom Billigen vorüber, da beginnt schon eine neue Attacke auf die Frauenwelt, die „Weißen Wochen", die den Bedarf an Wäsche jeder Art für das ganze Jahr decken sollen. Für diese „Weißen Wochen" machen unsere Waren- und Kaufhäuser ganz besondere Anstrengungen, um schon in der Ausstattung zu zeigen, wie sehr man bestrebt ist, die Weiblichkeit anzulocken. Eine der schönsten Dekorationen hat unbedingt Hermann Tietz in der Leipziger Straße. In diesem Jahr hat man allen Tüll- und Flitterkram beiseite gelassen und eine Wanddekoration geschaffen, die uns an die schönsten Stellen der Riviera zaubert. Riesengemälde mit den Motiven der schönsten Teile am Mittelmeer sind vor uns erstanden, und Frauengestalten in unschuldvollem Weiß stehen, sehnsüchtig in die Ferne blickend, vor diesen kolossalen Dekorationen. Die Beleuchtung ist ebenfalls in Milchweiß gehalten, und das Ganze macht einen so schönen Eindruck, daß man bedauert, daß dieses Kunstwerk nach Schluß der weißen Wochen wieder abgebaut wird. Auch die anderen Häuser der Firma Hermann Tietz haben ihr Möglichstes getan, um im Rahmen des ihnen zu Gebote Stehenden die „Weißen Wochen" künstlerisch zu gestalten. Speziell die Schaufenster zeigen ebenso originelle wie zeitgemäße Dekorationen.

Das K. d. W. hat wie immer eine Note für sich. Hier schaukeln sich drei Pärchen in den Lüften, und in der Mitte des Hauses kräht ein chanteclair sein „K. d. W. weiß" in die Lüfte. Hier sind es ebenfalls die Schaufenster, die die Blicke des Publikums auf sich lenken. Die Chefdekorateure der Firmen Hermann Tietz und K. d. W. haben wieder ganz Außerordentliches geleistet.

M. B.

Aus: Berliner Fremden-Zeitung vom 30. Januar 1933

Edgar Wallace ist tot

Die lange Zigarettenspitze raucht nicht mehr. In Hollywood ist Edgar Wallace einer Lungenentzündung erlegen. Im warmen Hollywood, an dessen Klima er als einstiger Kriegsberichterstatter des Burenkrieges doch gewohnt war. Vor der Ausführung seiner größten Pläne ist der berühmte Kriminalschriftsteller dahingegangen. Erst elf Tage nach seiner Ankunft.

Sein Aufstieg ist in demselben irrsinnigen Tempo vor sich gegangen, wie er seine Romane schrieb, von denen es bekanntlich unmöglich war, nicht gefesselt zu werden. Zuletzt wohl war er in Berlin, als der „Admiralspalast" sein Stück „Auf dem Fleck" aufführte. Aber wo er auch war, Wallace arbeitete überall mit jener berühmten Fixigkeit, die so ein kompliziertes Gewebe eines Kriminalromans in wenigen Tagen fertigbrachte. Gleichzeitig war er sein eigener Theaterdirektor und Rennstallbesitzer und im ganzen von genau der gleichen Geschäftigkeit wie die Kriminalinspizienten seiner Bücher Er, der auf jeder Seite, die er schrieb, die Menschenleben nur so auspustete, der sogar in Wirklichkeit für die Beibehaltung der Todesstrafe und die Einführung der Prügelstrafe öffentlich eintrat — zwei übrigens völlig unerklärliche Standpunkte —, ist gestorben.

In Millionenauflagen sind seine ungezählten Werke, von denen man am Schluß nicht mehr genau wußte, ob sie wirklich von ihm noch selbst geschrieben waren, über die ganze Welt verbreitet. Der mit 57 Jahren Verstorbene, der als Reutter-Korrespondent begann, ist wohl mit der „Bande des Schreckens" zuerst einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden. Wenn er auch nicht der direkte Nachfolger des unvergleichlichen Conan Doyle war, der weit eher Agatha Christie ist, dazu arbeitete Wallace auch zu fix und zu primitiv in der Technik, so waren seine Romane doch meist spannend und geschickt, die geborene Reiselektüre. „Der Frosch mit der Maske", „Die drei Gerechten" und ein paar reine Reisebücher sind zweifellos am wertvollsten. Die Verfilmung seines „Zinker" ist noch in bester Erinnerung, und sein dramatisierter „Hexer" war auch in Berlin ein großer Bühnenerfolg.

Fast lebte der agile Mann wie die Gestalten seiner Bücher. Überall hatte er seine Nase und seine Finger dazwischen, im Kürten-Prozeß, aber auch in allen geschäftlichen Auswertungen seiner Erfolge. Es ist unmöglich, von Edgar Wallaces Tod nicht berührt zu werden; denn es ist immer entsetzlich, wenn ein Mensch auf dem Anlauf zu neuen Erfolgen von einer heimtückischen Krankheit dahingerafft wird. Er, dessen Gestalten niemals eines natürlichen Todes starben, ist einer Lungenentzündung zum Opfer gefallen. Die lange, weltberühmte Zigarettenspitze ist für immer erloschen.

m—s.

Aus: 12-Uhr-Blatt vom 11. Februar 1932

Wieder Liebesbriefe!

Aus dem Almanach des Presseballs

Harold Lloyd

Liebes Berlin,
ich liebe Dich — und wenn ich Dir im einzelnen aufzählen sollte, warum, so würde dieser Briefbogen nicht ausreichen.

Aber ein paar Gründe für meine große Liebe zu Dir großen schönen Stadt will ich Dir gern geben: Du bist die Stadt der Sauberkeit und der tapferen Menschen. Du bist eine Stadt voll Ehrgeiz und hartem Willen. — Und — last not least — eine Stadt des Vergnügens und der Gemütlichkeit, die von der derbsten bis zur feinsten Nuance zu finden ist.

Ich liebe Dich, Berlin, sehr . . .
Dein Harold Lloyd.

er wird, wenn er nur mit der rechten Empfindung geschrieben ist, zur Folge haben, daß die beiden d o c h nicht die letzten sein werden.

Adele Sandrock

Mit Liebesbriefen habe ich seit Jahrzehnten nichts mehr zu tun und kann nur die Versicherung geben, daß ich sehr froh darüber bin. Heute, wo ich über diese Lappalien aufgeklärt bin, halte ich dieses gegenseitige Anlügen zweier Liebenden direkt für unmoralisch. Und gar heute, in dieser poesielosen Zeit, ist es doppelt lächerlich, Gefühle erpressen zu wollen, die nicht mehr vorhanden sind. Also fort mit diesem Krimskrams der Heuchelei — arbeiten und diesen unnötigen Ballast über Bord werfen.

Aus: Vossische Zeitung vom 26. Januar 1933

Manfred Hausmann

Du mußt mir glauben, daß mir
all die Welt
So fremd ist und so fern.
Die Städte mit den Lichtern,
Wald und Feld,
Ich mag sie nicht mehr gern.
Sie sind wie Tand und Nichts
in meinem Sinn.
Ich habe nicht gewußt,
daß ich so ganz bei dir zu Hause bin,
An deiner lieben Brust.
Und in der Stille, die du um
dich hast
Beim Lächeln des Verzeihns,
Und ganz in diesem allzu
scheuen fast
Erleben deines Seins,
Wenn du, indem dein Blick
sich hilflos schließt,
Mit zögerndem Entschluß
Den Arm hebst und mich
atmend niederziehst
In deinen Duft und Kuß.

Joachim Ringelnatz

In Eile — Dul Dull! —
Am Donnerstag
Wie letztmals, himmlisch
dasselbe!!!
(Nur bitte — wenn es sich fügen
mag —
Diesmal wieder das gelbe!!!)

Fritzi Massary

„Wieder" Liebesbriefe? Hat man denn je aufgehört, welche zu schreiben? Dann müßte die Liebe selbst aufgehört haben, von der es doch bekannt ist, daß sie nimmer aufhört.

Ich glaube, der letzte Brief, den der letzte Mann der letzten Frau (oder auch umgekehrt) schreiben wird, wird ein Liebesbrief sein. Und

Deutsches Theater zwei Tage geschlossen.

„Gott, Kaiser und Bauer" abgesetzt. — Ende des Theaterskandals.

Der Skandal, den die Aufführung von Hays „Gott, Kaiser und Bauer" in Berlin heraufbeschwor, hat sein Ende gefunden. Nach einer Besprechung, die gestern nachmittag auf Veranlassung des Polizeipräsidenten unter Vorsitz des Polizei-Vizepräsidenten Dr. Mosle im Präsidium stattfand, erklärte sich die Direktion des Deutschen Theaters bereit, das Stück abzusetzen. Bereits die gestrige Abendvorstellung fiel aus, und auch h e u t e b l e i b t d a s T h e a t e r g e s c h l o s s e n.

Am Silvesterabend wird im Deutschen Theater „Essig und Oel" gespielt, das bisher in den Kammerspielen aufgeführt wurde. Anfang Januar wird der „Prinz von Homburg" auf den Spielplan gesetzt, der dann von einer in Aussicht genommenen Novität abgelöst werden soll.

Bekanntlich hatten am Dienstag- und Mittwochabend zahlreiche Theaterbesucher, die sich durch den Inhalt von Hays „Gott, Kaiser und Bauer" in ihrem r e l i g i ö s e n E m p f i n d e n mit Recht v e r l e t z t fühlten, gegen die Aufführung dieses Stücks protestiert. Die Polizei sah sich gezwungen, energisch einzugreifen, um ernstere Zusammenstöße zu vermeiden. Im Polizeipräsidium gingen zahlreiche Briefe ein, die sich gegen die in dem Stück vorgetragene Weltanschauung aussprachen. Auch das B i s c h ö f l i c h e O r d i n a r i a t B e r l i n hatte gegen die Aufführung des Stückes Einspruch erhoben, weil es die historische Wirklichkeit verzerrt darstellt und durch seine destruktive Tendenz verletzend wirkt.

Da Vorfälle ernsteren Charakters zu befürchten waren, sah sich der Polizeipräsident gezwungen, die Direktion des Deutschen Theaters zu einer Besprechung zu laden. Die Vertreter des Theaters erklärten darauf, daß sie das Stück absetzen würden, weil es nicht in ihrer Absicht liege, menschliche und religiöse Empfindungen zu verletzen. Im Anschluß an die Aussprache, die, wie betont wird, auf beiden Seiten loyal geführt wurde, unterblieb schon die gestrige Aufführung. Um Ansammlungen und etwaigen Störungsversuchen vor dem Theater vorzubeugen, wurde das Theater in der Schumannstraße unter verstärkten polizeilichen Schutz gestellt.

*

Späte Einsicht. Die Ablehnung von Stück und Aufführung durch Publikum und Presse, an sich doch wahrhaftig schon deutlich genug, wurde in der Schumannstraße noch hochmütig ignoriert. Es mußte erst ein öffentlicher Skandal werden, es mußte erst die Polizei eingreifen, um die Herren Beer und Martin zu belehren, daß man nicht mit Heiligstem ungestraft Schindluder treibt. Ein triftes Schauspiel! Und um so trister, als es ein Theater betrifft, in dem so lange deutsche Bühnenkunst eine ihrer erlesensten Stätten hatte und mit dem sich für viele Tausende teuerste Erinnerungen verknüpfen.

Schon ein Minimum von Takt und Geschmack hätte den Regisseur Karl Heinz Martin von dieser Inszenierung überhaupt abhalten müssen, die in ihren penetranten Entgleisungen ein Hohn auf alle Ueberlieferung und wahre Kunst war. Aber die Direktion Beer-Martin, die Reinhardts Erbe angetreten, schien sich der Verpflichtungen, die Haus und Name ihr auferlegt, nie recht bewußt. Sie war es jedenfalls nach einer Fülle von Mißgriffen nie weniger als mit diesem nun so kläglich in der Versenkung entschwindenden Stück, in dem neben Autor und Regisseur vor allem der Schauspieler Kortner sich das Aeußerste an Brüskierung leistete, was wir auf einer Berliner Bühne seit langem erlebt. Eine bittere Lehre. Wird sie endlich fruchten? Oder wird Kulturbolschewismus dieser Art weiter sein dreistes Unwesen treiben dürfen?

Stx.

Aus: Berliner Lokal-Anzeiger vom 22. Dezember 1932

Abschied nach Hollywood

Im Strom von echten Tränen sah man heute früh auf dem Lehrter Bahnhof **Lillian Harvey**, als sich ihr ebenso gerührter Gatte um 8 Uhr in das Auto warf, da er die 40 Minuten bis zur Abfahrt des Verbindungszuges zur „Europa" nicht ertragen konnte und vor der eigenen Ergriffenheit flüchtete.

Umringt von seinen von ihm unzertrennlichen Freunden und mit strahlendem Gesicht nahm Ernst Lubitsch Abschied von seiner Heimat Berlin, der im gleichen Zug fuhr und dem „die Unzertrennlichen" eine Abordnung mitgaben, die ihn an Bord zu begleiten hat. Die Filmstadt „Ufa in Babelsberg" hatte viele ihrer künstlerischen Einwohner entsandt, an ihrer Spitze Direktor Erich Pommer, der auch vor neuen Entschlüssen steht.

Wie ein großes Los einer ganz besonders wertvollen Lotterie ist es für einen Filmstar, wenn Hollywood ruft! Und nun gab es bei Lillian heiße Tränenströme und den plötzlichen Wunsch — lieber in Berlin zu bleiben. Der echte Berliner Lubitsch kam in Berliner Deftigkeit über die Trennungsminute besser hinweg und lachte — lachte! Im Nebencoupé aber und ebenfalls am Fenster stand der Star — und weinte. Weinte! Sie waren nicht aus Glyzerin, diese Tränen, sie waren so echt, daß man die Flucht von Fritsch verstehen konnte.

Wie sagt das Berliner Witzwort ungefähr?

Die eine weint, der andre lacht!

P. E.

Aus: Berliner Tageblatt vom 6. Januar 1933

Seinem Führer eng verbunden war der Maler Adolf Ziegler bereits seit 1925. Zum Dank dafür machte ihn Adolf Hitler 1936 zum Präsidenten des Reichskartells der bildenden Künstler (RKdbK). Ziegler wandte sich gegen „Abstraktion und Modernität". Und er schuf „Kunstwerke, bestimmt aus der Tiefenwurzel des Volkstums ... die dazu dienen, die Lebensfunktionen und den Lebenskampf eines Volkes zu veredeln und zu verschönen." Ein typisches Beispiel aus seinen Werken ist dieser „Akt", gemalt 1942.

Alkoholkampf in U.S.A.

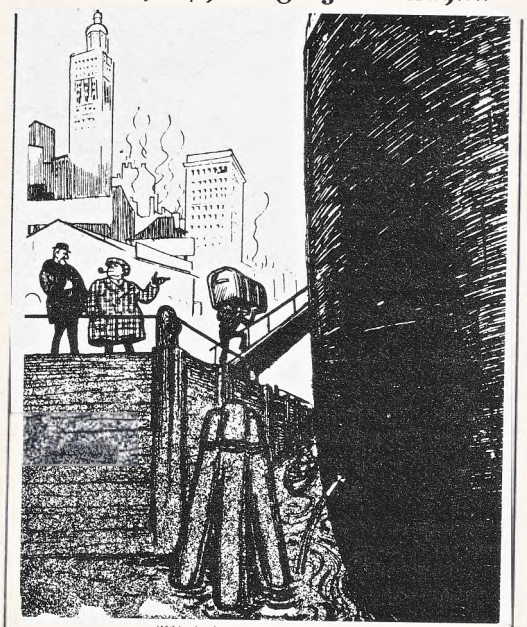
Die beherrschende Frage der Wahlen

Eigene Meldung
der Vossischen Zeitung

New York, im Juni

Die Alkoholfrage ist gerade das beherrschende Problem der amerikanischen Politik geworden. Drei Krisenjahre haben den Fanatismus der „Anti-Saloon-League" abgekühlt, und wo nicht nicht die praktische Vernunft läuternd wirkt, da haben die enormen Steuerlasten zur Besinnung beigetragen. Drei Wege können beschritten werden, um den gefährlichen Zwiespalt zu beseitigen:

1. Der Kongreß kann aus dem Haushalt des Department of Justice 11 Millionen Dollar streichen, und die Durchführung des Prohibitions-Gesetzes den einzelnen Bundesstaaten überlassen; eine Regelung, die den trokkenen Südstaaten gerecht wäre, weil diese ihren eigenen Beamtenapparat besitzen, die aber die nassen Staaten völlig dem Terror der Alkoholschmuggler ausliefern würde.
2. Der Kongreß kann das Volstedt-Gesetz abändern und leichtes Bier und Weine als nicht berauschende Getränke zulassen. Die Beschreitung dieses Weges findet in beiden Lagern gereizte Opposition, weil dadurch eine provisorische Halbheit aufgerichtet wird.
3. Der Kongreß kann endlich, mit zwei Drittel Stimmenmehrheit, einen neuen Verfassungszusatz formulieren, der den achtzehnten aufhebt oder abmildert und ihn den Einzelstaaten zur Ratifikation unterbreiten. Ratifizieren dreiviertel aller Staaten das „amendment", wird es automatisch Teil der amerikanischen Verfassung.



Alkoholverbot in Amerika.
„Wohin Mr. Dryliver?" — „O, ich fahre nur mal nach Europa, 'n Schnaps trinken!"

Die Nassen haben trotz ihrer Erfolge in Chikago noch lange keine Bürgschaft für den Sieg. Sie werden bestenfalls bei den Novemberwahlen in beiden Häusern des Kongresses eine knappe Zweidrittel-Mehrheit von nassen Stimmen und jenen aus dem Lager der Trockenen zusammenbringen, die sich aus Fairneß einer Neuentscheidung nicht widersetzen. Die heikelste Frage aber bleibt ungelöst, die Formulierung des neuen Verfassungszusatzes.

Die Väter des Landes haben es schwer gemacht, wenn nicht geradezu unmöglich, mit der Verfassung zu experimentieren. Diese Verfassung, die im September 143 Jahre alt wird, ist unelastisch, sie ist auf eine Kolonie von dreieinhalb Millionen Farmern, nicht auf einen Industriestaat von 125 Millionen, zugeschnitten. Es wird noch lange Zeit nehmen, ehe Amerika die Fesseln abschüttelt, aber es kann sich trösten mit seinem Cowboy-Zyniker, Will Rogers, der das Dilemma in dem Ausspruch zusammenfaßt: „Die Prohibition ist ein schlechtes Gesetz. Aber sie ist immer noch besser als gar kein Alkohol."

R. J.

Aus: Vossische Zeitung vom 22. Juni 1932

Charles Lindberghs Kind geraubt

Polizei und Truppen auf der Suche

Eigene Meldung
der Vossischen Zeitung

New York, 2. März

Das Kind des Ozeanfliegers Charles Lindbergh und seiner Gattin, der Tochter des verstorbenen Finanzmannes und Politikers Morrow, ist gestern abend auf noch ungeklärte Weise geraubt worden. Das 19 Monate alte Baby war von der Pflegerin um sieben Uhr in der elterlichen Wohnung in Hopewell (Staat New Jersey) zu Bett gebracht worden. Als man gegen zehn Uhr abends dem Kind Milch geben wollte, war das Bett leer.

Die Eltern benachrichtigten sofort die Polizei, die — ein Zeichen für die Beliebtheit des Ozeanfliegers und Nationalhelden — alle verfügbaren Kräfte und sogar Truppen mobilisierte. Auf sämtlichen Landstraßen der Staaten New York und New Jersey wurden die Autos mitten in der Nachtstunde angehalten. Die Leitung der Aktion übernahm der Polizeipräsident von New York, Mulrooney. Er sperrte Brücken, Straßenkreuzungen, Bahnhöfe, Autotunnels und Fähren, so daß der Verkehr vollkommen zum Erliegen kam. Auf dem großen Roosevelt-Boulevard, der von New York nach Philadelphia führt, waren alle paar hundert Meter Kontrollen eingeführt. Die besten Detektive der Polizei nahmen Untersuchungen im Hause von Lindbergh vor.

Man fand in der Nähe des offenstehenden Fensters eine Leiter und ein Schriftstück, dessen Inhalt noch nicht bekanntgegeben wurde. Es soll jedoch ein größeres Lösegeld gefordert worden sein. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Tat von einer hysterischen Frau in einem Anfall mißverstandener Mutterliebe begangen worden ist.

Das Grundstück liegt einsam in einem Hügelland. Das Ehepaar hatte es sich ausgesucht, als es einmal darüber hinweggeflogen war.

Der Flieger Lindbergh, der ohne einen direkten Beruf zu haben — er ist ganz lose mit der Pan American-Fluggesellschaft verbunden —, eine offiziöse und sogar halb diplomatische Persönlichkeit Amerikas ist, heiratete vor einigen Jahren die Tochter des früheren Morganpartners Morrow, der dann als Botschafter in Mexiko usw. Amerikas erfolgreichster Diplomat wurde und vor einigen Monaten gestorben ist. Lindberghs Gattin hat ihren Mann auf vielen Flügen begleitet. In Erinnerung ist noch ihr gemeinsamer Flug über Alaska, die Behringstraße, die Aleuten nach Japan und ins Überschwemmungsgebiet in China. Damals erwartete Frau Lindbergh bereits das Kind.

(Aus: Vossische Zeitung vom 3. März 32)

Die „Zwickelverordnung" dem Landtag zugegangen

Die Regierung Braun muß die Verordnung vor dem Landtag vertreten

Der kommissarische preußische Innenminister Bracht hat jetzt die am 28. September erlassene Ergänzungsverordnung zur Badepolizei-Verordnung vom 18. August dem Landtag überwiesen. Es handelt sich bei der Ergänzungsverordnung um die sogenannte „Zwickel-Verordnung", die in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert worden ist. Mit der Vorlegung dieser Verordnung an den Landtag wird zum ersten Male die Frage der Regierungsvertretung vor dem Parlament nach den Bestimmungen des Leipziger Urteils akut. In Kreisen der Regierung Braun vertritt man den Standpunkt, daß nach dem Leipziger Urteil die kommissarische Regierung nicht mehr befugt sei, mit ihrer Unterschrift versehene Vorlagen dem Parlament zu machen. Im Falle der „Zwickel-Verordnung" wird indessen dieses Argument zurücktreten, weil die Verordnung mit dem Datum des 24. Oktober als Tag der Vorlegung an den Landtag abging, allerdings erst am 1. November im Landtag verteilt wurde. Das Leipziger Urteil wurde am 25. Oktober gesprochen. Jedenfalls aber müßte nach dem Wortlaut des Urteils die Regierung Braun, die „Zwickel-Verordnung", die sie nicht erlassen hat und die am 1. November in Kraft getreten ist, vor dem Landtag vertreten. Es könnte sein, daß das Kabinett Braun sich dabei gegen die „Zwickel-Verordnung" ausspricht und daß, falls eine Landtagsmehrheit entsprechend beschließt, die Verordnung wieder aufgehoben werden muß, weil sie nicht auf die vom Landtag unangreifbare Sparermächtigung des Reichspräsidenten gestützt ist.

(Aus: Leipziger Neueste Nachrichten vom 3. November 32)

HANUSSEN IN DER LÖWENGRUBE

Zur Luxuswohnung des Hellsehers Hanussen gehörte auch eine Hausbar. Aquarien und Terrarien mit exotischen Fischen und Lurchen verliehen dem Raum ein geheimnisvolles Flair. Unser Bild zeigt eine Séance an einer drehbaren, erleuchteten Platte.

In Zeiten der Not blüht der Weizen der Hellseher und Astrologen, der Weltverbesserer und Kaffeesatzdeuter. Jan Erik Hanussen alias Herschmann Steinschneider war einer der Großen dieser Zunft. Wie sein Idol Adolf Hitler in Österreich, wie dieser 1889 geboren, kam für beide mit der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre die große Wende. Das Geschäft mit der Angst und der Hoffnung hatte Hochkonjunktur. Die Geschichte vom Aufstieg und Fall des Jan Erik Hanussen liest sich auf diesem Hintergrund wie das Märchen „vom Bäumlein, das andere Blätter hat gewollt".

Am Abend des 24. März 1933 wartet das Publikum in der Berliner „Scala" ungeduldig auf das Erscheinen des Wundermannes Hanussen. Wieder einmal wollen Hunderte dabei sein, wenn der „Seher" den Schleier der Zukunft lüftet. Hanussen aber kommt nicht. Statt dessen steht plötzlich ein Ansager auf der Bühne: „Hanussen hat einen Nervenzusammenbruch. Die Vorstellung fällt aus." Niemand mag so recht daran glauben. Und als ein paar Tage später der „Völkische Beobachter" meldet, Hanussen sei verhaftet worden, da kommt die Gerüchtmaschine auf Touren. Zwei Wochen später wird in einem Wald bei Zossen die Leiche des „Propheten des Dritten Reiches" gefunden. Das Gesicht von sechs Einschüssen entstellt. Von den Tätern angeblich keine Spur.

Wer war dieser Hanussen? Sein Vater war Komödiant aus Böhmen. Ins selbe Fach stieg der Sohn ein. Mit kleinen Schwindeleien hielt er sich jahrelang über Wasser, machte oft Bekanntschaft mit den Gerichten und wurstelte sich eben durch. Erst die Zeit der Wirtschaftskrise ließ ihn aufsteigen zum großen Wundermann. Er gründete eine eigene Zeitung, er wurde „Berater" für die feine Berliner Gesellschaft, er baute sich einen pompösen „Palast des Okkultismus" in der Lietzenburger Straße 17.

Früh begriff der gewiefte Hellseher, wie wertvoll ein nordischer Name in diesen Zeiten war. Flugs legte er sich einen zu und erfand gleich noch eine adelige Herkunft dazu. Der kleine jüdische Gaukler wurde als „nordischer Seher" gesellschaftsfähig. Er biederte sich bei den Nazis an, wurde Freund des SA-Gruppenführers Graf Helldorf und spendete freigebig für den SA-Sturm 12/II. Er sang Hymnen auf Hitler und die „nationale Erhebung". Kurz: Er trat die Flucht nach vorn in die Höhle des judenfressenden Löwen an.

Und dieser Mann sollte das Opfer eines gewöhnlichen Mordes geworden sein? Dahinter, so sagten sich viele, konnte doch nur politische Verstrickung stecken: Er mußte also zuviel gewußt haben und natürlich möglichst Schreckliches. Ein Hellseher weiß ohnehin mehr als gewöhnliche Sterbliche. Und einmal ausgesprochen, war das Gerücht nicht mehr auszurotten: Hanussen wußte, wer den Reichstag angezündet hatte. Und wem hatte der Brand genützt? Den Nazis. Also hatten sie die „Quasselbude" auch angesteckt. Also wurde ihnen Hanussen gefährlich. Also mußten sie ihn beseitigen. So einfach ist das.

Und es wurde munter weiter fabuliert. Hanussen soll schon am 24. Februar 1933 in einer seiner berühmt-berüchtigten Séancen gesagt haben: „Ich sehe ein großes Haus brennen." Was tat's, daß Hanussen so was nach übereinstimmenden Zeugenaussagen nie gewahrsagt hatte? Was tat's, daß solche Voraussage täglich gemacht werden kann, denn irgendwo brennt in den nächsten Tagen bestimmt „ein großes Haus"? Keiner sagte sich: Hätte der große Hellseher wirklich was gewußt, wie gierig hätte er diese Chance genutzt, seine fabelhafte Hellsicht unter Beweis zu stellen. Die Geschichte war zu schön, das Opfer zu geheimnisumwittert, als daß man auf nüchterne Gegenargumente gehört hätte. Wem's gerade so schön gruselt, dem ist die Wahrheit natürlich zu öde.

Aber auch Hanussen selbst hat allerhand dazu beigetragen, mit dem Brand in Verbindung zu geraten. Nur daß er natürlich die Kommunisten für die Brandstifter hielt. In der Ausgabe vom 8. März 1933 seiner Zeitung ließ er schreiben: „Ein interessanter Nachsatz der Hanussen-Prophezeiung, den wir in fetter Schrift (in der Ausgabe vom 24. 2. 33) brachten, war: Es wird eine schwere Arbeit sein, Provokationen auszuweichen, um nicht die Wahl (Reichstagswahl am 5. 3. 33) überhaupt in letzter Minute zu gefährden." Wie recht Hanussen damit hatte, hat die Brandlegung im Reichstagsgebäude bewiesen." Hanussen hatte also nur „Provokationen" geahnt. Und dazu gehörte bei den täglichen Krawallen zwischen Nazis und Kommunisten damals wahrlich nicht viel Begabung.

Nein, mit dem Reichstagsbrand hatte der „Prophet" nichts zu tun. Er hätte sonst nur allzu gern die von ihm bis aufs Messer gehaßten Kommunisten an eben dieses Messer geliefert. Die Sache lag anders: SA-Gruppenführer Graf Helldorf liebte das süße Leben. Er brauchte einen Mäzen. Und der reiche Hellseher war der richtige für den bankrotten Helldorf. Der fragte sich nicht lange, was den gerichtsnotorischen Magier dazu brachte, sich so intensiv um braune Freundschaften zu kümmern. Er nahm das Geld. Er ging zu Séancen. Doch die Spatzen pfiffen es immer lauter von den Dächern: Hanussen ist eigentlich nichts als „ein kleiner, mieser Jude". Und als Helldorfs Gönner dann noch aufschneiderisch mit den Schuldenquittungen des Grafen wedelte, bekam's der Gruppenführer mit der Angst.

Er konnte seinen späteren Nachfolger in der Führung der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, Karl Ernst, von der bedrohlichen Hanussen-Gefahr überzeugen. Karl Ernst machte das wiederum seinem Mordkommando klar: Hanussen habe die SA „in der Tasche", Hanussen könne „die SA ausspielen gegen wen er wolle". Hanussen müsse weg.

Drei SA-Killer fangen Hanussen vor seinem Auftritt in der „Scala" am 24. 3. 33 ab, zerren ihn in ein Auto und brausen in Richtung Zossen davon. Während der Fahrt behauptet Hanussen plötzlich, er könne die Gedanken seiner Begleiter lesen. Ironisch fordern die ihn zum Beweis auf. Und zum ersten und letzten Mal sieht der Hellseher wirklich hell: „Sie suchen einen Platz, wo Sie mich umbringen können."

Die Schüsse fielen. Der braune Löwe hatte seinen jüdischen Lakaien gefressen. □

Nach dem Ende der Parteien: Sie wurde der Machtträger im Führerstaat, die SS

PARTEIEN
DÄMMERUNG
SEBASTIAN HAFFNER
IM
DEUTSCHEN
REICH

... ODER: WIE JEDE DER DEMOKRATISCH PARTEIEN FÜR SICH ALLEINE STA

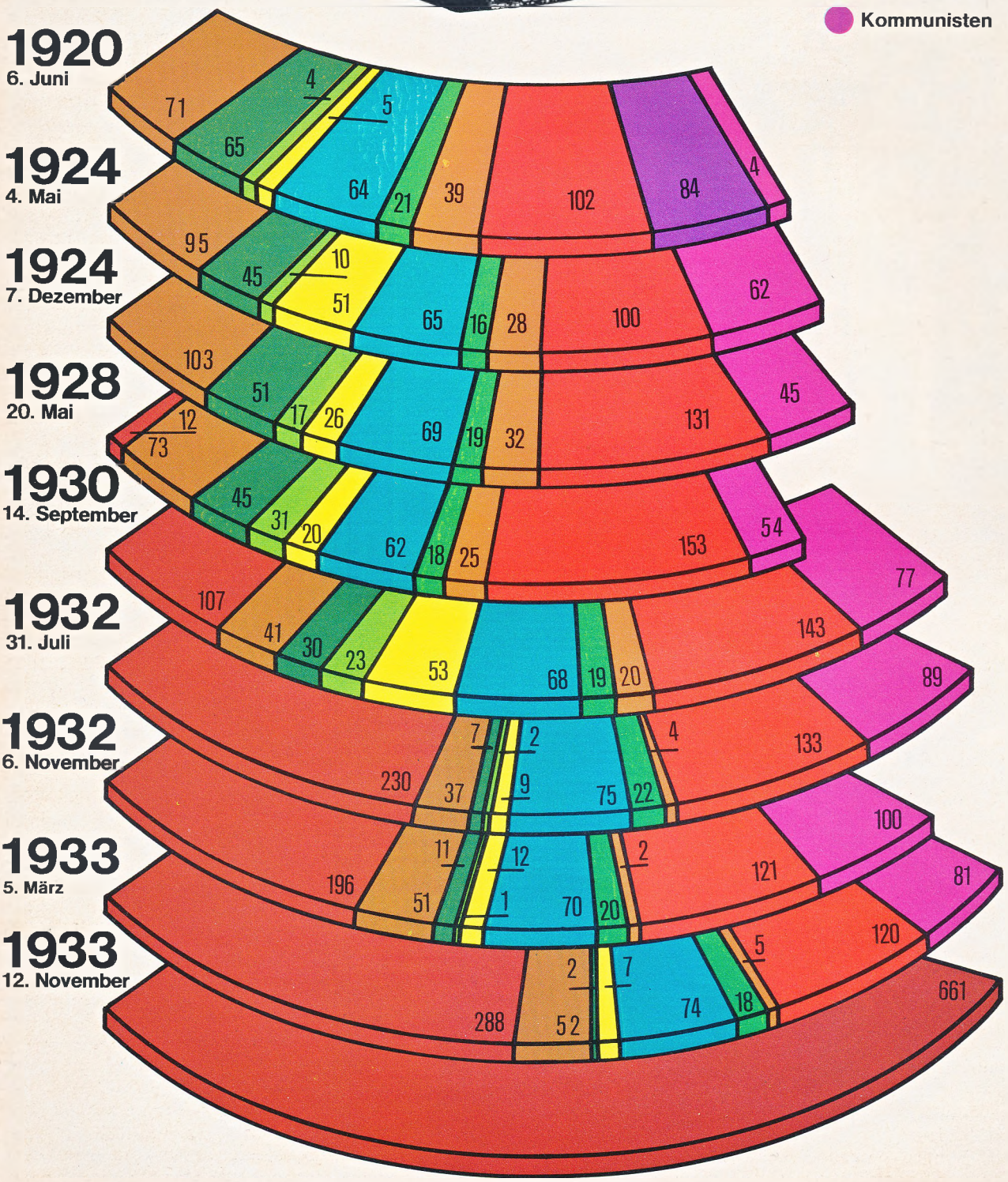
Ein Parteienstaat ist das Dritte Reich recht nie gewesen. Die NSDAP war zw während der Kampfzeit in der Weima Republik schlagkräftiges Instrument Wettbewerb um Wählerstimmen u Reichstagssitze. Aber nach der nation sozialistischen Machtübernahme ha sie im Grunde kaum noch Funktione So traf die Zerschlagung der demok tischen Parteien auch die NS-Par selbst. Sebastian Haffner erzählt die G schichte vom Ende des Parteiensystem

Ohne Gegner verlor die NSDAP nach dem Ende der Parteien auch an Einfluß. Ihre Hauptaufgabe: Selbstdarstellung des Regimes

Wir spalten treu zusammen

Die Sitzverteilung in den neun deutschen Reichstagen

- Nationalsozialisten
- Deutschnationale Volkspartei
- Deutsche Volkspartei
- Wirtschaftspartei
- Splittergruppen
- Zentrum
- Bayerische Volkspartei
- Deutsche Demokratische Partei bzw. Staatspartei
- Sozialdemokraten
- Unabhängige
- Kommunisten



Als Hitler Reichskanzler wurde, gab es in Deutschland praktisch fünf Parteien. Neben Hitlers NSDAP hielten sich noch ungebrochen, mit Hunderttausenden von Mitgliedern und Millionen von Wählern, die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Kommunisten und die Deutschnationalen, und bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 blieben diese vier Parteien (die allerdings untereinander wenig oder nichts verband) immer noch eindeutig in der Mehrheit.
Hitlers Partei kam, trotz „Regierungsbonus" und Wahlterror, nur auf 43,9 Prozent. Trotzdem konnte vier Monate später, am 14. Juli, ohne Widerspruch oder Widerstand ein Gesetz verkündet werden, das kurz und bündig bestimmte: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei." Wie war das möglich geworden?

Verdutzt und wehrlos

Die bündigste Antwort lautet natürlich: durch Terror; und diese Antwort ist nicht falsch, aber sie ist unvollständig. Zu der Pauschalerklärung „Terror" muß man mindestens noch eine weitere hinzufügen: Uneinigkeit. Selbst in unmittelbarer Existenzgefahr haben die Parteien niemals zusammengefunden, nicht einmal zwei oder drei von ihnen. Jede ist für sich allein gestorben, und jede starb an einer etwas anderen Krankheit. Gemeinsam ist ihnen allen nur dies: Das parlamentarische System, das ihre gemeinsame Lebensbedingung war, hat keine von ihnen verteidigt; und um die eigene Haut wirklich gekämpft hat ebenfalls keine.
Auch nicht die Kommunisten, von denen es Freund und Feind am ehesten erwartet hatten. Sie waren damals eine Massenpartei, sie hatten eine bewaffnete Parteiarmee, den Rotfrontkämpferbund, und sie waren – so glaubte man wenigstens – auf Verbot gefaßt; auf Widerstand vorbereitet und sei es selbst durch Bürgerkrieg. Aber als nach dem Reichstagsbrand, eine knappe Woche vor den Wahlen, im ganzen Reich das Gewitter über sie hereinbrach, zeigten sie sich überall verdutzt und wehrlos, und als der Reichstag eröffnet wurde, war von den 81 kommunistischen Abgeordneten, die am 5. März trotzdem noch gewählt worden waren, kein einziger mehr zur Stelle: Alle waren im KZ, auf der Flucht oder im Versteck.
Womit übrigens das Wahlergebnis bereits verfälscht und die Minderheit der NS-Wählerstimmen in eine Mehrheit von NS-Mandanten verwandelt war, ohne daß eine der dadurch benachteiligten Parteien dagegen protestiert hätte. Die Kommunisten waren eben bei allen unbeliebt. Eins, immerhin, muß man den Kommunisten lassen: Als einzige Partei haben sie dem Verbot getrotzt. Während des ganzen Dritten Reichs gab es in Deutschland ein kommunistisches Organisationsskelett – immer wieder von der Gestapo aufgespürt und zerschlagen, immer wieder irgendwo zusammengeflickt.
Eine politisch zu Buch schlagende Rolle hat diese Untergrund-KPD freilich nicht spielen können. Nur die Liste ihrer Märtyrer ist lang.

Die Nazis ließen die SPD eine Weile zappeln

Auch sozialdemokratische Politiker wurden schon gleich nach dem Reichstagsbrand aufgegriffen und in Konzentrationslager geschleppt, aber die Verfolgung der Sozialdemokraten war zunächst nicht, wie die der Kommunisten, systematisch und allgemein, sondern selektiv und individuell. Von 120 gewählten SPD-Abgeordneten konnten bei der Reichstagseröffnung immerhin noch 94 ihre Sitze einnehmen. Die Partei als solche war zunächst nur bedroht und belästigt, nicht geächtet; man ließ sie zappeln.
Auch die SPD hatte damals zusammen mit ihr nahestehenden Organisationen eine quasi-militärische Parteitruppe, die „Eiserne Front", und es gab genug junge Parteimitglieder, die ungeduldig auf ein Signal zum bewaffneten Aufstand gegen den Terror warteten. Aber daran dachte in der Parteiführung niemand. Die SPD war keine Bürgerkriegspartei; auch politischer Streik hatte längst aufgehört, zu ihren Waffen zu gehören. Außerdem hatte die damalige Spaltung der Arbeiterschaft zwischen den beiden bitter verfeindeten Parteien SPD und KPD diese Waffe stumpf gemacht. Die Alternative für die SPD war nur stilles Ausharren in betont legaler und korrekter Opposition in der Hoffnung auf Duldung – oder Ausweichen ins Ausland, um bessere Zeiten abzuwarten.
Zwischen diesen beiden Möglichkeiten spaltete sich die Partei; ein paar Monate lang hatte sie zwei Zentralen, eine immer noch in Berlin, die andere in Prag, und zwischen beiden flogen die Argumente mit zunehmender Gereiztheit hin und her. Die Berliner hofften, Hitler werde bald abwirtschaften; inzwischen müsse man eben, so gut oder schlecht es ging, überwintern. Die Prager konterten: „Ihr täuscht euch; Hitler wird lange dauern; und er wird euch nicht überwintern lassen."

Prag contra Berlin

Der Streit wurde zum Bruch nach dem 17. Mai, als die Rumpf-SPD im Reichstag einer Resolution, die Hitlers „Friedenspolitik" billigte, ratlos zustimmte (am 23. März, bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz, hatte sie noch mannhaft mit Nein gestimmt). Jetzt hielt es die Prager SPD nicht länger aus: Sie veröffentlichte ein Manifest, das zum Sturz Hitlers aufrief. Natürlich machte man die Berliner SPD dafür verantwortlich, der Terror wurde schärfer, ebenso die entrüsteten Unschuldsbeteuerungen, mit denen die Berliner von den Pragern abrückten, und wer weiß, wie weit das interne Trauerspiel der SPD noch gegangen wäre, wenn Hitlers Regierung ihm nicht ein Ende gemacht hätte: Am 22. Juni verbot sie die SPD.
Von diesem Datum an gab es die SPD nur noch als Auslandsorganisation. Wer von ihren Parlamentariern und Funktionären nicht spätestens jetzt emigrierte – und von KZ und Zuchthaus verschont blieb –, zog sich still aus der Politik zurück und beschränkte sich auf Gesinnungsopposition. Einige jüngere SPD-Politiker, wie Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und Julius Leber, haben sich später an den Militärverschwörungen beteiligt, die im 20. Juli gipfelten, aber das war keine Parteitätigkeit mehr. Das Martyrium einer ständig erneuerten illegalen Kaderbildung mutete die SPD, anders als die KPD, ihren in Deutschland verbliebenen Mitgliedern und Anhängern nicht zu. Sie beschränkten sich lediglich auf ein konspiratives Informations- und Kuriersystem. Bemerkenswert, wie viele von ihnen sich trotzdem sofort wieder um die alte Fahne scharten, als sie 1945 nach Deutschland zurückgetragen wurde.
Die beiden Arbeiterparteien wurden 1933 verboten – und waren 1945 sofort wieder da. Die beiden übriggebliebenen bürgerlichen Parteien lösten sich 1933 selber auf – und sind in ihrer alten Gestalt niemals wiedergekommen.
Das Zentrum war schon im Kaiserreich und noch mehr in der Weimarer Zeit für jede Regierungsmehrheit unentbehrlich gewesen; es war die ewige Regierungspartei und kam von der Vorstellung nicht los, das müsse auch im Hitlerreich so bleiben. Diese Vorstellung wurde sein Verderben. Sein Parteivorsitzender, Prälat Kaas, eine zwielichtige Figur, hatte schon 1932 mit Hitler über eine Koalitionsregierung verhandelt und im Januar 1933 wiederum – vergeblich – versucht, in dem damals geschlossenen Bunde der Nationalsozialisten mit den Deutschnationalen der Dritte zu sein.
Als es zwei Monate später, nach der Reichstagswahl, um das Ermächtigungsgesetz ging, das der Regierung diktatorische Vollmachten erteilen sollte, glaubte er, jetzt sei seine Stunde gekommen. Für das Ermächtigungsgesetz brauchte Hitler nämlich eine Zweidrittelmehrheit; und die war ohne das Zentrum nicht herzustellen. Kaas setzte in seiner Fraktion – gegen den Widerstand einer starken Minderheit unter dem ehemaligen Reichskanzler Brüning – die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz durch, weil er offenbar hoffte, dadurch endlich mit Hitler ins Geschäft zu kommen. Er handelte auch mit Hitler allerlei mündliche Zusagen aus, die allerdings niemals schriftlich bestätigt – und selbstverständlich niemals eingehalten – wurden. (Als Kaas kurz vor der Abstimmung auf die versprochene schriftliche Bestätigung drängte, hieß es, der Brief sei unterwegs. Er kam nie an.) Was Kaas verblendeterweise nicht sah, war, daß er gerade mit dem Ermächtigungsgesetz seinen einzigen Trumpf aus der Hand gab: Nachdem er seine Diktaturvollmacht einmal in der Tasche hatte, brauchte Hitler keine parlamentarischen Mehrheiten mehr.

Nach November 1933 saßen im Reichstag keine Frauen, Sozialisten und Juden mehr, sondern nur noch uniformierte Gefolgsleute. Hitler redete; „Willenserklärungen" wurden verabschiedet, das Horst-Wessel-Lied abgesungen: . . . der höchstbezahlte Männergesangverein. ◉

Endgültig aber war die Rolle des Zentrums ausgespielt, als Hitler im Frühsommer mit dem Vatikan ein Konkordat aushandelte, das eine katholische Parlamentspartei wie das Zentrum selbst in den Augen der kirchlichen Hierarchie überflüssig machte. Auch dabei leistete der undurchsichtige Prälat, immer beflissen, sich den jeweiligen Machthabern nützlich zu machen, Vermittlerdienste. Als Anfang Juli das Konkordat unter Dach und Fach war und gleichzeitig zu Hause der Druck auf das Zentrum bedrohlich zunahm, telefonierte Kaas aus Rom seinem Stellvertreter: „Habt ihr euch immer noch nicht aufgelöst?" Er selbst blieb in Rom. Seine Partei ging am 5. Juli durch eigenen Beschluß in Liquidation. Maßgebend dafür war letzten Endes die resignierte Überzeugung, daß jetzt mit parlamentarischen Mitteln für die katholischen Interessen in Deutschland nichts mehr auszurichten war.

Hugenberg ohne Gefolgschaft

Denn das Zentrum war immer eine rein parlamentarische Partei gewesen, die nur in einem funktionierenden Parlament selber funktionieren konnte; eine Straßenkampfarmee, wie sie sich in der Endphase der Weimarer Republik alle anderen großen Parteien zugelegt hatten, hatte es nie besessen. Auch die Deutschnationalen freilich, Hitlers betrogene Regierungspartner, hatten im strengsten Sinne keine „besessen". Sie hatten nur ein loses Bündnis mit einem eigenständigen Wehrverband, dem „Stahlhelm"; und den nahm Hitler ihnen jetzt aus der Hand, indem er ihn zwangsweise in seine SA eingliederte.

Nun versuchten die Deutschnationalen in zwölfter Stunde das Fehlende nachzuholen durch die Gründung „Deutschnationaler Kampfstaffeln" (DKS). Aber damit kamen sie bei Hitler schlecht an. Vielleicht stimmte sogar etwas an den sofort erhobenen Vorwürfen, daß die im Frühsommer 1933 neu gebildeten DKS zum Sammelbecken heimlicher Regimegegner wurden; der Gedanke lag nahe. Jedenfalls löste Hitlers Staatspolizei den „verbündeten" neuen Kampfverband sofort mit harter Hand auf. Es gab erste Verhaftungen auch unter Deutschnationalen, und als der deutschnationale Parteiführer und Minister, Dr. Alfred Hugenberg, dagegen empört protestierte und die Kabinettsfrage stellen wollte, zeigte sich, daß er weder seine deutschnationalen Kabinettskollegen noch seine Partei weiter hinter sich hatte.

Die entschiedeneren Nazigegner hatte er selbst schon früher aus der Partei vertrieben oder vergrault. Von den anderen sahen jetzt viele nicht mehr ein, wozu eine separate deutschnationale Partei nach dem offensichtlichen Untergang des parlamentarischen Systems und dem Ende aller anderen Parteien überhaupt noch gut sein sollte. Warum nicht lieber gleich zu den Nationalsozialisten übertreten? Innerhalb der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, die nun anfing, „die" Partei zu werden, konnte man die Interessen der deutschnationalen Wähler – also der großagrarischen und großbürgerlichen Schichten – vielleicht noch eher mit Erfolg wahrnehmen als von außerhalb: So ihre Rechnung. Hugenberg resignierte sang- und klanglos. Seine Partei beschloß die Selbstauflösung, nachdem sie noch vereinbart hatte, daß ihre Abgeordneten als Hospitanten in die NS-Fraktion des Reichstags eintreten durften.

Davon hatten sie allerdings nicht mehr viel, denn der im März gewählte Reichstag trat nach dem 17. Mai nie wieder zusammen und wurde im November durch einen neuen ersetzt, in dem nunmehr die Nazis ganz unter sich waren. Aber auch dieser Reichstag spielte niemals mehr eine politische Rolle. Die Ein-Partei-Reichstage des Dritten Reiches wurden, wie es der politische Witz damals ausdrückte, zum „höchstbezahlten deutschen Männergesangverein": Ihre Aufgabe bestand nur noch darin, bei ihren seltenen Sitzungen nach Anhörung einer Hitlerrede und einstimmiger Annahme einer vorformulierten Entschließung das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied abzusingen.

Ja, sogar aus der NSDAP als Partei ging die Luft heraus, nachdem alle anderen Parteien ausgeschaltet waren: Das ist eine verborgene Pointe der Parteiendämmerung von 1933, die damals niemand bemerkte und die auch heute noch oft übersehen wird. Das Dritte Reich wurde nie ein Parteienstaat in dem Sinne, wie die Sowjetunion und die ihr nachgebildeten Staaten Parteistaaten sind. Das Wort „Die Partei befiehlt dem Staat" wurde in Deutschland so nie Wirklichkeit. Hitler befahl dem Staat – er ganz allein. Und nicht nur dem Staat. Er befahl auch der Partei und noch vielen anderen Gebilden.

Teile und herrsche

Die Partei hatte ihm nur dazu gedient, in dem parlamentarischen System von Weimar „legal" die Macht zu erobern. Nachdem das getan war, hatte sie keine rechte Aufgabe mehr. Sie war jetzt nur noch eine von vielen NS-Organisationen – SA, SS, Hitlerjugend, Deutsche Arbeitsfront, Reichsnährstand usw. –, lauter Staaten im Staate, alle eifersüchtig einander Prestige neidend und Kompetenzen abjagend, und alle von Hitler absichtlich gegeneinander ausgespielt, nach dem Grundsatz des „Teile und herrsche".

Für diesen Dschungelkrieg ungleichartiger und unkoordinierter Apparaturen war aber die Partei weit weniger geeignet als vorher für den Kampf um Stimmen und Mehrheiten mit anderen Parteien. Sie geriet dabei ins Hintertreffen. Besonders die SS lief ihr sehr bald den Rang ab, und wenn das Dritte Reich Hitlers Tod überdauert hätte, dann eher als SS-Staat denn als Parteistaat. Fast könnte man sagen: Das Ende der Parteien war schon der Anfang vom Ende „der Partei". □

DAS ENDE DER VIELFALT

Letzte Bastionen des Widerstandes gegen den braunen Einheitsstaat waren die demokratisch regierten Länder. Bis die Reichsregierung per Gesetz die Landesregierungen entließ und Reichsstatthalter einsetzte.

Wie fast alle seine Garantien, so waren auch Hitlers Versprechungen gegenüber den deutschen Ländern nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben wurden. Noch im Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 heißt es, daß Reichsrat und Länderkompetenzen nicht angetastet werden sollten.

Aber schon da war klar, daß solche Zusagen nichts als Beschwichtigungen waren. Nach der Reichstagswahl vom 5. März nämlich hatte Hitler bewiesen, wie er die Rechte der Länder zu achten gedachte: In den Ländern war ja nicht gewählt worden. Und deshalb waren einige Länderregierungen auch immer noch nicht nationalsozialistisch. So etwas hatte aber in Hitlers Staatsvorstellung keinen Platz. Alles, was nur entfernt nach Kontrollinstanz roch, mußte weg. Selbst der geringe Einfluß des Reichsrates war ihm noch zuviel.

In bewährter Manier inszenierte die NSDAP daher „spontane" Unruhen in den entsprechenden Ländern. SS und SA zogen durch die Straßen und forderten die Umbildung der Länderregierungen gemäß dem Ergebnis der Reichstagswahl. Innerhalb einer Woche, vom 6. bis zum 11. März 33, kapitulierten die letzten Länderregierungen vor dem Druck der Straße und den Drohungen des Reichsinnenministers Frick. Dieser hatte wegen der „Nichteinhaltung von Ruhe und Ordnung" angekündigt, Reichskommissare mit Sondervollmachten zu entsenden. Reichsstatthalter in den Länderregierungen sorgten von nun an für die Einhaltung der Politik der Reichsregierung. Nebenstehend sind alle damaligen Reichsstatthalter und die zugehörigen Länder abgebildet.

Aber noch hatten die Länder die Polizeihoheit und kulturelle Entscheidungsfreiheit. Trotz Nazi-Aufsicht mußte man Differenzen befürchten. Am 30. Januar 34 wurden auch diese Vorrechte durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" gestrichen. Und am 14. Februar 34 verschwand der Reichsrat in der Versenkung. Der Föderalismus hatte kaum länger als der Parlamentarismus dem Druck der Nazis standgehalten.

Jacob Sprenger
Reichsstatthalter
von Hessen
Carl Röver
Reichsstatthalter
von Oldenburg und
Bremen
Karl Kaufmann
Reichsstatthalter
von Hamburg
Adolf Hitler
Reichsstatthalter
für Preußen
(Die Rechte sind auf
den preußischen
Ministerpräsiden-
ten übertragen)
Dr. Alfred Meyer
Reichsstatthalter
beider Lippe
Friedrich
Hildebrandt
Reichsstatthalter
und Gauleiter von
Mecklenburg-
Lübeck
Wilhelm Löper
Reichsstatthalter
von Anhalt und
Braunschweig
Fritz Sauckel
Reichsstatthalter
von Thüringen
Martin
Mutschmann
Reichsstatthalter
von Sachsen
General Franz
Ritter von Epp
Reichsstatthalter
für Bayern
Robert Wagner
Reichsstatthalter
von Baden
Wilhelm Murr
Reichsstatthalter
von Württemberg

PRESSE-SPIEGEL

Die Weimarer Republik war an ihrem eigenen Prinzip, dem parlamentarischen, gescheitert. Die Vielfalt der Parteien, der geringe politische Durchblick des Wählers, Agitation und Terror hatten es zuwege gebracht, daß der Reichstag zu Beginn der dreißiger Jahre zunächst nicht mehr koalitionswillig und dann durch die Mehrheitsverhältnisse sogar nicht einmal mehr koalitionsfähig war. Was also lag näher, als daß das neue Regime als erstes dem Parlamentarismus zu Leibe rückte.

Schon in ihrer Morgenausgabe vom 1. Februar 1933 berichtet die

Neue Zürcher Zeitung

unter der Schlagzeile

»Verhandlungen Hitlers über ein Ermächtigungsgesetz«

Das neue Regime hatte sich nach der Übernahme der Regierungsgewalt beeilt, . . . der Presse beruhigende Zusicherungen über die Einhaltung eines legalen Kurses zu geben: keine Wirtschafts- und währungspolitischen Experimente, keine Knebelung der Presse, keine Unterdrückung der Kommunistischen Partei, keine Versorgung der nationalsozialistischen Armee durch Anschluß an das staatliche Wehrsystem oder an die Polizei . . . Am Dienstag haben diese von einem demokratischen Hauch durchzogenen Erklärungen bereits eine Einschränkung erfahren. Minister Frick kündigt die Vorlage eines Ermächtigungsgesetzes an, durch das der Reichstag der Regierung Vollmachten zur Durchführung ihres Programms erteilen soll . . . Dem Reichstag wird zugemutet, sich selbst für einen Zeitraum, der vorläufig auf einige Monate geschätzt wird, auszuschalten.

Gleichzeitig liefen jedoch bereits die Vorbereitungen für die Reichstagswahlen vom 5. März 1933. Das

Berliner Tageblatt

schreibt dazu am 5. Februar:

Wenn das Land wahrhaftig keine Neuwahlen gebrauchen kann – die Hitler-Regierung braucht den Zauber der Agitation, der die Menge nicht zu der Erkenntnis kommen lassen soll, daß das erhoffte Manna ausbleibt, und daß man hier einstweilen weder Arbeit noch Brot verschafft. Statt Arbeit und Brot täglich Parade, Fackelzug, Rundfunkrede, Ovationen im Kino und so, vom Radio abgesehen, das der Antike noch unbekannt war, die Methode der Spiele, mit der einst römische Cäsaren die Hungrigen unterhalten haben. Vermutlich würden die Hungrigen in absehbarer Zeit fühlen, daß sie nicht satt werden, aber die Ernüchterung darf erst nach den Wahlen kommen, und damit sie nicht vorher ausbricht, hat man den Wahlakt auf den frühesten Termin, der möglich war, festgesetzt. Bis dahin, vier Wochen lang, wird man doch das Feuer des Glaubens schüren, den Zweifel übertönen, durch eine alles bisher Dagewesene übertrumpfende und diesmal auf Kosten des Steuerzahlers betriebene Propaganda die Begeisterung wachhalten und den unbequemen Widerspruch ersticken können.

Mitten in die letzte große Wahlkampfschlacht platzte dann die Sensation: Der Reichstag brennt. Für die Nazis bot es willkommene Gelegenheit, Kommunisten und andere unbequeme Gegner auszuschalten. Und für die Linke stand fest: Das konnten nur die Nazis gewesen sein. Das britische Massenblatt

Daily Mirror

berichtet am 28. Februar 1933 unter der Überschrift

»Der deutsche Reichstag in Flammen«

Die Polizei vermutet, daß Kommunisten für den Brand verantwortlich sind. Aber die wildesten Gerüchte überschlagen sich. Einige Leute vermuten, daß die ganze Sache von den Nazis aus gegangen sei.

Und einen Tag später kommentiert das Zentralorgan der englischen Kommunistischen Partei

Daily Worker

mit der Behauptung

»Die Nazis brennen das deutsche Parlament nieder«
»Versuch, die gesamte Kommunistische Partei Deutschlands zu zerschlagen!«

Jetzt hat der faschistische Terror in Deutschland bisher unvorstellbare Ausmaße angenommen.

Erstens: Die Faschisten haben den Brand im Reichstagsgebäude angezettelt . . .

Zweitens: Sie klagen die Kommunisten dieser Tat an, obwohl jeder weiß, daß die Kommunistische Partei Deutschlands immer solchen Akten individuellen Terrors widerstanden hat.

Drittens: Sie nehmen die kommunistischen Abgeordneten fest, und werfen Hunderte von kommunistischen Funktionären in die Gefängnisse . . .

Viertens: Sie unterdrücken die kommunistische, sozialdemokratische und katholische Presse, um zu verhindern, daß die wahren Tatsachen bekannt werden.

Erwartungsgemäß brachten die Reichstagswahlen vom 5. März Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammen die erforderliche Mehrheit. Lakonisch kommentiert am 6. März der

Daily Express

Der Mann, der vor 14 Jahren mit zehn Männern aufbrach, um in Deutschland ein faschistisches Regime zu gründen, hat gestern 17 Millionen Stimmen auf sich vereinigt. Damit ist Deutschland fest in der Hand des Faschismus.

Schlag auf Schlag folgten nun Maßnahmen, um den totalen Staat herzustellen und zu sichern. Schon am 3. März meldet die seriöse Londoner

The Times

unter der Überschrift

»Intellektuelle Zersetzung«

womit sie nationalsozialistischen Sprachgebrauch zitierte:

Herr Hitler diskutiert jetzt „den kulturellen Internationalismus und die intellektuelle Zersetzung". Seine Zeitung veröffentlichte heute eine Namensliste von Persönlichkeiten, deren „pazifistische Exzesse" auf der Bühne, im Film, in der Literatur und in der Presse noch frisch im Gedächtnis seien. Sie umfaßt Professor Einstein, Heinrich und Thomas Mann, die Schriftsteller Herrn Remarque, Verfasser von „Im Westen nicht Neues", Arnold Zweig, Helmut von Gerlach und Alfred Kerr, den hervorragenden Theaterkritiker des Berliner Tageblatts. Keine dieser Persönlichkeiten macht sich noch Illusionen über ihre Sicherheit. Unter den Bedingungen, die sich jetzt in Deutschland entwickeln, fürchten sie im Gegenteil Verfolgung.

Nach den Kommunisten und den kritischen Intellektuellen waren als nächste die Juden an der Reihe. Zur Vorbereitung des Judenboykotts vom 1. April 1933 veröffentlicht das Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung

Völkischer Beobachter

am 30. März 1933 einen Aufruf der Reichsleitung der N.S.D.A.P.

Das Judentum hat 65 Millionen Deutschen den Kampf angesagt, nun soll es an seiner empfindlichsten Stelle getroffen werden! Am 1. April Schlag 10 Uhr setzt der Boykott aller jüdischen Waren, Geschäfte, Ärzte, Anwälte ein – Zehntausende Massenversammlungen. Die Regierung der nationalen Revolution hängt nicht im luftleeren Raum. Sie ist die Repräsentantin des schaffenden deutschen Volkes . . . Schlag 10 Uhr, wird das Judentum wissen, wem es den Kampf angesagt hat.

Tatsächlich lief durch das Ausland ein Sturm der Empörung, den der

Völkische Beobachter

am 31. März 1933 so kommentiert:

In maßloser Wut riß sich Juda selbst die Maske vom Gesicht. Die in Deutschland lebenden jüdischen Hetzer waren wohl zum Schweigen gebracht. Nicht aber die ins Ausland aus Furcht vor der gerechten Strafe für vergangene Verbrechen geflohenen Juden und Judengenossen. Mit offenen Armen hat sie das Weltjudentum aufgenommen und ist dabei, eine riesige Lügenhetze gegen das ganze deutsche Volk zu inszenieren . . . Juda hat Deutschland den Krieg erklärt, es liegt an ihm, wieder Frieden zu schließen, die Bedingungen aber diktieren wir!

Tatsächlich brachen die Nationalsozialisten den Boykott auf Grund des ausländischen Druckes wieder ab. Dazu meint die

Neue Zürcher Zeitung

in ihrer ersten Sonntagsausgabe vom 2. April 1933:

Die nationalsozialistische Führerschaft hat eine besondere Vorliebe für plötzliche Wendungen und Überraschungen, deren Effekt darin besteht, das Publikum in Atem zu halten. Gestern nachmittag, beim Höhepunkt der Boykottvorbereitungen, verbreiteten sie Nachrichten über die antisemitische Aktion . . . Der Boykott dauert . . . bis zum Abend des gleichen Tages, dann tritt eine „Boykottpause" bis Mittwochvormittag 10 Uhr ein. Dem Ausland wird damit gewissermaßen eine Bewährungsfrist eingeräumt. Ist das Ergebnis nach nationalsozialistischem Ermessen zufriedenstellend, so bessert sich die Lage der jüdischen Geiseln in Deutschland, und das Geschäftsleben nimmt wieder seinen normalen Gang. Wenn nicht, so soll der Boykott von neuem so aufgenommen werden, „daß er das deutsche Judentum vernichtet!"

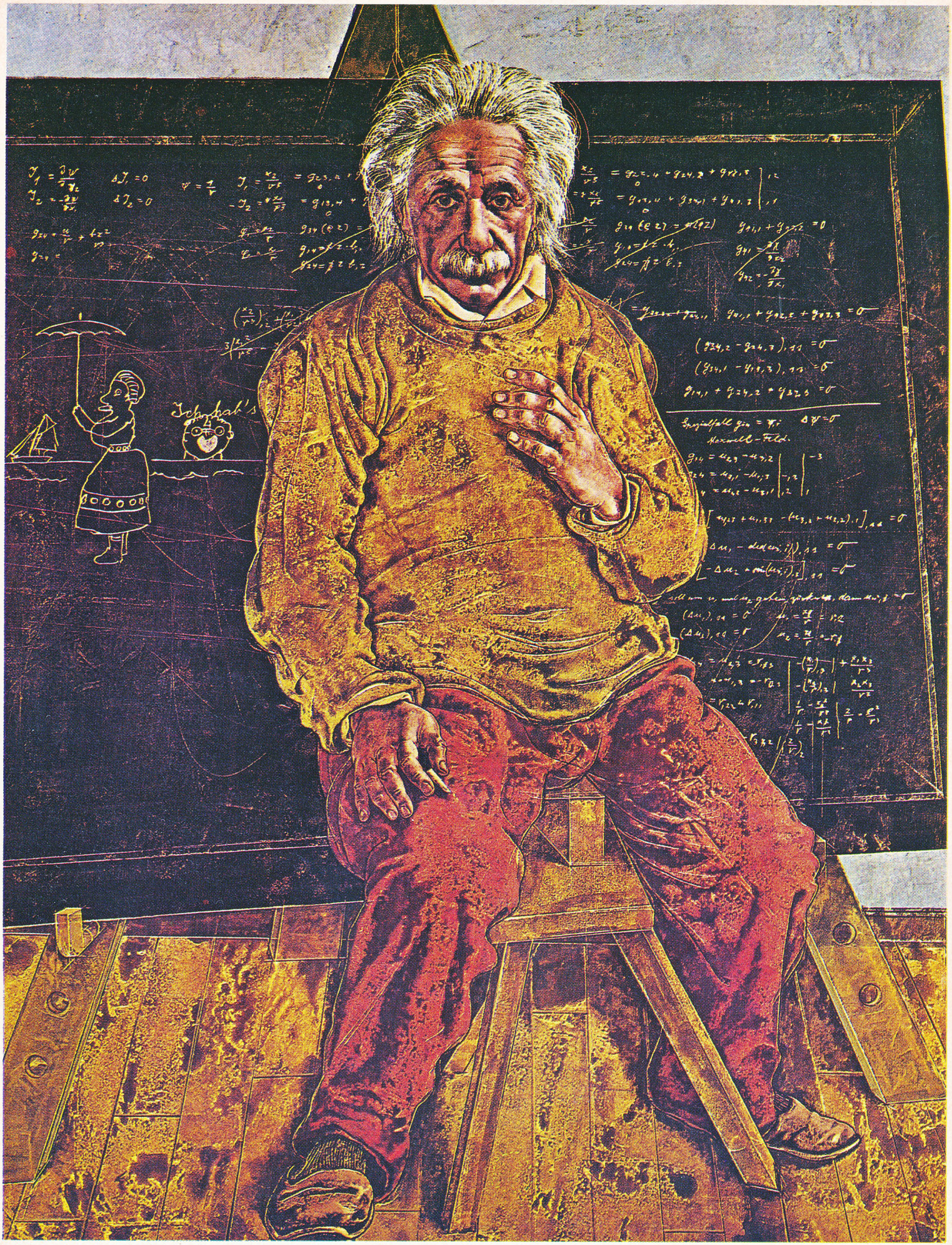
□

Besuch bei Werner Heisenberg

Werner Heisenberg als 32jähriger. Das Bild wurde 1933 anläßlich der Verleihung der Planck-Medaille an Heisenberg veröffentlicht.

DIE KRIEGSSCHULDLÜGE HAT MICH ZUTIEFST ERBITTERT

Der Physiker und Nobelpreisträger Werner Heisenberg war dabei, als sich Neid und Wut „deutsch empfindender" Wissenschaftler gegen den Juden Albert Einstein wandten. Wie es 1933 im Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut aussah, erzählte Werner Heisenberg unserem Redakteur Friedemann Bedürftig.


Schnabl's

Einstein wurde verfolgt wie ein Schwerverbrecher

Als Werner Heisenberg so alt war wie ich heute, da hatte er bereits seit einem Jahr den Nobelpreis für Physik. Man schrieb das Jahr 1933, Hitler war Reichskanzler und die Demokraten trugen gerade die Republik zu Grabe. Darüber wollte ich mit Werner Heisenberg sprechen. Ich wollte wissen, was er damals erlebt, was er mit seinem Wissenschaftskollegen besprochen hatte. Und was ihn bewog, in Deutschland zu bleiben, obwohl gleichzeitig so viele seiner Kollegen meinten, auswandern zu müssen.

Gerade von ihm wollte ich das wissen, weil ihm ja die Welt damals schon bescheinigt hatte, daß er zu den Großen des Geistes gehört. Und natürlich auch, weil ich weiß, daß die Stimme eines Heisenberg weiter trägt als die vieler anderer. So war es für mich also der Besuch bei einem Denkmal, und ich glaube, Werner Heisenberg wußte das. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, als Heisenberg erzählt: von Einstein, Niels Bohr, Max Planck, Madame Curie, von dem Streit um die Relativitätstheorie, von kühnen Experimenten. Namen und Taten, für uns Geschichte, große Wissenschaftsgeschichte, kommen in seinem Bericht als lebendige Menschen, als persönliche Fragen vor. Für Werner Heisenberg gibt es da keine Kluft des Ruhmes.

Damals, als auf Deutschlands Straßen der politische Terror herrschte, begann in den Labors der Physiker und Chemiker das Atomzeitalter: In den zwanziger Jahren noch ganz mit der Atomhülle befaßt, stießen die Wissenschaftler jetzt zu den Geheimnissen des Atomkerns vor. 1932 entdeckte Anderson das Positron, Chadwick das Neutron. Im selben Jahr gelang Cockroft und Walton die erste Atomkernumwandlung. Im einzelnen noch unvorstellbare Möglichkeiten und Gefahren kündigten sich an.

In Deutschland aber kam die Entwicklung ins Stocken. Die Nationalsozialisten hatten die Macht ergriffen. Niemand blieb vom totalen Anspruch des neuen Regimes verschont. Immer mehr Laborplätze blieben leer. Immer mehr neue Gesichter tauchten in den Instituten auf. Jüdische Wissenschaftler, aber nicht nur jüdische, verließen Deutschland. Und auch Albert Einstein ging. Der größte Physiker aller Zeiten, um im Nazi-Jargon zu sprechen, wurde verfolgt wie ein Schwerverbrecher: 50 000 Mark setzten die neuen Machthaber auf seine Ergreifung.

Ich frage Heisenberg, wie man denn mit diesem Schock fertig geworden sei. „Aber es war kein Schock", sagt er. „Wir hatten nach den letzten Jahren kaum etwas anderes erwartet. Schon vor Hitlers Machtergreifung haben doch viele Wissenschaftler das Land verlassen, weil sie Juden waren, oder weil das politische Klima in Deutschland unerträglich wurde. Es hätte niemanden gewundert, wenn Einstein uns schon viel früher den Rücken gekehrt hätte. Gegen ihn hielten zu Beginn der zwanziger Jahre Rassenfanatiker und Neider Hetztiraden. Seine Verteufelung ist so alt wie sein Ruhm."

Heisenberg berichtet, wie der Nobelpreisträger Philipp Lenard gegen Einstein zu Felde zog. Vielleicht habe er sich als Experimentalphysiker in seiner „Handwerker-Ehre" gekränkt gefühlt. Daß Einstein sozusagen durch pures Nachdenken zu Ergebnissen kommen wollte und – wie er der Welt beweisen konnte – auch kam, mag Lenard anmaßend, ja unsittlich erschienen sein. Dahinter konnte für einen Antisemiten, der Lenard von früh an war, nur „jüdischer Ungeist" stecken.

Für Heisenberg sind Lenards Hetztiraden Ausdruck von Verfolgungswahn. In der Weimarer Republik konnte der Vater der „Deutschen Physik", der aus Angst vor Ideenklau in seinem Institut immer hinter verschlossenen Türen arbeitete, mit seinen wirren Anwürfen nicht viel ausrichten. Damals fanden Leute wie Max Planck oder Max Born noch Gehör, wenn sie gegen Lenard und für Einstein eintraten. Aber als die braune Woge immer höher schwappte, verloren die Warner ihr Publikum. Das Schicksal von Künstlern und Wissenschaftlern interessiert nur wenige in der Zeit der galoppierenden Not.

Schnell bekamen die Nazis Presse und Rundfunk in die Hand. Den Mahnern wurde die Öffentlichkeit vollends entzogen. Heisenberg erzählt, wie er und einige seiner Kollegen in dieser Lage überlegten, durch Rücktritt oder Solidaritätsaktionen Aufmerksamkeit zu erregen; vielleicht sogar die Machthaber zu Zugeständnissen zu zwingen. Heisenbergs Mathematiker-Kollege Levy war entlassen worden. Das konnte sich die Fakultät der Universität Leipzig nicht gefallen lassen. Man suchte Rat bei Max Planck, dem damaligen Direktor des Kaiser Wilhelm-Instituts. Planck hatte wegen ähnlicher Fälle gerade mit Hitler gesprochen. Er war völlig deprimiert und konnte dem ratsuchenden Heisenberg nur dringend von Aktionen abraten. „Ich habe bei Hitler keinerlei Verständnis gefunden – oder schlimmer, es gibt einfach keine Sprache, in der man sich mit einem solchen Menschen überhaupt verständigen kann", sagte er zu Heisenberg.

Wie konnte es so weit kommen? frage ich. Aber selbst der Nobelpreisträger weiß darauf keine Patentantwort. Da gilt das, was für ihn damals und wohl auch noch heute persönlich am schwersten wiegt: „Die Niederlage im Ersten Weltkrieg war ein Schock. Aber der eigentliche, der unüberwindliche Schock war die Unterschrift deutscher Politiker unter die Lüge, Deutschland sei alleinschuldig am Krieg gewesen. Diese Kriegsschuldlüge hat uns zutiefst erbittert."

Seit dem Röhmputsch war alle Hoffnung sinnlos

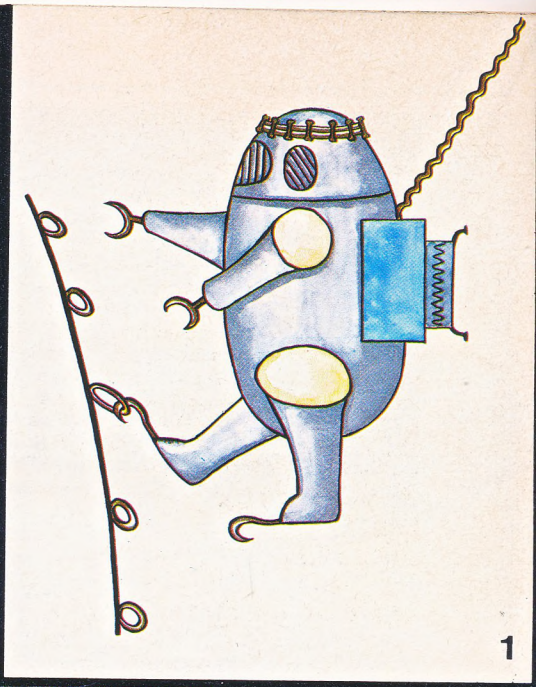
Mit dieser Lüge wurde die Republik nicht fertig. Mit ihr wurden auch die Menschen nicht fertig. Die Erbitterten erfanden die wahnsinnigsten Gegenlügen. Und dazu gehörte auch die Lüge von der „Verschwörung des internationalen Judentums". Hitlers Munition hatten die Sieger des Ersten Weltkriegs gefertigt. Diese Deutung kommt Heisenberg etwas zu verkürzt vor, aber zumindest die Mechanik des Unheils scheint ihm damit getroffen. Und aus dieser Mechanik heraus kann man wohl auch verstehen, daß Heisenberg und seine Kollegen immerhin mit der Möglichkeit rechneten, Hitler werde sich nach seinem Sieg mäßigen. „Erst als sich mit dem sogenannten Röhm-Putsch die ganze konsequente Brutalität der neuen Machthaber zeigte, wußten wir, daß alle Hoffnungen sinnlos waren", sagt er leise.

Und warum ist Werner Heisenberg in dieser Lage nicht auch emigriert? Warum hat er, wie er selber sagt, Kompromisse geschlossen, offizielle Briefe mit „Heil Hitler!" unterschrieben, seine Vorlesungen mit dem „deutschen Gruß" begonnen? „Ja, darüber habe ich damals auch lange mit Max Planck gesprochen. Planck sagte zu mir: ‚Sie können die Katastrophe nicht aufhalten. Aber Sie können versuchen, mit anderen zusammen Inseln des Bestandes zu bilden.' Und das habe ich, so gut es ging, getan."

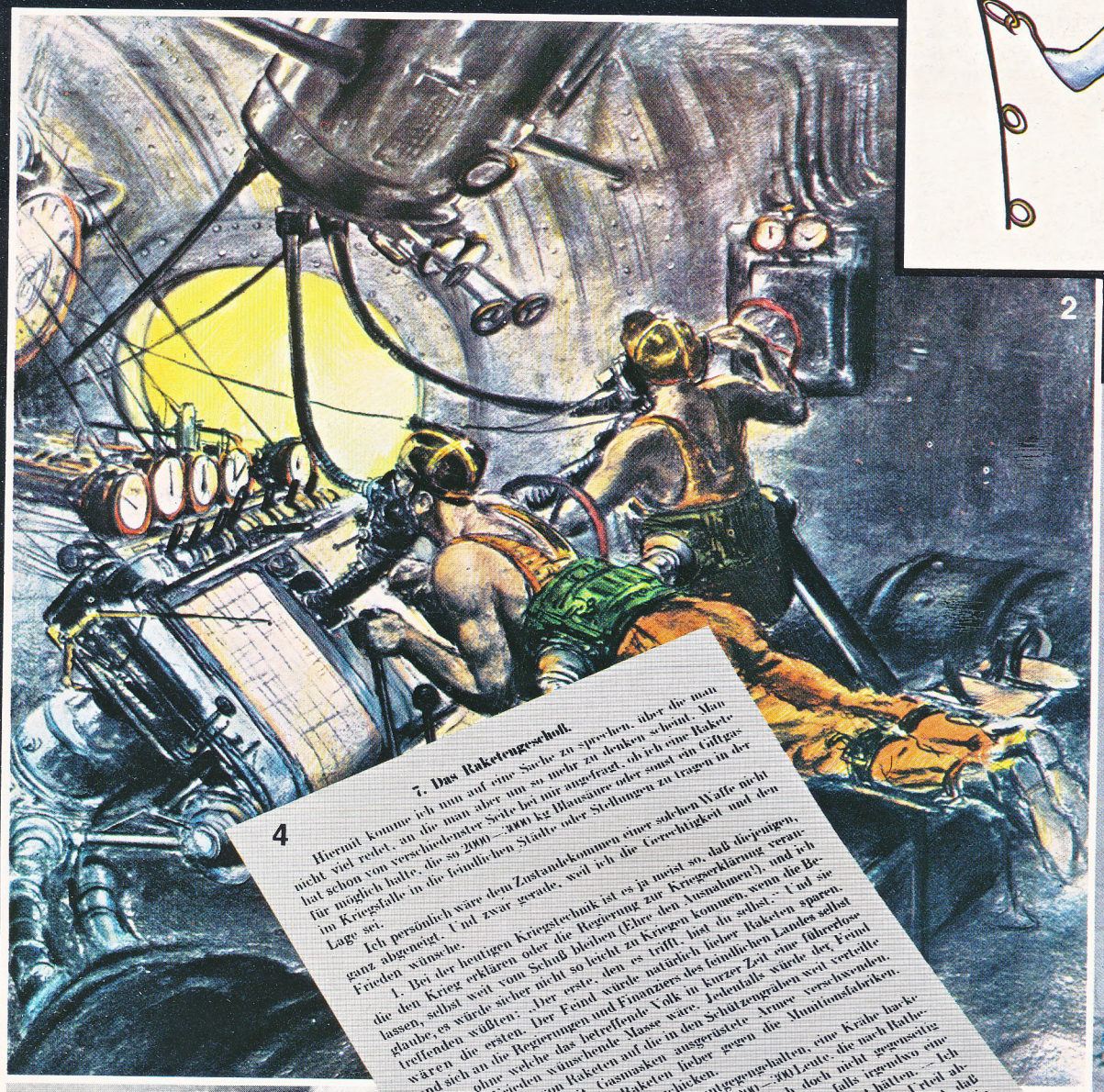
Heisenberg weiß bitter genau, wie schlecht das ging. Und wenn es ihm später auch gelang, in einem Prozeß die Erlaubnis zu erzwingen, weiter von Einstein und der Relativitätstheorie zu sprechen, so waren das nur kleine Erfolge. Aber notwendige. Für die Zeit nach der Katastrophe. □

Hans Erni, Schweizer Maler des Jahrgangs 1909, zählte zu den von Picasso beeinflußten, dem Surrealismus nahestehenden Malern, Grafikern und Illustratoren. Hier sein Porträt von Albert Einstein.

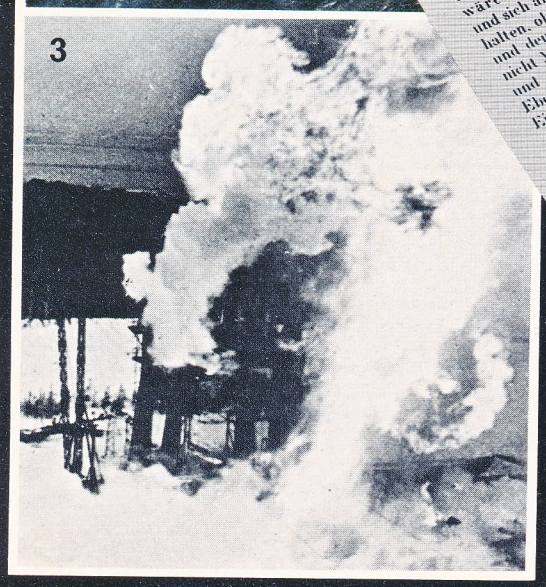
DER TRAUM VOM RAUM



1



2



3

4

7. Das Raketengeschoß.

Hiermit komme ich nun auf eine Sache zu sprechen, über die man nicht viel redet, an die man aber um so mehr zu denken scheint. Man hat schon von verschiedenster Seite bei mir angefragt, ob ich eine Rakete für möglich halte, die so 2000—3000 kg Blausäure oder sonst ein Giftgas im Kriegsfalle in die feindlichen Städte oder Stellungen zu tragen in der Lage sei.

Ich persönlich wäre dem Zustandekommen einer solchen Waffe nicht ganz abgeneigt. Und zwar gerade, weil ich die Gerechtigkeit und den Frieden wünsche.

1. Bei der heutigen Kriegstechnik ist es ja meist so, daß diejenigen, die den Krieg erklären oder die Regierung zur Kriegserklärung veranlassen, selbst weit vom Schuß bleiben (Ehre den Ausnahmen!), und ich glaube, es würde sicher nicht so leicht zu Kriegen kommen, wenn die Betreffenden wüßten: Der erste, den es trifft, bist du selbst.“ Und sie wären die ersten. Der Feind würde natürlich lieber Raketen sparen, und sich an die Regierungen und Finanziers des feindlichen Landes selbst halten, ohne welche das betreffende Volk in kurzer Zeit eine führerlose und den Frieden wünschende Masse wäre. Jedenfalls würde der Feind nicht Millionen von Raketen auf die in den Schützengräben verteilte und meist noch mit Gasmasken ausgerüstete Armee verschwenden. Ebenso würde er seine Raketen lieber gegen die Munitionsfabriken, Eisenbahnknotenpunkte usw. schicken.

Ein Kommunist hat mir hier entgegengehalten, eine Krähe hacke der andern die Augen nicht aus, und die 200—300 Leute, die noch Rathe- nau die Welt beherrschen sollen, würden sich doch nicht gegenseitig umbringen. Es sei doch auch sicher, daß sie sich, falls irgendwo eine Revolution ausbrach, gegenseitig Hilfe gewährt hätten. — Ich bin nicht genügend Politiker, um über diesen Ausspruch ein Urteil abgeben zu können. Doch ich für meinen Teil glaube jedenfalls nicht, daß die Solidarität der Führenden (wenn überhaupt eine solche da ist) sie daran hindern könnte, sich selbst wechselseitig umzubringen. Das mag ja noch sein, daß führende Kreise eine Revolution in ähnlich regierten Ländern, von wo sie auch auf ihr eigenes übergreifen könnte, nicht gerne sehen. In unserm Falle aber handelt es sich ja nicht um eine Revolutionsgefahr, sondern nur um die Vermehrung ihrer eigenen Macht. Man hat nur auch entgegengehalten, eine solche Waffe könne gemäß der Genfer Konvention nicht gebraucht werden. Ich glaube aber, die Erfahrung hat zur Genüge gelehrt, daß sich Staaten sehr wenig um durch das Völkerrecht nicht gestalteten Waffe sind. (Deutschland allenfalls ausgenommen, aber auch das nur sehr „allenfalls“. Der deutsche Reichskanzler selbst war es, der 1915 die Worte sprach: „Verträge sind Fetzen Papier, wenn es sich um Sein und Nichtsein eines Volkes handelt.“)

1. Beim heutigen Stande der Wissenschaft und der Technik ist der Bau von Maschinen möglich, die höher steigen können, als die Atmosphäre reicht.

2. Bei weiterer Vervollkommnung vermögen diese Maschinen derartige Geschwindigkeiten zu erreichen, daß sie — im Äther raum sich selbst überlassen — nicht auf die Erdoberfläche zurückfallen müssen und sogar imstande sind, den Anziehungsbereich der Erde zu verlassen.

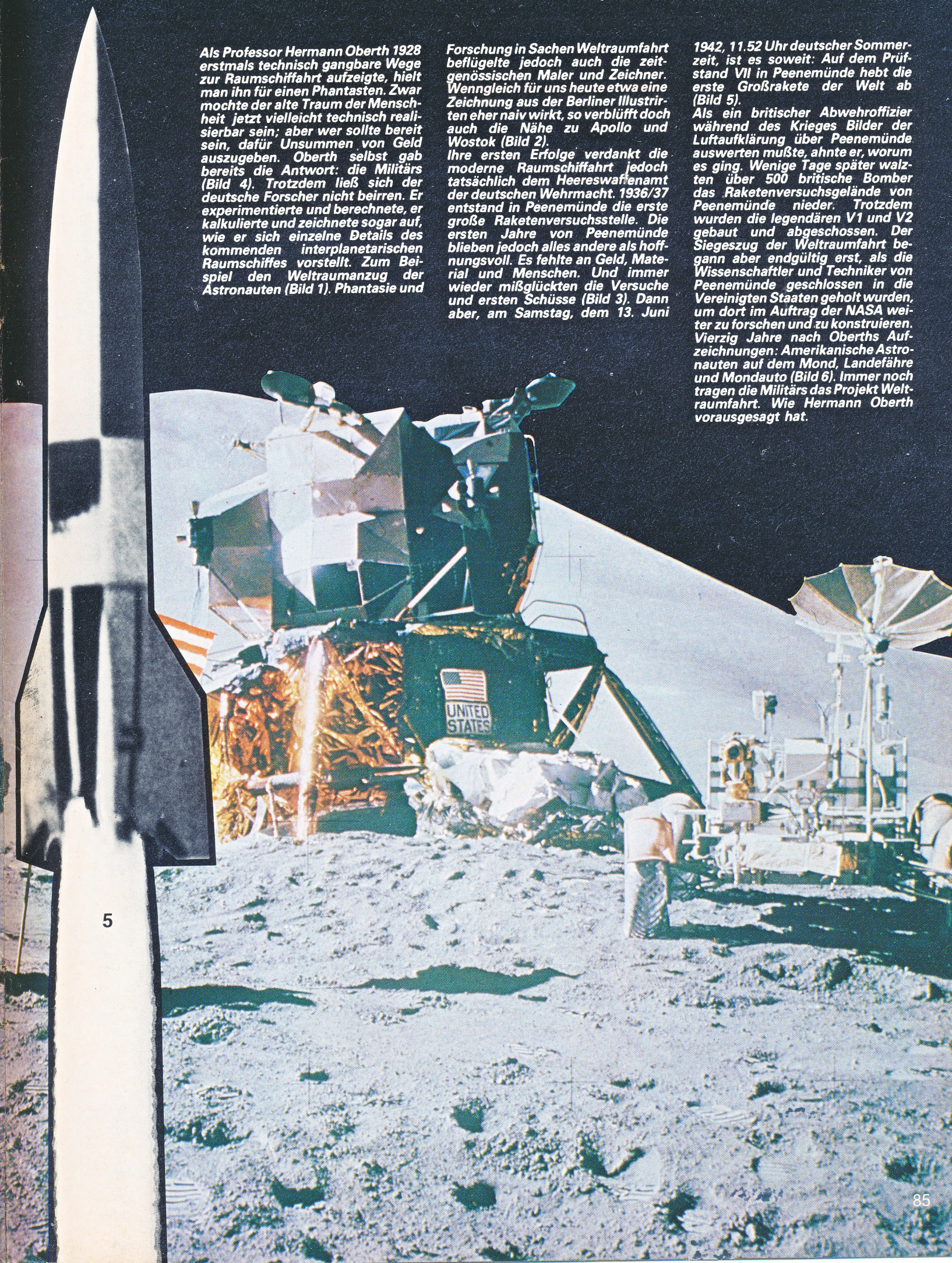
3. Derartige Maschinen können so gebaut werden, daß Menschen (wahrscheinlich ohne gesundheitlichen Nachteil) mit emporfahren können.

4. Unter den heutigen wirtschaftlichen Bedingungen wird sich der Bau solcher Maschinen lohnen.

Als Professor Hermann Oberth 1928 erstmals technisch gangbare Wege zur Raumschiffahrt aufzeigte, hielt man ihn für einen Phantasten. Zwar mochte der alte Traum der Menschheit jetzt vielleicht technisch realisierbar sein; aber wer sollte bereit sein, dafür Unsummen von Geld auszugeben. Oberth selbst gab bereits die Antwort: die Militärs (Bild 4). Trotzdem ließ sich der deutsche Forscher nicht beirren. Er experimentierte und berechnete, er kalkulierte und zeichnete sogar auf, wie er sich einzelne Details des kommenden interplanetarischen Raumschiffes vorstellt. Zum Beispiel den Weltraumanzug der Astronauten (Bild 1). Phantasie und Forschung in Sachen Weltraumfahrt beflügelte jedoch auch die zeitgenössischen Maler und Zeichner. Wenngleich für uns heute etwa eine Zeichnung aus der Berliner Illustrirten eher naiv wirkt, so verblüfft doch auch die Nähe zu Apollo und Wostok (Bild 2).

Ihre ersten Erfolge verdankt die moderne Raumschiffahrt jedoch tatsächlich dem Heereswaffenamt der deutschen Wehrmacht. 1936/37 entstand in Peenemünde die erste große Raketenversuchsstelle. Die ersten Jahre von Peenemünde blieben jedoch alles andere als hoffnungsvoll. Es fehlte an Geld, Material und Menschen. Und immer wieder mißglückten die Versuche und ersten Schüsse (Bild 3). Dann aber, am Samstag, dem 13. Juni 1942, 11.52 Uhr deutscher Sommerzeit, ist es soweit: Auf dem Prüfstand VII in Peenemünde hebt die erste Großrakete der Welt ab (Bild 5).

Als ein britischer Abwehroffizier während des Krieges Bilder der Luftaufklärung über Peenemünde auswerten mußte, ahnte er, worum es ging. Wenige Tage später walzten über 500 britische Bomber das Raketenversuchsgelände von Peenemünde nieder. Trotzdem wurden die legendären V1 und V2 gebaut und abgeschossen. Der Siegeszug der Weltraumfahrt begann aber endgültig erst, als die Wissenschaftler und Techniker von Peenemünde geschlossen in die Vereinigten Staaten geholt wurden, um dort im Auftrag der NASA weiter zu forschen und zu konstruieren. Vierzig Jahre nach Oberths Aufzeichnungen: Amerikanische Astronauten auf dem Mond, Landefähre und Mondauto (Bild 6). Immer noch tragen die Militärs das Projekt Weltraumfahrt. Wie Hermann Oberth vorausgesagt hat.



TAGTRAUM UND FLIRT DES

Als der Vorhang über dem Festspiel in der Potsdamer Garnisonkirche am Tag der Nation gefallen war, begann für Deutschlands Konservative die große Ernüchterung. Angetreten waren sie noch mit der Parole, den Volkstribun Adolf Hitler und seine Massenbewegung einzurahmen

Klicker: Beginnen wir vielleicht mit ein paar selbstbiographischen Bemerkungen der Zeitgenossen. Herr Flechtheim, Sie waren damals Referendar in Düsseldorf, Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. War damals Ihre Partei die fünfte Kolonne Moskaus in der Weimarer Republik? Und wo standen Sie – auch angesichts der innerparteilichen Auseinandersetzungen – damals persönlich politisch?

Professor Dr. Ossip Kurt Flechtheim, Jahrgang 1909, lehrt politische Wissenschaften im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Von 1935 bis 1951 lebte er im amerikanischen Exil.

Prof. Flechtheim: Ich bin am 1. Mai 1927 – mit 18 Jahren – in die KPD und eine Reihe anderer Organisationen eingetreten und bekam die ersten Zweifel, als die Partei ihre Linie 1929 veränderte. Bis 1929 gab es eine relativ gemäßigte Linie der fairen Zusammenarbeit mit der SPD – bei aller Gegensätzlichkeit – vor allem in der Gewerkschaftsarbeit. Eine akut revolutionäre Entwicklung wurde nicht erwartet. 1929 setzte die große Wirtschaftskrise ein. Gleichzeitig begann die Industrialisierung in der Sowjetunion. Nach dem Bruch mit dem sogenannten rechten Flügel der Kommunistischen Partei der Sowjetunion riß Stalin das Steuer herum. Das hieß, daß in Deutschland die KPD nun von der ‚dritten Periode' sprach. Die erste war die akut-revolutionäre nach dem Weltkrieg gewesen; die zweite waren die Jahre der relativen Stabilisierung, wo etwas realistischere, maßvollere Politik betrieben wurde. Jetzt also kam die große Wirtschaftskrise, von der die Kommunisten eine rasche Polarisierung erwarteten. Nun werde es nur noch zwei Lager geben, ein von den Kommunisten geführtes Lager und ein faschistisches . . .

Klicker: Was hieß ‚faschistisch'?

Prof. Flechtheim: Faschistisch hieß eigentlich alles, was nicht der kommunistischen Führung folgte, von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, die Sozialfaschisten genannt wurden, bis zu den Trotzkisten und allen anderen, die oppositionell waren.

Klicker: Entsprachen die damaligen gesellschaftlichen Bedingungen einer solchen Einschätzung? War Weimar zu der damaligen Zeit ein Zwei-Lager-Staat?

Prof. Flechtheim: Nein, sicher nicht! Es gab auf der äußersten Rechten die Gegner der Republik, es gab in der Mitte die Anhänger der Republik, vor allem die Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Reichsbanner, kleine Teile des liberalen Bürgertums und des katholischen Zentrums, und es gab auf der Linken die Kommunisten.

Klicker: Es gab doch aber mindestens vorübergehende Aktionseinheiten. So saßen zum Beispiel im Berliner BVG-Streik in der Streikleitung Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen. Es gab das berühmte Streitgespräch zwischen Goebbels und Ulbricht.

Prof. Flechtheim: Das war 1932. Aber 1929 war die Linie der KPD geändert worden, und ich selber wurde kritisch und dann auch oppositionell. Damals nahm ich Beziehungen zu einer anderen Gruppierung auf, der Neu-Beginnen-Gruppe. Diese neue Linie führte in gewissen Etappen dazu, daß man alle diejenigen, die rechts von der KPD standen, als Faschisten – seien es nun National-Faschisten oder Sozial-Faschisten – bezeichnete und total ablehnte. Was nicht ausschloß, daß es hier und da taktische Zusammenarbeit gab, z. B. in der Frage des Volksentscheids in Preußen gegen die Braun-Severing-Regierung, wo sich die KPD anhängte an die Initiative der Nationalsozialisten und Deutschnationalen; oder umgekehrt in der Frage des BVG-Streiks in Berlin, wo sich die nationalsozialistischen Betriebsorganisationen an die KPD anhängten.

Klicker: Herr Cron, Sie waren kein Parteimitglied und sicherlich auch kein Sympathisant der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wie sieht ein Journalist, der sich an die damalige Zeit erinnert, dieselbe Zeit, dieselbe Situation?

Dr. Cron: Ich hatte das seltsame Glück, aus einem altmodischen Generalanzeiger in Mannheim ein unabhängiges Blatt mit eigener Meinung machen zu können.

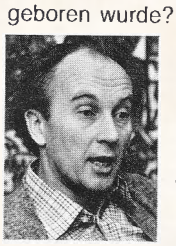
Klicker: Waren die Kommentare Ihres Blattes regierungsfreundlich, bevor die Nazis kamen?

Dr. Cron: Ich würde sagen: bei Papen nein, vorher ja. Mit Reichsbanner-Umzügen bin ich noch durch die Straßen marschiert. Ich habe große Hoffnungen gesetzt auf das, was das Reichsbanner sein könnte. Alle diese Hoffnungen haben sich nachher nicht verwirklicht, weil es „oben" an Führung fehlte.
Die Kommunisten waren ja verhältnismäßig schwach, so massiv sie auch auftraten. Freunde von mir haben aus Passion KPD gewählt. Nicht, weil sie Kommunisten waren, sondern weil sie einen Akzent setzen wollten, damit andere aufmerken, es wird Zeit. Das hat sich trotzdem nicht realisiert. Selbst in dieser ganz miesen Zeit der Millionenarbeitslosigkeit – Winter, keine Kohlen, nichts zu heizen, nichts zu fressen, alles fürchterlich für die Leute mit der kümmerlichen Arbeitslosenunterstützung – wäre doch keinem eingefallen, 'ne kleine Sparkasse auszurauben. Die Leute hatten einen Ordnungssinn, das können Sie sich überhaupt nicht mehr vorstellen, wenn Sie es nicht miterlebt haben. Sie dürfen sich das nicht so hochdramatisch vorstellen wie in Berlin mit den Straßenkämpfen, Rotfront gegen SA . . . Berlin dürfen Sie nicht gleichsetzen mit der Provinz draußen. Im Ruhrgebiet war es auch ein bissel dramatischer, drüben im Sächsischen auch. Aber bei uns im Süden, kann ich nur sagen, so was von Anstand und geordnet und geregelt, wie das damals ablief . . .

Klicker: War der Staat von Weimar, diese zerzauste Republik, war das Ihr Staat?

Dr. Cron: Selbstverständlich, was denn sonst? Hören Sie mal, dem Staat ging's schlecht; aber deswegen muß ich doch zusehen, daß ich mit den Verhältnissen zurechtkomme, auch mit den Leuten um mich herum, denen es schlecht geht.

Klicker: Herr Greiffenhagen, weder bei Herrn Cron noch bei Herrn Flechtheim, wohl aber bei vielen anderen wurde der konservative Traum weitergeträumt. Der Konservatismus wartete darauf, sich seinen Staat neu zu schaffen. War der Staat von Weimar bereits tot, bevor er richtig geboren wurde?



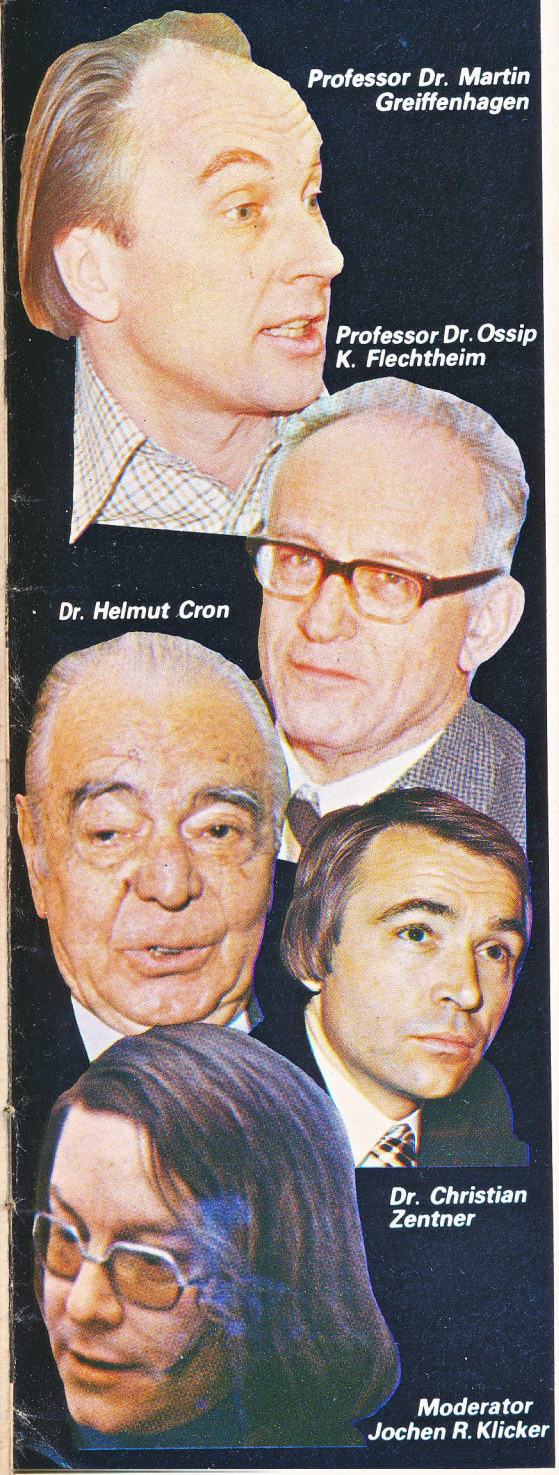
Professor Dr. Martin Greiffenhagen, Jahrgang 1928, lehrt seit 1965 politische Wissenschaften an der Universität Stuttgart.

Prof. Greiffenhagen: Wenn man idologiegeschichtlich herangeht, dann wird man diese Frage wohl bejahen müssen. Schauen wir uns ein repräsentatives Beispiel an: etwa die Stellung der Kirchen. Die Kirchen waren damals noch gesellschaftlich relevanter als heute. Da gibt es die bekannten Stellungnahmen der evangelischen wie der katholischen Kirchen um das Jahr 1933 herum, in denen sich ein hoher Sinn für Autorität (oder was man damals Autorität nannte) zeigte. Die Kirche entwickelte für die Rechte in dem Maße Verständnis, wie sie versprach, Autorität wiederherzustellen. Ich habe da ein sehr schlagendes Beispiel: Am Ostersonntag 1933 heißt es in einer Erklärung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern: „Ein Staat, der wieder anfängt, nach Gottes Gebot zu

HEARING

DIE HERREN VON 1914 KAMEN NICHT MEHR DRAN

In Stuttgart trafen sich Mitte Dezember 1973 Zeitgenossen und Fachleute, um der Frage nachzugehen, ob die nationalsozialistische Machtergreifung den konservativen Traum von einem neuen Dritten Reich hätte verwirklichen helfen können.



Professor Dr. Martin Greiffenhagen

Professor Dr. Ossip K. Flechtheim

Dr. Helmut Cron

Dr. Christian Zentner

Moderator Jochen R. Klicker

KONSERVATISMUS

und zu disziplinieren. Aber als die Nationalsozialisten fest im Sattel saßen, halfterten sie die konservativen Helfershelfer einen nach dem anderen ab. Aus waren Flirt und Traum!

regieren, der darf in diesem Tun nicht nur des Beifalls, sondern auch der freudigen und tätigen Mitarbeit der Kirche sicher sein." Man hatte also das Gefühl, daß nicht nur die Linke, sondern schon die parlamentarische Demokratie Unruhe brachte; politisch-institutionalisierte Unruhe! Viele wandten sich gegen das Parteiensystem insgesamt, nicht nur gegen diese oder jene Partei. Als Hitler den Ein-Parteien-Staat versprach, war die Mehrheit des Volkes bereits auf ihn vorbereitet, weil man den Parlamentarismus nicht wollte.

Klicker: Angesichts dieses verunglimpften ‚Systems' machten sich dann Hindenburg, Papen und Hugenberg daran, mit Hitler den Staat zu retten. Wer sollte denn da nun eigentlich regieren?

Prof. Flechtheim: Dieselben, die vor 1918 regiert hatten, vom Großgrundbesitz über die Schwerindustrie, mit einer Beteiligung von liberalem Bürgertum, vielleicht noch das Zentrum . . .

Dr. Helmut Cron, Jahrgang 1899, mußte 1933 auf nationalsozialistischen Druck seinen Posten als Chefredakteur des „Mannheimer Tageblattes" räumen. Bis zu seiner Pensionierung 1965 leitete er die „Stuttgarter Nachrichten".

Dr. Cron: Die reaktionären Kreise!

Klicker: Was ist ‚reaktionär'?

Dr. Cron: ‚Reaktionär' nicht nur im politischen Sinne, sondern auch sozial und gesellschaftlich. Die vorige Generation war 1918 ja nicht weg, sondern hockte die ganzen zwanziger Jahre weiter auf ihren Richterstühlen, auf ihren Kanzeln, in ihren Büros. Die waren ‚im Felde unbesiegt', wie es Reichspräsident Ebert damals selbst gesagt hat.

Prof. Flechtheim: Das entsprang doch dem festen Glauben, daß Deutschland eigentlich den Krieg gewonnen hätte und nur durch einen Taschenspielertrick um den Gewinn gebracht worden sei.

Prof. Greiffenhagen: Ich glaube nicht, daß man ‚im Felde unbesiegt' nur auf die konservative Seite schlagen kann. Ebert hat das selber gemeint und mit ihm weite politische Kreise der Rechten; aber auch die Mitte und sogar die Linken waren ähnlicher Meinung.

Prof. Flechtheim: Heute versteht man nicht, daß damals die Rechte keinerlei Schuldgefühle hatte, weder dafür, daß sie den Weltkrieg begonnen, noch daß sie ihn verloren hatte. Das ist ja nach 1945 anders gewesen: Da mußten die klügeren Konservativen zugeben, daß sie nun mal Pech gehabt hatten.

Klicker: Zuverlässige Quellen bestätigen uns, daß Friedrich Ebert, als er Prinz Max von Baden in der Reichskanzlei ablöste, hat durchblicken lassen, er sei durchaus für die Fortsetzung der Monarchie. Es gibt reichlich Belege, daß Ebert ein law-and-order-Mann war. Bei der Revolution haben sozialdemokratisch geleitete Truppen und Polizeiverbände auf die Kommunisten geschossen. War auch die Sozialdemokratie, so absurd das klingt, konservativ?

Prof. Greiffenhagen: Sie war nicht konservativ, aber sie war national. Bis 1914 stand sie außerhalb des Staates. Sie hat dann durch die Gewährung der Kriegskredite sich Einlaß in diesen Staat erkauft und bewußt an diesem Krieg teilgenommen. Von 1914 an konnte man nicht mehr sagen, nur Adel, Offiziere und Bürgertum waren mit dem Staat identisch, sondern auch die SPD war drin. Dieser Krieg hat sie wirklich im Guten wie im Schlimmen eingeschmolzen in diese Nation. National war die Sozialdemokratie, aber nicht konservativ.

Klicker: Für die Repräsentanten und Träger des Staates war also 1918/19 kein Bruch. Wie empfand das aber nun der Mann auf der Straße, vor allem in der großen Krise der frühen dreißiger Jahre?

Prof. Flechtheim: Da begann ein Bruch. Da war sehr stark das Gefühl von rechts bis links, so könne es nicht weitergehen, wir brauchen etwas anderes. Auf der Rechten sehr eindeutig: ein neuer Führer, ein neuer starker Staat, eine neue Außenpolitik; ohne viel Nachdenken über die ökonomische und gesellschaftliche Struktur. Da gab es lediglich verschwommene Vorstellungen. Strasser beispielsweise hat von der sozialistischen Sehnsucht bei 90 Prozent des Volkes gesprochen. Auf der extremen Linken hieß das Neue: radikaler Bruch, soziale Revolution ähnlich wie in Rußland. Und bei den Sozialdemokraten herrschten unklare Vorstellungen über eine Neuordnung, über die man sich aber keine weiteren Gedanken machte.

Klicker: Und der einfache Mann auf der Straße?

Dr. Cron: Im Grunde waren die Leute politisch alle einfach. Es waren alles armselige Existenzen, die furchtbar Angst hatten, morgen gekündigt zu werden. Sie haben das alles nie erlebt! Sie wissen gar nicht, wie das ist, wenn Sie stillschweigend zehn Prozent vom Gehalt abgezogen kriegen! Und wenn das Gehalt nicht am Ersten des Monats ausgezahlt wird oder zu

Der deutsche Konservatismus: Will voran, indem er weit zurückblickt

Ultimo, sondern 14 Tage später. Aber die Leute machten trotzdem keinen Krach und sagten: „Verflucht nochmal, ich will mein Geld." Denn da hätten sie lediglich gesagt bekommen: „Sie können nach Hause gehen, wir brauchen Sie nicht." Diese Existenzangst, die da vorhanden war, die haben die Leute jetzt auf was anderes abgelenkt, auf die Parteien, auf das System, auf die bösen Unternehmer, auf die Arbeiterführer. Alles, was passiert war, schien auf einmal ungenügend zu sein.

Prof. Greiffenhagen: Es scheint mir wichtig, daß Herr Flechtheim von 1930 an einen Bruch feststellt. Das fällt nämlich mit dem Zeitpunkt zusammen, als die Jungkonservativen die sogenannte ‚Konservative Revolution' konzipierten in dem Gefühl, es muß überhaupt alles neu werden, wir brauchen ein ‚Drittes Reich', wir beenden die Herrschaft der Minderwertigen. Man interessiert sich für die italienische Lösung des Faschismus wie für die sowjetische Lösung des Bolschewismus. Die alten Konservativen richten ihren Blick zurück. Und es folgt diese merkwürdig deutsche Versuchsanordnung, daß man voran guckt, indem man sehr weit zurückblickt. Es gibt keinen anderen europäischen Konservatismus, der, je weiter der Konservative in der Zeit vorangeht, desto ferner das goldene Zeitalter vermutet. Alles in allem kann man sagen: Von 1930 an wird das politische Klima revolutionär. Die Leute, an die ich denke, eine Art geistiger Elite, die beginnen jetzt, sich den Nationalsozialismus kritisch anzugucken und zu fragen, was für geistige und politische Potenzen in ihm stecken.

Prof. Flechtheim: Um das noch zu verstärken, muß ich darauf hinweisen, daß Deutschland damals in einer Massenhysterie lebte. Leute, die nicht mehr genug zu essen haben über Jahre hinweg – das ist keine negative Bewertung, sondern einfach selbstverständlich –, können nicht mehr rational denken und handeln. So entstanden hysterische Züge, die von Hitler, vom Nationalsozialismus in phantastischer Weise symbolisiert, verkörpert wurden. Das ist etwas, was vielleicht die Klügeren unter den Konservativen kalt in Rechnung stellen wollten. Der „Trommler" hieß er ja damals . . .

Prof. Greiffenhagen: . . . wobei man nicht vergessen darf, daß das ein Hitler-Zitat ist: „Sie erarbeiten das geistige Rüstzeug zu einer Erneuerung Deutschlands. Ich bin nichts als ein Trommler und Sammler, lassen Sie uns zusammenarbeiten."

Dr. Cron: Darf ich aus meiner Erinnerung erzählen, daß ich Hitler zum ersten Mal gesehen habe 1926 in einer Versammlung von Wirtschaftsleuten in Heidelberg, namhaften Wirtschaftlern plus Mitgliedern aus den Rechtsparteien. Hitler hat eine Rede gehalten, die für mich derart miserabel war, daß ich ihn nach Strich und Faden runtergemacht habe in einem Artikel. Mit dem Effekt, daß ich von meinem Aufsichtsratsvorsitzenden furchtbar eine reingewürgt bekommen habe. Das sei doch ein ‚deutscher' Mann und der müßte ‚deutsch' behandelt werden. Was mich nicht gehindert hat, so weiterzuschreiben. Was ging mich ein Aufsichtsratsvorsitzender an! Nur war mir interessant, daß die Herren von der Industrie, die ich kannte, zwar meine Meinung teilten, er verstünde von Wirtschaft nicht viel; aber daß sie an ihm bewunderten, was die Unternehmer selber nicht hatten: Die Ausstrahlung nämlich, die von Hitler ausging, und die sie für ihre Zwecke ausnutzen wollten.

Klicker: Waren die konservativen Kräfte, die die Harzburger Front gemacht und sich zum Kabinett der nationalen Erhebung zusammengefunden hatten, waren diese Konservativen eigentlich Leute, die lediglich einen „Trommler" einkauften, damit er ihnen die Massen bringt?

Prof. Flechtheim: Im Prinzip ja; weil sie erstens überzeugt waren, daß sie die wirtschaftliche Macht behalten würden, was sich bewahrheitet hat. Weil sie zweitens immer meinten, daß es bei den Nationalsozialisten neben Hitler auch vernünftigere Leute gab, Pour-le-mérite-Träger Göring, Finanzfachmann Schacht, in anderer Form sogar Gregor Strasser. Dazu kam drittens, daß die Konservativen in Deutschland im Gegensatz zu den englischen Konservativen immer sehr naiv gewesen sind, also mit den Massen niemals haben umgehen können . . .

Prof. Greiffenhagen: Das heißt doch aber nichts anderes, als daß man auch nach 1932 unter Konservativen nicht für möglich hielt, daß der Nationalsozialismus jemals das tun würde, was er immer gesagt hat. Die Konservativen haben jedenfalls nicht wahrhaft ernst machen wollen damit, die Verfassung völlig zu mißachten. Man wollte den autoritären Staat; aber doch keinen totalitären, keinen faschistischen. Man wollte einen autoritären Rechtsstaat mit viel Preußen drin und hatte wohl überhaupt keine Ahnung, was diese anderen Leute im Ernst vorhatten oder jedenfalls zu tun imstande waren.

Klicker: Das, was am „Tag der Nation" in Potsdam inszeniert worden war, war das wirklich echt oder Betrug?

Prof. Greiffenhagen: Von Hitler aus gesehen, war es vermutlich ein ernsthafter Versuch, Preußen an den Nationalsozialismus zu binden. Jedenfalls hatte man den Tag sorgfältig inszeniert und die eingeladenen Gäste komponiert.

Prof. Flechtheim: Viele Konservative meinten, der Staatsakt in der Garnisonkirche zeige, daß Hitler irgendwie Respekt und Verständnis für die Kontinuität hat, zumal er Hindenburg gegenüber ganz bescheiden auftrat. Ich hab das noch gut in Erinnerung: der große Bückling vor Hindenburg!

Prof. Greiffenhagen: Es handelte sich um einen Staatsakt. Die Partei trat soweit wie möglich zurück. Man gab sich staatlich, preußisch, durch das Kriegserlebnis verbunden; das Lied vom guten Kameraden wurde gespielt. „Der Gefreite und der Marschall", das war sehr überlegt. Es war alles inszeniert, wobei zu einer guten Inszenierung gehört, daß alle Eingeladenen sich wohl und verstanden fühlen.

Klicker: Wann war dieser Flirt zwischen Konservativ und Braun Ihrer Einschätzung nach endgültig zu Ende?

Prof. Greiffenhagen: Der 30. Juni 1934 war natürlich eine Etappe: der Röhm-Putsch. Gleichzeitig fing das Problem Armee und nationalsozialistischer Staat da erst an. Die industrielle konservative Macht ist Hitler bis zuletzt – also bis 1945 – gefolgt. Ideologisch war mit dem Konservatismus 1934 Schluß. Von da an hat man ihn verboten und nicht mehr reden lassen.

Dr. Zentner: Mit den Denkern, die das konservative Konzept ersonnen haben, mit denen ging der Flirt zu Ende. Aber die Praktiker aus Reichswehr und Wirtschaft . . .

Prof. Greiffenhagen: . . . die haben ja auch gut verdient . . .

Dr. Zentner: . . . die geben zwar zu, daß alles nicht so geworden war, wie sie sich das gedacht hatten. Aber wie es dann geworden war, war es für sie auch nicht schlecht.

Prof. Flechtheim: Dazu ein mehr persönliches Beispiel: Mein Vater war Geschäftsführer einer kleinen Kabelfabrik. Die wurde übernommen von seinem Prokuristen, mit dem mein Vater jedoch weiter eng befreundet blieb. Ich erinnere mich noch an ein Gespräch – das muß 1935 gewesen sein – zwischen diesem Herrn und meinem Vater, wo er noch sagt: „Lieber Flechtheim, sicher ist manches schrecklich, aber wir kommen doch nicht drum herum. Der Wirtschaft geht's aber jetzt doch besser als je zuvor. Uns als Wirtschaftlern geht es doch eigentlich wirtschaftlich sehr gut."

Dr. Cron: Nicht nur die Wirtschaftskreise und Unternehmer waren interessiert an den Wirtschaftsplänen der Nazis. Ich kenne auch eine ganze Reihe von Freunden aus der SPD, die sagten 1933 zu mir, als die Nazis kamen: Wir können gar nicht verstehen daß Sie da nicht mitmachen. Auch Juden, die gar nicht mitmachen durften, wären gerne dabei gewesen. Die waren zum Beispiel begeistert für Planwirtschaft. Täuschen Sie sich nicht, was das für diese intellektuellen Wirtschaftstheoretiker für eine Bedeutung gehabt hat.

Prof. Greiffenhagen: Übrigens: Auch Preußen hat 1934 aufgehört. Selbst die Großagrarier Preußens haben sich zurückgezogen; haben sich jedenfalls wenig beteiligt an diesem Staat, es sei denn über die Armee. Man müßte dann nochmal bedenken, wie der Krieg neu zur Integration von Konservativen geführt hat. Die Konservativen haben jedenfalls ideologisch keine Zufuhr mehr bekommen vom Nationalsozialismus. Es gab lediglich jene kurze Zeit des gegenseitigen Abtastens auf eine mögliche Konföderation hin. Aber nach 1934 war Schluß. Von da an hat der Nationalsozialismus nichts mehr getan, um Konservative ideologisch zu gewinnen. □

William Lawrence Shirer

Tagebuch

William L. Shirer, Jahrgang 1904, bereiste seit 1925 als Journalist Europa und Asien. Er schrieb für zahlreiche amerikanische Blätter und kommentierte regelmäßig im Rundfunk. Von 1934 bis 1940 lebte er als Korrespondent in Berlin. Seine beiden Berliner Tagebücher – das erste erschien bereits 1941, das zweite 1947 – gehören zu den wichtigsten persönlichen Dokumenten des Dritten Reichs. Shirer lebt heute zurückgezogen im US-Bundesstaat Connecticut.

Berlin, 31. Januar 1933

Werden Neuwahlen angesetzt? Gestern nachmittag, in der ersten Kabinetts-Sitzung, hieß es, das Zentrum verlange gewisse Zugeständnisse. Heute vormittag hat der Kanzler selbst mit den Zentrumsführern verhandelt. Auf Hitlers Bitte hatte Prälat Kaas eine Liste von Fragen vorgelegt, die als Diskussionsgrundlage dienten. Angeblich sollen die Wünsche des Zentrums in der Forderung gegipfelt haben, Hitler möge versprechen, im Rahmen der Verfassung zu regieren. Ich meine, daß keine Aussicht auf Verständigung besteht.

24. Februar 1933

Görings Polizei macht Razzia im Karl-Liebknecht-Haus, dem kommunistischen Hauptquartier in Berlin. Es ist schon vor Wochen von den kommunistischen Führern verlassen worden. Im Keller waren Stapel von Propagandaschriften liegengeblieben. Göring genügen sie, um offiziell zu verkünden, die beschlagnahmten „Dokumente" seien ein Beweis für die von den Kommunisten geplante Revolution. Wir von der Presse sind skeptisch.

28. Februar 1933

Einen Tag nach dem Reichstagsbrand bringt Hitler Hindenburg dazu, eine Verordnung „zum Schutz von Volk und Staat" zu unterzeichnen. Heute erleben die Deutschen zum erstenmal einen von der Regierung unterstützten NS-Terror. Kommunistische Funktionäre, viele Sozialdemokraten und Liberale werden verhaftet, darunter auch Reichstagsabgeordnete, trotz ihrer Immunität. SA-Trupps in dröhnenden Lastwagen fahren durch die Straßen, brechen in Wohnungen ein, treiben ihre Opfer zusammen, foltern und schlagen.

21. März 1933

Hitler hat den neuen Reichstag in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet, im großen Heiligtum des Preußentums. 1871 hatte Bismarck an diesem Tag den Reichstag des Zweiten Reiches eröffnet. Hindenburg war sichtlich bewegt. Einmal standen ihm sogar Tränen in den Augen. Begleitet von Hitler, der sich in seinem formellen Cut nicht recht wohlzufühlen schien, schritt der Präsident, in feldgrauer Uniform mit Schwarzem Adler-Orden, in der einen Hand den Paradehelm, in der anderen seinen Marschallstab, langsam durch den Mittelgang. Ich sah, wie er einen winzigen Augenblick anhielt, um den leeren Sessel Kaiser Wilhelms II. in der Kaiserloge zu grüßen, sich dann vor dem Altar aufstellte und eine kurze Ansprache verlas, mit der er der Hitler-Regierung seinen Segen erteilte.
Hitlers Entgegnung war in raffinierter Weise darauf abgestimmt, Sympathie und Vertrauen unter der glanzvollen Schar von Vertretern des alten Regimes zu wecken. Plötzlich wandte er sich Hindenburg direkt zu, der wenige Schritte vor ihm steif in seinem Sessel saß:
„In einer einzigartigen Erhebung hat das Volk in wenigen Wochen die nationale Ehre wiederhergestellt, und dank Ihrem Verstehen, Herr Generalfeldmarschall, die Vermählung vollzogen zwischen den Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft. Wir erheben uns vor Ihnen, Herr Generalfeldmarschall. Heute läßt Sie die Vorsehung Schirmherr sein über die neue Erhebung unseres Volkes."
Daraufhin schritt Hitler mit allen Zeichen der Demut auf den Präsidenten zu, verbeugte sich tief vor ihm und ergriff seine Hand. Im Blitzlicht der Fotoapparate und unter dem Surren der Filmkameras, die Goebbels zusammen mit Mikrofonen an allen strategischen Stellen postiert hatte, wurde der feierliche, das neue mit dem alten Deutschland verbindende Händedruck des deutschen Generalfeldmarschalls und des österreichischen Gefreiten für das Volk und die Welt aufgenommen.

24. März 1933

In Deutschland ist die parlamentarische Demokratie endlich begraben. Das Parlament hat seine verfassungsmäßigen Befugnisse an Hitler übertragen und damit Selbstmord verübt. 441 Stimmen für und 94 (sämtlich Sozialdemokraten) gegen das Ermächtigungsgesetz. Die Abgeordneten der NSDAP sprangen von ihren Sitzen auf, trampelten vor Freude und stimmten dann mit den Braunhemden, die in den Mittelgängen standen, das Horst-Wessel-Lied an:
Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen!
SA marschiert mit ruhig festem Schritt. . .

Berlin, im April 1933

Die ganze Nation und alle ihre Einrichtungen werden völlig zur Strecke gebracht, in atemloser Schnelligkeit und mit Rohheit, List und Brutalität. Der Pöbel ist legal an die Macht gekommen, durch eine überwältigende Mehrheit des Reichstags, wie Hitler sich täglich brüstet. Die Deutschen können niemand anderem als sich selbst die Schuld geben.
Papen sitzt, trotz aller Schlauheit, auf dem Trocknen. Goebbels, der drittwichtigste Mann in der NSDAP, ist am 13. März als Minister für Volksaufklärung und Propaganda ins Kabinett eingetreten. Und Darré, den ich als ebenso radikal wie Goebbels ansehe, ist Landwirtschaftsminister. Alle konservativen Berechnungen sind in nichts zerronnen.

12. April 1933

Mit einem wieder einmal ganz legal erscheinenden Trick hat Hitler seinen ersten wirklich wirksamen Schlag gegen die deutschen Juden geführt. Tess und ich haben so etwas ja schon geahnt. Seit dem Judenboykott vom 1. April. Die Nazis haben es sicherlich nicht verwunden, daß sie den Terror gegen die Juden so schnell abbrechen mußten, weil das Ausland wirklich drastisch intervenierte.
Seit heute dürfen „Nichtarier" keine Beamten mehr sein. Übrigens: „Nichtarier", das ist so ein neues von den Nazis geprägtes und definiertes Wort. Es bezeichnet Menschen, die einen oder mehrere jüdische Großelternteile haben. Ich kann mir nicht vorstellen, was jetzt eigentlich mit den jüdischen Beamten geschehen soll. Darauf waren doch die Deutschen bisher so stolz, daß ihre Beamten auf Lebenszeit ausgesorgt hatten. Dazu kennen die Deutschen viele Witze, die sie gerne und oft erzählen.
Die überwältigende Mehrheit der Deutschen scheint trotzdem nichts dabei zu finden, daß man sie ihrer persönlichen Freiheit beraubt, einen so großen Teil ihrer Kultur vernichtet, an deren Stelle eine geistlose Barbarei setzen will und ihr Leben in einem Grade reglementieren wird, wie es selbst ein seit Generationen an eine Menge Reglementierungen gewöhntes Volk nie zuvor erlebt hat.
Im Gegenteil, trotz Terror, trotz Judenverfolgung, trotz Reglementierung hängen sie Hitler mit aufrichtiger Begeisterung an. Irgendwie flößt er ihnen neue Hoffnung, neues Selbstvertrauen ein.

□

CHRONIK

GROSSE SCHLAGZEILEN | KULTUR- WISSENSCHAFT | SPORT TECHNIK

1933

1. 2.: Hindenburg löst den Reichstag auf

2. 2.: Demonstrationsverbot für die KPD in ganz Preußen. Das Karl-Liebknecht-Haus am Berliner Bülowplatz wird bei einer Polizei-Razzia besetzt

4. 2.: Hindenburg erläßt „Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes" mit drastischen Einschränkungen der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit

10. 2.: Explosion eines Gasometers im saarländischen Neunkirchen fordert 66 Tote und 148 Schwerverletzte

14. 2.: Japan kündigt wegen Verschärfung der Mandschurei-Krise Austritt aus dem Völkerbund an

22. 2.: Verordnung Görings über Bildung einer Hilfspolizei aus SA, SS und Stahlhelm in Preußen

27. 2.: Reichstagsbrand in Berlin löst nächtliche Massenverhaftungen von kommunistischen Abgeordneten und Funktionären aus

28. 2.: Hindenburg setzt mit einer „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" die demokratischen Grundrechte außer Kraft. Verbot der kommunistischen und sozialdemokratischen Presse

1. 3.: Schweres Erdbeben in Japan mit über 1500 Toten

5. 3.: Präsident Roosevelt wird in sein Amt eingeführt

5. 3.: Letzte freie Reichstagswahl. Die Nationalsozialisten erreichen trotz massiver Einschüchterungskampagnen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten mit 43,8 Prozent nicht die absolute Mehrheit

6. 3.: Militärdiktatur in Griechenland

12. 3.: Anstelle von Schwarz-Rot-Gold werden Schwarz-Weiß-Rot und Hakenkreuz-Flagge von Hindenburg zu den neuen Reichsfarben bestimmt

13. 3.: Goebbels wird zum Chef eines neuen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda ernannt

16. 3.: Schacht neuer Reichsbankpräsident

21. 3.: Feierliche Reichstagseröffnung: „Tag von Potsdam"

23. 3.: Reichstag verabschiedet verfassungsänderndes Ermächtigungsgesetz mit 441 Stimmen. Nur 94 Sozialdemokraten stimmen geschlossen gegen die Entmachtung des Parlaments

1. 4.: Boykott-Aktion der SA gegen jüdische Geschäfte zur Abwehr angeblicher Greuelhetze im Ausland

3.–5. 4. Reichstagung der Deutschen Christen: Ankündigung der Umgestaltung der Kirchenverfassung nach dem Führerprinzip „unter Ausmerzung aller parlamentarischen Elemente"

7. 4.: Die USA schaffen nach 14jähriger Prohibition das öffentliche Alkoholverbot ab

20. 4.: Weltweiter Kurssturz des US-Dollar mit einer De-facto-Abwertung von elf Prozent

Karl Woermann, Nestor der deutschen Kunstgeschichte und ehemaliger Direktor der Dresdner Gemäldegalerien, gestorben (4. 2.)

Die amerikanischen Zollbehörden erklären Michelangelos Fresken in der Sixtinischen Kapelle für obszön und beschlagnahmen Fotoreproduktionen aus Florenz (15. 2.)

Spendenaufruf zum Bau eines Wagner-Nationaldenkmals in Leipzig anläßlich der Feierlichkeiten zum 50. Todestag des Komponisten (12. 2.)

Zum 50. Todestag Richard Wagners gab die Reichspost einen Briefmarkensatz mit Motiven aus Opern des Komponisten heraus.

Hamburger Polizeipräsident schließt Kunstausstellung „Sezession" wegen „kulturbolschewistischer" Tendenzen (31. 3.)

Max Reinhardt wird als künstlerischer Leiter des Deutschen Theaters in Berlin abgesetzt (4. 4.)

Neue Bücher:
Trygve Gulbranssen: „Und ewig singen die Wälder"; Ortega y Gassets „Über die Liebe" erscheint in Deutschland; Ernst von Salomo: „Die Kadetten"

Schauspiel:
„Bluthochzeit" von Garcia Lorca

Neue Filme:
„Liebelei" (von Max Ophüls mit Magda Schneider); „Das Testament des Dr. Mabuse" (von Fritz Lang, wird in Deutschland verboten); „Der Choral von Leuthen" (mit Otto Gebühr als Friedrich der Große)

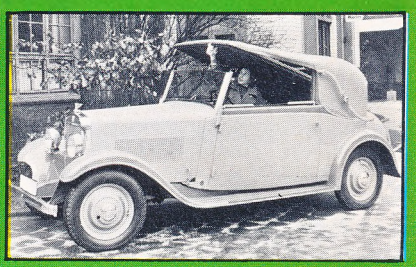
Otto Gebühr in seiner berühmtesten Rolle als Friedrich der Große.

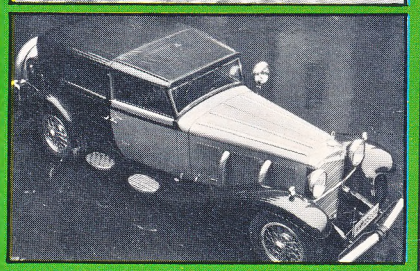
Gustav Lilienthal, Bruder und engster Mitarbeiter des Flugpioniers Otto Lilienthal, gestorben (1. 2.)

Panik nach Erdbeben in der Umgebung von Karlsruhe. Schwere Sachschäden in Rastatt (8. 2.)

Der amerikanische Schwergewichtsboxer Ernie Schaaf stirbt nach einem Sturz durch K.-o.-Schlag des Italieners Carnera (10. 2.)

Internationale Automobilausstellung am Berliner Funkturm eröffnet (11. 2.)





Oben: Wanderer-Sechszylinder-Kabriolett.
Unten: Der „Große Mercedes", ein Kompressor-Wagen in Beige und Schwarz.

Das neue Schnellpost-Flugzeug der Lufthansa He 70 wird auf dem Flughafen Tempelhof vorgeführt (1. 3.)

Preußisches Innenministerium fordert die Polizei in einem Runderlaß zur verschärften Überwachung und Bekämpfung der „sogenannten Nacktkultur" auf (6. 3.)

Luftfahrtkatastrophe in Belgien, bei der alle 15 Insassen des englischen Großflugzeuges „City of Liverpool" ums Leben kommen (29. 3.)

Das amerikanische Marineluftschiff „Akron" stürzt bei einem nächtlichen Übungsflug vor New Jersey ins Meer. Nur vier von 81 Insassen werden gerettet (4. 4.)

Die englischen Flieger Marquess of Clydesdale und MacIntyre überfliegen zum ersten Male in 10 000 Meter Höhe den Mount Everest (4. 4.)

Die Leiche des Hellsehers Erik Hanussen wird in einem Waldstück bei Zossen gefunden (7. 4.)

Die italienische Regierung bewilligt vier Millionen Lire zur Abstützung des Schiefen Turms von Pisa (11. 4.)

DER WITZ IM DRITTEN REICH

Was ist der Unterschied zwischen einem militärischen und einem SS-Kommando?
Beim Militär heißt es: „Legt an, gebt Feuer!“ Bei der SS heißt es: „Gebt an, legt Feuer!“

Abstimmung

Die überwältigenden Mehrheiten, die Hitler immer wieder bei Wahlen und Volksabstimmungen einzuheimsen wußte, entlarvte der Nebelspalter als Rattenfängerei. Hier entschied nicht politische Vernunft, sondern blindes Gefühl.

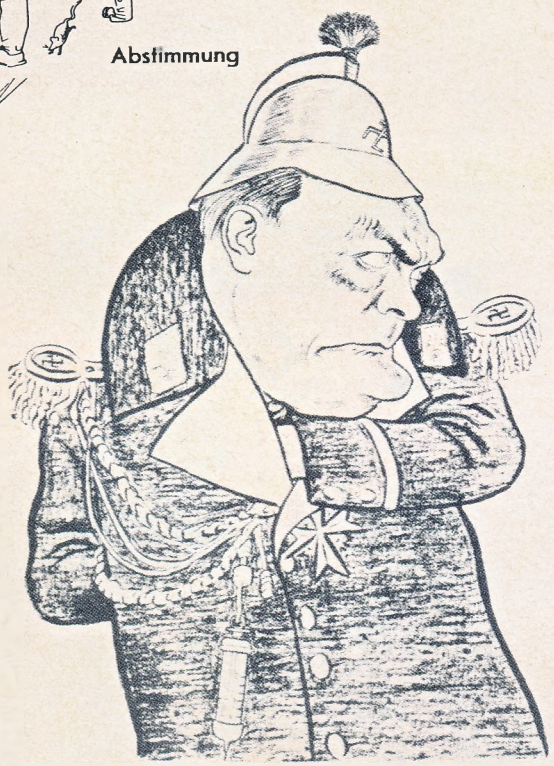
Lieber Gott, mach mich stumm, daß ich nicht nach Dachau kumm'!

Lieber Gott, mach mich blind, daß ich alles herrlich find'!

Lieber Gott, mach mich taub, daß ich an den Schwindel glaub'!

Kalenderspruch:
Alter schützt vor Schutzhaft nicht!

„Welche Zeitung ist in Deutschland am weitesten verbreitet?“
„Die Schnauze“, denn die muß jeder halten.



ER wurde zum Reichswehr-GENERAL ernannt.
ER hat sich zum Polizei-GENERAL erhoben.
Für die GENERAL-Vertretung des Nebelspalter in Preußen hat ER offenbar wenig Interesse.

Nebelspalter
in Deutschland verboten

Bürger-Gruss im dritten Reich

Trotz Zensur und Verbot versuchte die Schweizerische humoristisch-satirische Wochenschrift Nebelspalter, ihren Protest auch immer wieder in das deutsche Reich hineinzutragen.

DER WITZ IM DRITTEN REICH

Goebbels ist gestorben und begegnet im Jenseits einem gepanzerten Herrn.
„Ich bin Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand."
Goebbels: „Ich bin Dr. Goebbels mit der feurigen Zunge."
Götz von Berlichingen sagt nach kurzem Zögern, indem er sich entschlossen umdreht: „Und trotzdem."

Wilhelm Furtwängler, der berühmte Dirigent, antwortete auf die Frage, wie er sich als neuernannter Staatsrat fühle: „Mein Wertester wie mein Allerwertester hat Sitz und Stimme und darf doch keinen Ton von sich geben."

Zu den berühmten Aussprüchen Friedrich des Großen gehörte der Satz: „In Meinem Staate kann jeder nach seiner Façon selig werden!" Adolf Hitler gab sich gerne preußisch; was der Simplicissimus-Zeichner Karl Arnold mit dieser Titelzeichnung vom Mai 1932 und der Zeile glossierte: „In Meinem Staate kann jeder nur nach Meiner Façon selig werden."

Heil Preußen!

„In Meinem Staate kann jeder nur nach Meiner Façon selig werden!"

Spiel ums Ganze

Hier hilft kein Reizen mehr, Hakenkreuz sticht!

Nach den Landtagswahlen in Preußen vom 24. April 1932 hatten die Regierungsparteien SPD und Zentrum keine Mehrheit mehr. Beim Pokern um die Macht half „kein Reizen mehr, Hakenkreuz sticht!" Eine Kladderadatsch-Karikatur von Garvens.

Ein neuer Rütlischwur der Parteien

(E. Schilling)

„Wir wollen einig kämpfen gegen Papen – doch trotzdem treu uns hassen allezeit!"

Die großen politischen Lager waren sich gegen Ende der Weimarer Zeit nur in einem einig: Den Reichskanzler Franz von Papen zu stürzen. Sonst bekämpften sich Kommunisten, Nationalsozialisten, das katholische Zentrum und die Sozialdemokratie bis aufs Messer. Simpl-Zeichner E. Schilling variiert hier den Rütli-Schwur aus Friedrich Schillers Wilhelm Tell: „Wir wollen einig kämpfen gegen Papen – doch trotzdem treu uns hassen alle Zeit!"